

# **DER SECHSTAGEKRIEG 1967.**

URSACHEN. VERLAUF. FOLGEN.



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

**HERAUSGEBER:**

Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.  
Berlin, März 2017

**RECHTE:**

Nachdruck und Verwendung, auch auszugsweise, nur  
mit ausdrücklicher und schriftlicher Genehmigung der DIG.

**REDAKTION:**

Michael Spaney  
Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft,  
AG Berlin und Potsdam  
Executive Director des Mideast Freedom Forum Berlin

Die Autoren verantworten den Inhalt ihres jeweiligen Textes.

Satz und Layout: Felix S. Schulz, [www.dieagentuer.de](http://www.dieagentuer.de)

Diese Broschüre können Sie bestellen unter: [info@digev.de](mailto:info@digev.de)

Titelbild: Verteidigungsminister Moshe Dayan  
neben einem syrischen Panzer bei Quneitra in den Golanhöhen

# INHALTSVERZEICHNIS

4

**VORWORT**  
**MICHAEL SPANEY**

7

**DIE VORGESCHICHTE DES SECHSTAGEKRIEGES**  
**DAVID LABUDE**

16

**DER KRIEG**  
**DAVID LABUDE**

23

**DER SECHSTAGEKRIEG UND DIE WESTDEUTSCHEN MEDIEN**  
**ULRIKE BECKER**

30

**NACHKRIEGSDIPLOMATIE**  
**DAVID LABUDE**

44

**DAS WESTJORDANLAND:  
VOM SECHSTAGEKRIEG BIS ZUM  
OSLOER FRIEDENSPROZESS**  
**DAVID LABUDE**

54

**EIN KOMMENTAR: VÖLKER- UND  
BESATZUNGSRECHT IN DEN  
PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN**  
**JÖRG RENSMANN**

# VORWORT

## VON MICHAEL SPANEY

Mit dieser Broschüre möchten wir Ihnen zum 50. Jahrestag des Sechstagekriegs 1967 Informationsmaterial an die Hand geben, das diesen so wichtigen Einschnitt in der Geschichte des arabisch-israelischen Konflikts intensiv beleuchtet. Seine Ergebnisse prägen die Situation zwischen Israelis und Arabern bis heute entscheidend.

Als Ergebnis des Krieges von 1967 entstand als möglicher Lösungsansatz das Prinzip „Land für Frieden“, das auch Eingang in die UN-Resolution 242 vom November 1967 fand. Von Israel vorgeschlagen, verstand man unter diesem Prinzip eine Rückgabe von im Sechstagekrieg eroberten Territorien im Austausch für eine Anerkennung Israels und einen Friedensvertrag. Ägypten wagte zwölf Jahre später als Erstes so einen Schritt und bis heute ist dieses Prinzip wesentlich, wenn es um eine friedliche Zweistaatenlösung mit den Palästinensern geht.

Nach dem Sechstagekrieg entstand in den von Israel eroberten Gebieten eine neue Siedlungsbewegung, die sich ideengeschichtlich von der frühen zionistischen Besiedlung unterschied. Diese nach 1967 einsetzende Bewegung im Westjordanland,<sup>1</sup> die bis heute Grund für viele Diskussionen und heftigen politischen Streit ist, wird in der Broschüre ausführlich behandelt.

Der Sechstagekrieg war der dritte von insgesamt vier arabisch-israelischen Kriegen bislang. 1948 überfielen fünf arabische Staaten den gerade erst auf Grund eines UN-Beschlusses gegründeten Staat Israel. 1956 begann Israel den Krieg, um sich vor ständigen Angriffen arabischer paramilitärischer Milizen zu schützen. 1973, beim Jom-Kippur-Krieg, ist die Verantwortung für den Kriegsausbruch wohl eindeutig und unbestritten bei den arabischen Aggressoren zu verorten. Aber war der Sechstagekrieg 1967 vielleicht ein Angriffskrieg Israels? Nein, es handelte sich um einen Verteidigungskrieg, der einem erkennbar bevorstehenden Angriff durch einen Präventivschlag zuvorkam. Dieser Präventivschlag war durch das Völkerrecht gedeckt.

In mehreren gut dokumentierten Reden sprach der ägyptische Präsident Nasser über seine Ziele im Vorfeld. Am 26. Mai 1967, elf Tage vor Kriegsbeginn, sprach er zu arabischen Gewerkschaftsvertretern mit Blick auf seine Verbündeten: „Erst kürzlich fühlten wir uns stark genug, dass wir mit Gottes Hilfe trium-

phieren, wenn wir gegen Israel in die Schlacht ziehen würden. Auf dieser Grundlage haben wir entschieden, nun tatsächlich voranzuschreiten.“<sup>2</sup>

Auch Nassers mit UN-Gesprächen beauftragter General Ibrahim Sharqawy ließ an Eindeutigkeit nichts zu wünschen übrig, als er von einem UN-Vertreter nach den Konsequenzen des ägyptischen Militäraufmarsches im Sinai gefragt wurde: „Ach Sir, beim nächsten Mal sehen wir uns zum Mittagessen in Tel Aviv.“<sup>3</sup>

Den aggressiven Reden folgten Taten. Nasser ließ seine Armee im Sinai einmarschieren und forderte den Abzug der UN-Blauhelme, die eine Pufferzone zur israelischen Grenze bildeten.

Nasser ging noch einen entscheidenden Schritt weiter. Er sperrte die Straße von Tiran, ein internationales Gewässer zwischen Sinai und Saudi-Arabien, durch den Israels einziger südlicher Meerzugang führte. Nach internationalem Recht ist das ein Kriegsgrund.<sup>4</sup>



Abb. 1 Ein israelisches Marineboot und ein Schlepper durchfahren am 8. Juni 1967 die wieder geöffnete Straße von Tiran

Weil Israel durch Nassers Beistandspakte mit Syrien und Jordanien umzingelt war, mobilisierte es seine Armee. Israel zog seine Reservisten ein. Dies konnte die Wirtschaft des Landes erheblich belasten, je länger dieser Zustand andauerte.

Obwohl Israels Bitte an die Vereinten Nationen und vor allem an die USA, den Seeweg wieder militärisch zu öffnen, nicht entsprochen wurde, sah es zunächst von einem Präventivschlag ab und verfolgte zunächst

<sup>1</sup> Die Begriffe Westjordanland und Westbank werden in dieser Broschüre gleichbedeutend verwendet.

<sup>2</sup> Laqueur, Walter: Schueftan Dan (Hg.): The Israel-Arab Reader. New York 2016. S. 99.

<sup>3</sup> Vgl. arte-TV-Dokumentation: La Guerre des 6 Jour / Sechs Tage Krieg.

<sup>4</sup> Vgl. arte-TV-Dokumentation: La Guerre des 6 Jour / Sechs Tage Krieg.

weitere diplomatische Lösungswege, um dies zu erreichen. Jedoch war die internationale Staatengemeinschaft nicht in der Lage, Ägypten zu einer Öffnung des Seeweges zu bewegen. Ägypten plante derweil einen Erstschißlag, für den es alle Vorbereitungen getroffen hatte. Überraschend wurde dieser am 27. Mai wieder abgesagt.

Die Redaktion dieser Broschüre vertritt die Ansicht, dass Nasser den Sechstagekrieg provoziert hat. Israels Präventivschlag kommt einem legitimen Abwehrverhalten als Reaktion auf die Sperrung einer internationalen Seestraße gleich. Die USA, Großbritannien, Frankreich, Kanada, Schweden, Belgien, Italien und Neuseeland hatten nach dem Krieg 1956 vereinbart, dass eine Blockade der Straße von Tiran einem Kriegsakt gleichkomme. Israel könne in diesem Falle nach Artikel 51 der UN-Charta von seinem Recht auf Selbstverteidigung Gebrauch machen.<sup>5</sup>

Das Ziel „Israel zu vernichten“<sup>6</sup> kommunizierte Nassers Propaganda der arabischen und der israelischen Öffentlichkeit unablässig. Da er und andere arabische Führer offen vom finalen Showdown sprachen, bei dem Israel eliminiert werden sollte, kann Israels Verzögerung des Präventivschlags bereits als sehr risikoreich bewertet werden. Für Israel hätte eine Niederlage die Zerstörung des Staates und ein Massaker an seiner Bevölkerung bedeuten können. Auch wenn in israelischen Geheimdienstkreisen – anders als in großen Teilen der Politik und der Öffentlichkeit, wo große Angst vorherrschte – viele von einer militärischen Überlegenheit Israels ausgingen, barg ein ägyptischer Angriff die Gefahr enormer Verluste. Um die Zahl israelischer Opfer zu reduzieren, wurde schließlich entschieden, einen Präventivschlag zu unternehmen. Die Entscheidung, einen Überraschungsangriff immer weiter zu verzögern, war so mit Risiken behaftet, dass sogar der leitende General Jitzchak Rabin einen kurzzeitigen Nervenzusammenbruch erlitt.

Es gibt die Meinung, dass Nasser an bestimmten Punkten eventuell mit starkem internationalen Druck vom Krieg hätte abgehalten werden können. Dies ist jedoch nicht geschehen. Die Situation im Kaltem Krieg und das UN-Versagen ließen dies in der von Nasser herbeigeführten angespannten Situation im Mai/Juni 1967 nicht zu. Israel trifft somit nicht die Verantwortung

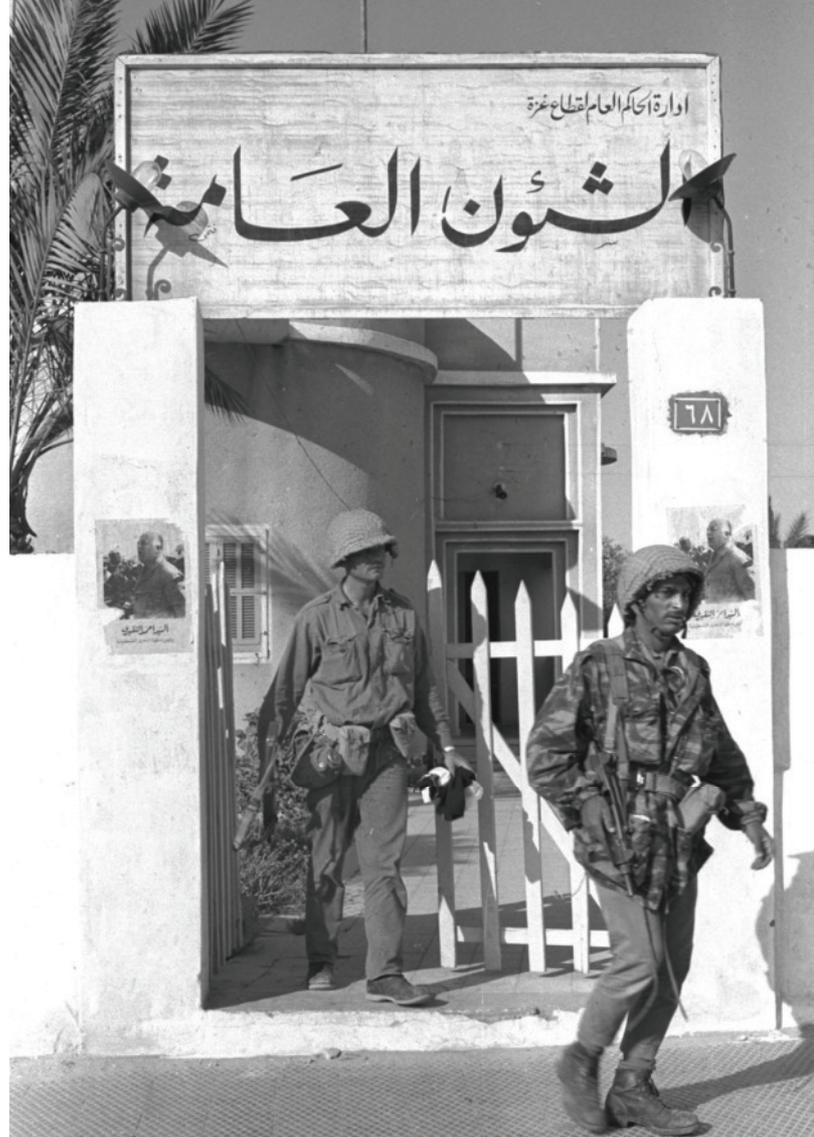


Abb. 2 Israelische Soldaten vor dem Propagandabüro Ahmad Shukeiris (Vorsitzender der PLO) nach der Einnahme des Gazastreifens am 6. Juni 1967

am Sechstagekrieg. Der israelische Angriff am Morgen des 5. Juni 1967 ist als legitimer Akt der Selbstverteidigung anzusehen und verschaffte Israel einen entscheidenden Vorteil, der erheblich zu einem kurzen Kriegsverlauf beitrug.

Nach sechs Tagen waren die arabischen Armeen zurückgeschlagen, die israelische Armee hatte trotz großer zahlenmäßiger Unterlegenheit im Süden Gaza und den Sinai, im Osten das Westjordanland und im Norden den Golan erobert und erklärte sich zum Waffenstillstand bereit.

Israels Verhandlungsangebote und das Prinzip ‚Land für Frieden‘ wurden ausgeschlagen. Die Arabische Liga wollte keinen Frieden mit Israel und war weder zu einer Anerkennung Israels noch zu Verhandlungen mit Israel bereit.

Bis heute haben nur Ägypten und Jordanien Friedensverträge mit Israel. Die anderen kriegsführenden arabischen Staaten befinden sich noch immer im formalen Kriegszustand mit Israel.

<sup>5</sup> Vgl. Oren, Michael: Six Days of War. June 1967 and the Making of the Modern Middle East. New York. 2002. Seite 12.

<sup>6</sup> Siehe arte-TV-Dokumentation: La Guerre des 6 Jour / Sechs Tage Krieg.

Der ägyptische Präsident Anwar Al-Sadat, der 1979 einen mutigen Friedensschluss mit Israel wagte, der bis heute Gültigkeit besitzt, zahlte dafür einen hohen Preis: Seiner Ermordung durch Islamisten und dem zeitweiligen Ausschluss Ägyptens aus der Arabischen Liga.

Auch unter einem weiteren Aspekt ist der Sechstagekrieg bis heute von Bedeutung. War Israels Gründung nach dem Holocaust international noch mit Wohlwollen gesehen worden, drehte sich nun die internationale Stimmung erheblich, nicht nur, aber vor allem auf Seiten der Linken. Massive sowjetische Propaganda verurteilte Israel fortan als „kolonialistische, faschistische Besatzungsmacht“. Die Auswirkungen reichten bis weit in die westeuropäische Linke und die Studentenbewegung hinein.<sup>7</sup> Eine rationale Analyse des Konflikts, der Akteure, ihrer Interessen und Handlungsweisen blieb im ideologischen Kampf der Weltanschauungen bis heute oft auf der Strecke.

Warum ist vor 1967 unter jordanischer und ägyptischer Besatzung in der Westbank und Gaza kein arabischer Staat entstanden? Eigentlich hatte der UN-Teilungsplan von 1947 es so vorgesehen. Weder Ägypten noch Jordanien hatten daran ein Interesse, weil es nicht in ihr machtpolitisches Kalkül passte. Ägypten nahm nach dem Unabhängigkeitskrieg 1949 den Gazastreifen unter seine Besatzung, Jordanien annektierte sogar die Westbank 1950. Gebietsausdehnung ging über die Solidarität mit dem palästinensischen „Brudervolk“. Erst der 67er-Krieg führte dies den Palästinensern klar vor Augen, doch als Konsequenz wählten diese eine internationale Terrorstrategie in den 70ern, die auch die Olympischen Spiele 1972 in München heimsuchen sollte.

Mit dem Sechstagekrieg erlangten die Juden Zugang zu ihren heiligen Stätten im Westjordanland, wo Abraham und viele weitere Urväter und -mütter des Judentums begraben liegen. In Jerusalem erhielten Juden erstmalig 1967 wieder freien Zugang zur Klage-mauer. Moshe Dayan, Israels Verteidigungsminister, war so klug, die Verwaltung des Tempelbergs schon 1967 in die Hände einer muslimischen Stiftung zu legen, die fortan den Zugang regelte, so dass Muslime Felsendom und Al-Aqsa-Moschee betreiben und Juden und Touristen zu eingeschränkten Zeiten den Tempelberg besuchen konnten.

Diese Bestimmungen gelten noch heute. Das ist wichtig zu betonen, da immer wieder behauptet wird, Israel wolle den Status des Tempelbergs ändern, wie zuletzt 2015, als diese Gerüchte zu vielen Messer- und Autoat-tacken führten.

Die Redaktion ist der Überzeugung, dass eine Zwei-staatenlösung, d.h. die Schaffung eines palästinensischen Staats an der Seite Israels in Frieden und gegenseitiger Anerkennung, die beste Lösung zur Beilegung des Konflikts ist. Doch die seit 1967 anvisier-te Lösung der Rückgabe von Territorien gegen Frieden ist immer wieder an Grenzen gestoßen. Die Oslo-Frie-densverhandlungen in den 90ern endeten im Terror der zweiten Intifada.

Durch die Intifada ist die israelische Bevölkerung skeptischer geworden, was den Friedenswillen der palästinensischen Führung betrifft. Als Premiermi-nister Ariel Sharon 2005 freiwillig den Gazastreifen zurückgab und die jüdischen Siedlungen dort räumte, entstanden dort keine „blühenden Landschaften“, sondern die islamistische Terrorgruppe Hamas riss in einem gewalttätigen Coup die Macht an sich. Die Ha-mas in Gaza wird vom Iran mit Raketen ausgestattet, die 2008, 2012 und 2014 gehäuft auf Israel abgefeuert wurden und die israelische Armee zum Eingreifen zwangen. Ist die Befürchtung vieler Israelis berechtigt, dass eine Rückgabe der 1967 besetzten Westbank zu ähnlichen Ergebnissen führen könnte?

Wer sich mit dem Sechstagekrieg beschäftigt, wird feststellen, dass alle angeführten Aspekte auch heute noch bei der Diskussion über eine Zweistaatenlösung aktuell sind. Die Lektüre dieser Broschüre führt Sie mitten hinein in die andauernde Auseinandersetzung über die Möglichkeiten zur Beilegung des Konflikts, 50 Jahre nachdem dieser so entscheidende Waffengang die Welt in Atem hielt.

März 2017

<sup>7</sup> Vgl. Herf, Jeffrey: Undeclared Wars with Israel. East Germany and the West German Far Left, 1967-1989. New York 2016.

# DIE VORGESCHICHTE DES SECHSTAGEKRIEGES

## VON DAVID LABUDE

Am Abend des 14. Mai 1967 – Levi Eshkol, Israels damaliger Premierminister, nahm gerade an einer Parade israelischer Soldaten zum Unabhängigkeitstag teil – erreichten ihn Nachrichten, dass ägyptische Truppen den Suezkanal überquerten und in die demilitarisierte Sinaihalbinsel einrückten. Zunächst glaubte man in Israel, es handle sich bei den ägyptischen Truppenbewegungen lediglich um eine Operation begrenzten Ausmaßes. Bereits 1960 waren ägyptische Verbände kurzzeitig in den Sinai vorgestoßen, hatten sich aber wieder zurückgezogen. Eshkol mahnte Israels Streitkräfte zu äußerster Zurückhaltung. Nasser sollte kein Vorwand für weitere Provokationen geboten werden. Diesmal jedoch war das Szenario ein anderes als 1960, und binnen zwei Wochen befand sich das Gros der ägyptischen Streitmacht im Sinai. Der ägyptische Vormarsch sowie die anschließende Sperrung der Straße von Tiran für die israelische Schifffahrt lieferten schließlich den Casus Belli für den Sechstagekrieg, der am 5. Juni 1967 begann.

Die Ereignisse des 14. Mai an Israels Südgrenze hatten sich bereits angedeutet. Israels Aufklärung hatte zuvor ungewöhnlich große ägyptische Truppenkonzentrationen westlich des Suezkanals gemeldet. Einen Tag vor den Unabhängigkeitsfeiern hatte Levi Eshkol vor einer sich abzeichnenden feindlichen Einkreisung Israels gewarnt: Zwar sei die arabische Welt heute gespalten, dies könne sich aber jederzeit ändern.<sup>8</sup> Die arabischen Länder waren in den 1960er Jahren angesichts hegemonialer und ideologischer Konflikte zerstritten. Sogenannte progressive arabische Staaten wie Syrien, Irak oder Ägypten standen traditionellen Monarchien wie bspw. Jordanien und Saudi Arabien gegenüber. Es war Ägyptens charismatischer Präsident Gamal Abdel Nasser, der diesen Gegensatz kittete und hinter dem sich eine panarabische Allianz gegen Israel zu formieren begann.<sup>9</sup>

Die panarabische Idee erstrebte die Schaffung einer arabischen Nation (*umma arabija wahida*). Entstanden war der Panarabismus als arabische Reaktion auf die als Besatzung empfundene Herrschaft des Osmanischen Reiches. Seit Ende des Ersten Weltkriegs manifestierte sich im Panarabismus der Widerstand gegen den französischen und britischen Kolonialismus.



Abb. 3 Ereignisse, die zum Sechstagekrieg führten

Mit der Entstehung des Zionismus wurde Israel, spätestens seit 1948, zu einem Feindbild des Panarabismus. Bis zum Aufstieg Nassers, nach der Suezkrise 1956, war der Panarabismus ein Unternehmen einiger Eliten: Publizisten, Offiziere, Intellektuelle. Erst die charismatische Wirkung, die Nasser besaß, verlieh der Idee eine emotionale Komponente, mit der er die Massen erreichte. Nasser wurde verehrt. Seine Reformen und Modernisierungsprogramme sicherten ihm Popularität weit über Ägypten hinaus. Nasser versprach den Arabern Einheit und Würde und erlangte den Ruf eines modernen Salah ad-Din.<sup>10</sup> Auch wenn der Panarabismus 1967 bereits an Popularität verloren hatte, gelang Nasser eine kurzfristige Wiederbelebung.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Vgl. Oren: Six Days of War. S. 38; Salah ad-Din war ein arabischer Heerführer gegen die Kreuzzügler im 12. Jh.

<sup>11</sup> Mansfield, Peter: Nasser and Nasserism, in: International Journal, Vol. 28, Nr. 4, The Arab States and Israel, 1973, S. 670-688. S. 677-678; Oren, S. 38; Ajami, Fouad: The End of Pan-Arabism, in: Foreign Affairs Nr. 57 (2). 1978. S. 355-73, S. 355, 365-368; Sela: Decline. S. 32.

<sup>8</sup> Levi Eshkol zitiert in: Oren, Michael: Six Days of War. S. 60.

<sup>9</sup> Vgl. Sela, Avraham: The Decline of the Arab-Israeli Conflict. Middle East Politics and the Quest for Regional Order. Albany 1998. S. 34, S. 31-54.



Abb. 4 Der ägyptische Präsident Gamal Abdel Nasser erfreute sich großer Beliebtheit. Hier wird er nach der Verstaatlichung der Suez Canal Company bejubelt, 1. August 1956

Eshkols Warnung vor einer Einkreisung Israels (13. Mai) erfolgte in Anbetracht der im Entstehen begriffenen arabischen Allianz gegen den jüdischen Staat und einer zunehmend angespannten Sicherheitslage. Seit Monaten häuften sich militärische Zwischenfälle an Israels Grenzen. Seit der Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) 1964 griffen palästinensische Gruppen Israel verstärkt an. In den Jahren 1965–1967 verzeichnete Israel 122 Angriffe durch palästinensische Guerillas. Meistens operierten sie von Jordanien oder Syrien aus. Am 13. November 1966 eskalierte eine israelische Vergeltungsaktion gegen palästinensische Milizen in As-Samu'a, einem Ort im Westjordanland, als israelische Truppen mit regulären jordanischen Einheiten zusammenstießen.<sup>12</sup> Jordaniens König Hussein wurde anschließend in der arabischen Welt scharf für sein Versagen in As-Samu'a kritisiert. Die Stimmung in der von Jordanien besetzten Westbank richtete sich zunehmend gegen ihn. Hussein kritisierte daraufhin Nasser ob seiner Tatenlosigkeit und warf dem ägyptischen Präsidenten vor, sich hinter den im Sinai stationierten UNEF-Truppen

zu verstecken.<sup>13</sup> Der Zwischenfall in As-Samu'a stellte König Hussein vor ein Dilemma: Zum einen hatte As-Samu'a zur Folge, dass er sich, aufgrund seines eigenen Vorgehens gegen palästinensische Milizen, in der arabischen Welt zunehmend isoliert fühlte. Gleichzeitig wuchs seine Furcht, dass Israel keinen Unterschied mehr zwischen Jordanien und dem extrem israelfeindlichen Syrien machen würde.<sup>14</sup>

Auch an der syrischen Grenze verschärfte sich die Lage, nachdem eine radikalere Gruppierung der syrischen Ba'ath Partei im Februar 1966 die Macht in Damaskus übernommen hatte. Auf einem Regionalkongress des Ba'ath-Regimes wurde im März 1966 die Eliminierung Israels als Ziel festgeschrieben.<sup>15</sup>

12 Bei dem Angriff starben 15 jordanische Soldaten und 54 wurden verletzt. Ein israelischer Soldat kam ums Leben, 10 wurden verletzt. Zudem starben drei Zivilisten und 69 wurden verletzt. Vgl. Oren: Six Days of War. S. 34.

13 Seit Ende des Suezkrieges 1956 diente die United Nations Emergency Force (UNEF) als Puffer zwischen der ägyptischen und israelischen Armee.

14 Morris: Righteous Victims. A History of the Zionist-Arab Conflict 1881-2001. New York 2001. S. 303; Siehe Husseins Einlassungen zu As-Samu'a und dessen Bedeutung, in Segev, Tom: 1967. Israels zweite Geburt. München 2007. S. 609.

15 Absichtserklärung der syrischen Ba'ath Partei in: Ben-Tzur, Abraham: The Syrian Ba'ath Party and Israel. Documents from the Internal Party Publications. Givat Havivah 1968. S. 21



Abb. 5 Aufsteigender Rauch aus einem Gebäude in As-Samu'a. Israelische Fallschirmjäger griffen das im Westjordanland befindliche Dorf am 13. November 1966 als Vergeltungsmaßnahme an, nachdem palästinensische Milizen, die zuvor drei israelische Soldaten getötet und Straßen nahe der israelischen Ortschaft Arad vermint hatten, sich dorthin zurückgezogen hatten

### Radio Damaskus drohte:

*„Der zionistische Staat [...] steht vor dem Zusammenbruch. Der Schurkenstaat (hebr. medinat ha'knufiyot) kann sich seiner Existenz nicht mehr gewiss sein [...] Er wird besiegt und vom arabischen Nahen Osten beseitigt werden.“<sup>16</sup>*

Folglich gestattete Damaskus palästinensischen Milizen, die vielfach von syrischem Boden aus agierten, ihre Angriffe auszuweiten. Es kam außerdem häufig zu Artilleriegefechten zwischen israelischen und syrischen Streitkräften, die sich rund um die Wasserproblematik des Jordans entfachten. Am 7. April 1967 erreichte die Situation eine neue Eskalationsstufe: Nachdem israelische Traktoren in der demilitarisierten Zone in den Golanhöhen von syrischer Artillerie beschossen wurden, entschied sich Israel zu einer Vergeltungsaktion. Es kam zu direkten Gefechten israelischer und syrischer Truppen. Bei Luftkämpfen verlor die syrische Luftwaffe sechs ihrer Flugzeuge. Israelische Jets überflogen anschließend Damaskus. Das neue Ba'ath-Regime fühlte sich öffentlich gedemütigt. Eine Reaktion Ägyptens, mit dem Syrien im November 1966 ein Verteidigungsbündnis geschlossen hatte, blieb aus.<sup>17</sup> Die Spannungen an der syrischen Front verschärften sich im Anschluss an den Vorfall weiter. Milizen der Al-Fatah intensivierten ihre Angriffe von Syrien auf die israelische Wasserinfrastruktur, gegen Kibbuzim sowie andere zivile und militärische Ziele.<sup>18</sup>

In dieser angespannten Lage übermittelte das sowjetische Außenministerium Syrien und Ägypten die Nachricht, dass ein massiver Aufmarsch israelischer Truppen an der Grenze zu Syrien stattfinde und ein israelischer Angriff unmittelbar bevorstehe. Es war

der 13. Mai 1967. Israel versicherte umgehend, dass kein Aufmarsch erfolge. Eshkol lud den russischen Botschafter in Israel ein, persönlich die Nordgrenze zu inspizieren. Dieser lehnte ab. Auch die Vereinten Nationen (UN) teilten mit, dass sich nichts Ungewöhnliches an der Grenze ereigne. Syrische und ägyptische Aufklärungsergebnisse bestätigten dies ebenfalls: Weder war eine Mobilmachung noch eine Konzentration israelischer Verbände im Gange. Trotz des Wissens, dass der russische Lagebericht offenbar unzutreffend war, nutzten Nasser und sein Generalstabschef 'Amer die Gerüchte für ihre Propaganda und gaben am 14. Mai 1967 den Befehl zum Einmarsch in den demilitarisierten Sinai.<sup>19</sup>

Seit dem Ende des Suezkrieges 1956 war die Präsenz ägyptischer Truppen auf der Sinaihalbinsel und im Gazastreifen stark begrenzt und eine UN-Mission (UNEF) überwachte die israelisch-ägyptische Waffenstillstandslinie sowie die Meerenge von Tiran, Israels maritimem Zugang zum Roten Meer. Zwei Tage nach ihrem Einmarsch hatten ägyptische Verbände nahe der Grenze zu Israel Stellung bezogen. Am 16. Mai forderte Nasser die UNEF auf, den Sinai zu räumen.<sup>20</sup> Die Stationierung der UNEF basierte auf dem Einverständnis Israels und Ägyptens. Ihr Abzug, sollte dies eine der Konfliktparteien verlangen, erforderte allerdings die Zustimmung der UN-Generalversammlung.<sup>21</sup> Dessen ungeachtet, entsprach UN-Generalsekretär U Thant Nassers Anordnung, die UNEF abzuziehen, ohne die relevanten UN Gremien vorab zu konsultieren.<sup>22</sup> Als UNEF General Indar Rikhye den ägyptischen Verbindungsoffizier der UNEF General Sharqawy fragte, ob dieser sich der möglichen Konsequenzen dieser Entscheidung bewusst sei, entgegnete Sharqawy ihm

16 Eine Übertragung von Radio Damaskus abgedruckt in der Zeitung Al-Ba'ath, am 24. Mai 1967, zitiert in Boka'i, David: Wer ist schuld am Ausbruch des 1967er Krieges? Jordanien und der Sechstagekrieg (mi ashem bifrotz milchemet 1967? jarden ve milchemet sheshet ha'jamim), in: Ijunim be'Tkumat Israel, Vol. 9, 1999, S. 246–279, S. 264.

17 Oren: Six Days of War. S. 46–49.

18 Morris: Righteous Victims. S. 304; Oren: Six Days of War. S. 48.

19 Morris: Righteous Victims. S. 304–305; Oren erwähnt das General 'Amer treibende Kraft für einen Angriff auf Israel war, vgl. Oren: Six Days of War. S. 83–86.

20 Nasser in seiner Rede im Hauptquartier der Luftwaffe der VAR (Vereinigte Arabische Republik) am 25. Mai 1967, in: Laqueur, Schueftan: The Israel-Arab Reader. S. 96.

21 Vgl. Oren: Six Days of War. S. 12.

22 Ebd. S. 70–71.



Abb. 6 Der Kommandeur der UNEF-Truppen General Indar Rikhye mit seinen Offizieren am Kings-Gate-Kontrollposten an der Grenze zwischen Israel und dem Gazastreifen kurz vor der Evakuierung der UN-Truppen durch Ägypten am 19. Mai 1967

siegesgewiss:

„Oh, selbstverständlich Sir. Wir haben diesen Schritt sorgfältig diskutiert und sind auf alles vorbereitet. Falls ein Krieg ausbricht, werden wir uns das nächste Mal in Tel Aviv wiedersehen.“<sup>23</sup>

Israels Lagebeurteilung am 18. Mai folgte, dass der Abzug der UNEF-Truppen zwar eine neue Situation offensiven Charakters geschaffen habe, Krieg aber weiterhin unwahrscheinlich sei. Am 21. Mai verkündete Nasser die Generalmobilmachung der ägyptischen Streitkräfte. Der ägyptische Aufmarsch im Sinai wurde beschleunigt. Dass Ägypten eine Schließung der internationalen Schifffahrtsstraße von Tiran anordnen würde, erschien laut eines israelischen Geheimdienstberichts vom Morgen des 22. Mai zweifelhaft.<sup>24</sup> In Jerusalem war man der Auffassung, Nasser wolle mit seiner Machtdemonstration im Sinai einen Propagandaerfolg erzielen, aber keinen Krieg riskieren.<sup>25</sup> Am Mittag desselben Tages tat Nasser genau dies und erklärte kurz darauf:

„Unsere Armee ist bereit für den Krieg. Der Golf von Aqaba gehört zu Ägypten. Wir werden israelischen Schiffen keinesfalls die Durchfahrt gestatten. Die Juden drohen mit Krieg. Wir sagen ihnen: ahan wa-sahlan [Willkommen] wir sind bereit zum Krieg. Unter keinen Umständen werden wir unser Recht auf den Golf von Aqaba preisgeben.“<sup>26</sup>

Ägyptische Truppen sperrten am Folgetag den Golf von Aqaba an der Meerenge von Tiran für israelische Schiffe und Schiffe anderer Nationalitäten mit Ziel

23 Ebd. S. 69.

24 Morris: Righteous Victims. S. 306.

25 Vgl. Jitzchak Rabins Analyse zur Situation auf dem Sinai Mitte Mai 1967 in: Eric Rouleau, „Le général Rabin ne pense pas que Nasser voulait la guerre“, Le Monde, 29. Februar 1968.

26 Nasser am 22. Mai 1967 vor Offizieren der ägyptischen Luftwaffe, zitiert in: Sharnoff, Michael: Defining the Enemy as Israel, Zionist Neo-Nazi or Jewish. The Propaganda War in Nasser's Egypt 1952–1967, in: Posen Papers in Contemporary Antisemitism, Nr. 14, (Hg.) Robert S. Wistrich, Jerusalem 2012, S. 9; Walter Laqueur datiert dieses Zitat auf den 25. Mai 1967, vgl. Laqueur, Schueftan: The Israel-Arab Reader. S. 97.

Eilat.<sup>27</sup> Damit schuf Nasser die Konstellation, die für Israel als Casus Belli galt. Israel war nach der Suezkrise 1956 von den Vereinigten Staaten und anderen Ländern die freie Schifffahrt durch Tiran garantiert worden.<sup>28</sup>

Doch für Israel stand mittlerweile weit mehr auf dem Spiel als die freie Schifffahrt: Falls Israel nicht auf die ägyptische Provokation reagierte, riskierte es die Glaubwürdigkeit seiner militärischen Abschreckung zu verlieren.

„Es ist nun eine Frage unseres Überlebens [...] des Seins oder nicht Seins“, schlussfolgerte Jitzchak Rabin daraufhin.<sup>29</sup>

Nassers Entscheidung, die Straße von Tiran zu schließen, war der ausschlaggebende Grund für den Ausbruch des Sechstagekrieges. Sie schuf eine Konstellation, in der Israel nicht mehr anders konnte, als militärisch zu reagieren, nachdem diplomatische Initiativen ergebnislos geblieben waren. Falls Nasser annahm, er könne mit der Remilitarisierung des Sinai und dem Rauswurf der UNEF den Suezkrieg von 1956 vergessen machen, ohne einen Schuss abzugeben, so manövrierte er sich mit der Wiederbesetzung Sharm

27 Die Straße von Tiran war bedeutend für Israels Handel mit afrikanischen und asiatischen Ländern. Zudem erreichten iranische Öllieferungen Israel über diese Route.

28 Das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen über den internationalen Status der Meere, abgeschlossen 1958 in Genf, erklärt die Straße von Tiran zu einem internationalen Gewässer. Ägypten lehnte es ab, die Vereinbarung zu unterzeichnen und verwies dabei auf Israels illegale Besetzung Eilats. Nichtsdestotrotz garantierten zahlreiche Staaten nach dem Suezkrieg 1956, darunter die USA, Großbritannien, Frankreich und Kanada, Israels Recht auf freie Schifffahrt in Tiran und standen Israel zu, dieses Recht im Zweifel auch militärisch, in Übereinstimmung mit Artikel 51 (Recht auf Selbstverteidigung) der UN-Charta durchzusetzen. Vgl. Oren: Six Days of War. S. 12, 83.

29 Jitzchak Rabin zitiert in Oren: Six Days of War. S. 86; Der ehemalige Ministerpräsident Ariel Sharon, der 1967 General der israelischen Armee war, kommentierte die israelische Zurückhaltung angesichts der neuen Lage wie folgt: „Heute haben wir den Streitkräften die Fähigkeit zur Abschreckung selbst entzogen. Wir haben unsere wichtigste Waffe aus der Hand gegeben: die Angst vor uns.“ Israel sei in der Lage, die ägyptische Armee zu vernichten, aber wenn es in der Frage der freien Schifffahrt Zugeständnisse mache, „öffnen wir die Tür zur vollständigen Vernichtung Israels.“ Segev: 1967. S. 352.



Abb. 7 Arabische Jugendliche im Gazastreifen verkaufen begeistert Schachteln mit Süßigkeiten, auf denen das Bild Nassers abgedruckt ist

Ash-Sheikhs, das an die Meerenge von Tiran angrenzt, und der anschließenden Blockade Tirans, in eine Lage, aus der er nicht mehr ohne Weiteres herauskam. Der Oberbefehlshaber der ägyptischen Armee General 'Amer bemerkte nach der Besetzung Scharm Ash-Scheikhs:

*„Wie können meine dort [in Scharm Ash-Scheikh] stationierten Streitkräfte einfach zusehen, wie die israelische Flagge direkt vor ihnen vorbeifährt?“<sup>30</sup>*

Möglicherweise ließen Nasser die Rückversicherungen seiner Generäle, dass ein Krieg mit Israel gewonnen werde, sowie die große Unterstützung in der arabischen Welt den Entschluss fassen, die Straße von Tiran zu sperren. UNEF General Rikhye bemerkte vor Kriegsausbruch den gestiegenen Einfluss des Militärs auf Nasser.<sup>31</sup> Der Tragweite seiner Entscheidung, die einen Krieg unabwendbar machte, war sich der ägyptische Präsident bewusst, wie in seiner Rede vom 26. Mai 1967 deutlich wird:

*„Wir warteten auf den Tag an dem wir vollständig vorbereitet und selbstbewusst genug waren, harte Kampfhandlungen gegen Israel unternemen zu können [...] Kürzlich fühlten wir, dass wir stark genug dazu sind, dass wir, wenn wir gegen Israel in die Schlacht ziehen, wir, mit Gottes Hilfe, triumphieren würden [...] Die Besetzung Scharm Ash-Sheikhs bedeutete Konfrontation mit Israel. Diesen Schritt zu gehen bedeutete auch, dass wir bereit waren einen regionalen Krieg mit Israel zu führen. Wir berücksichtigten dies, als wir Scharm Ash-Sheikh besetzten. Die derzeitige Operation fußt auf dieser Überlegung [...] Unser grundlegendes Ziel wird es sein, Israel zu vernichten.“<sup>32</sup>*

30 Oren: Six Days of War. S. 83.

31 In einem Gespräch mit UNO Generalsekretär U Thant sagte Nasser am 24.5.1967, „Meine Generäle sagen mir, dass wir gewinnen werden – Was würden Sie ihnen antworten? [...] Wir sind uns des Sieges gewiss.“ Nasser zitiert in: ebd. S. 86; Zu General Rikhyes Einschätzung bzgl. Nasser vgl. ebd. S. 83.

32 Nasser am 26. Mai 1967 vor arabischen Gewerkschaftern, zitiert in: Laqueur, Schueftan: The Israel-Arab Reader. S. 99; Muhammad H. Haykal, ein Vertrauter

Nassers Motive, die zu den folgenschweren Entscheidungen im Mai 1967 führten, mögen vielfältig gewesen sein. Vielleicht beabsichtigte er, die nach dem Suezkrieg an Ägypten gestellten Waffenstillstandsaufgaben zu revidieren.<sup>33</sup> Auch mag sich Nasser in Zugzwang gesehen haben, nachdem er Jordanien und Syrien zwei Mal nicht zu Hilfe gekommen war.<sup>34</sup> In Folge wirtschaftlicher und innenpolitischer Schwierigkeiten könnte sein Entschluss eine Art „Flucht nach vorn“, ein Versuch, von innenpolitischen Spannungen abzulenken, dargestellt haben.<sup>35</sup> Eine nukleare Dimension des Krieges, d.h. die Absicht mittels eines ägyptischen Präventivschlags, einer nuklearen Bewaffnung Israels zuvorzukommen – Nasser erwähnte dies in den 1960er Jahren – erscheint hingegen wenig überzeugend. Denn Nasser thematisierte diese Problematik in diplomatischen Gesprächen, während und nach dem Krieg 1967, nie wieder.<sup>36</sup> Letztlich ist Nasser beim Wort zu nehmen. Er selbst hatte die Zerstörung

Nassers und Journalist der führenden ägyptischen Zeitung Al-Ahram führte dies ebenfalls aus: „Es geht nicht um die Frage des Golfs von Aqaba, sondern um etwas viel Größeres. Es geht um die ganze Philosophie des israelischen Sicherheitsverständnisses. Es ist die Philosophie, auf welcher Israels Existenz seit seiner Geburt und in der Zukunft basiert. Deswegen sage ich, dass Israel zu den Waffen greifen muss. Deswegen sage ich, dass eine bewaffnete Auseinandersetzung [Ägyptens] mit dem israelischen Feind unausweichlich ist [...] Israel kann nicht akzeptieren was geschehen ist, oder gleichgültig demgegenüber bleiben.“ M. H. Haykal, in: Al-Ahram am 26. Mai 1967, zitiert in: Ebd. S. 102; Auch in Jordanien war man sich der Unabwendbarkeit eines Krieges bewusst. Vgl. die Memoiren Zayd ar-Rifa'is, einem Berater König Husseins und späteren Premierminister Jordaniens: The Nasser Hussein Reconciliation, in: Rabinovich, Itamar und Reinharz, Jehuda (Hg.): Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present. Waltham, Massachusetts 2008. S. 215–217.

33 Oren: Six Days of War. S. 39.

34 Ebd. S. 85; Morris: Righteous Victims, S. 304–305.

35 Ajami, Fouad: The End of Pan-Arabism. S. 370; Parker, Richard B.: The Politics of Miscalculation in the Middle East. Bloomington 1993. S. 37–39; Vgl. auch Lewis Awad: Die sieben Masken des Nasserismus (Arab. Aqnia'at an-Nassiriya as-Saba'a). Beirut 1976.

36 Siehe zu dieser Debatte: Sela: The Decline. S. 91; Sowie Mejcher, Helmut: Sinai, 5. Juni 1967. Krisenherd Naher und Mittlerer Osten. München 1998. S. 25–30.

Israels zum Kriegsziel erklärt und geäußert, dass sich die „Komödien von 1948“ nicht wiederholen dürften. Seine formulierte Absicht war es, Israel auszulöschen, um die „Aggression gegen Palästina“, die sich zwanzig Jahre zuvor zugetragen habe, zu berichtigen.<sup>37</sup> In offener Ablehnung der UN-Resolution 181, die 1947 eine Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat festlegte, beabsichtigte er Israel zu zerstören und somit das Rad der Geschichte zurückzudrehen.

### Israels innere Krise

Der Historiker und Journalist Tom Segev sieht die Gründe für den Ausbruch des Krieges in Israels innerer Verfasstheit. Er führt an, dass eine „allgemeine Depression“ psychologischer, sozialer und wirtschaftlicher Art, die vor dem Krieg in Israel bestanden habe, die Panik mit verursachte, was zu Israels Entschluss eines Präventivschlags führte: „[Es] waren nicht Nassers Drohungen [...] zumindest nicht allein.“ Wolle man den Kriegsausbruch verstehen, müsse man laut Segev die innere Lage Israels 1966–1967 verstehen. Demnach „war Israel zu schwach, um den Krieg zu vermeiden.“ Segev erklärt nicht, wie diese „allgemeine Depression“ eine notwendige Voraussetzung für den Krieg gewesen sein kann. Denn es ist nur schwer vorstellbar, dass Israel angesichts der Bedrohungslage anders hätte reagieren können, wenn es die von Segev beschriebene innenpolitische Konstellation nicht gegeben hätte.<sup>38</sup>

Zudem versperrt der von Segev angeführte „Primat der Innenpolitik“ den Blick auf die äußere Perzeption Israels: Israels Image bei den Nachbarstaaten. So war man sich insbesondere in Ägypten der Situation in Israel, dessen wirtschaftlicher Schwierigkeiten und außenpolitischer Isolation gewahr, wie die Berichterstattung in der ägyptischen Zeitung Al-Ahram im Mai 1967 darlegt. In einer Reihe von Zeitungsartikeln analysierte Al-Ahram Israels innere Verfasstheit und sozioökonomischen Problemen. General ‘Amer äußerte, dass ein Krieg mit Israel ein „einfacher Spaziergang“ (nus’ha sah’la) sein werde. Diese Wahrnehmung könnte Nasser und das ägyptische Militär in ihrer Auffassung bestärkt haben, dass die Zeit von Israels militärischer Suprematie vergangen sei. Eine Tatsache, die das Risiko einer Konfrontation mit Israel geringer erscheinen ließ.<sup>39</sup>

37 Nasser am 29. Mai 1967 vor Mitgliedern der Nationalversammlung, zitiert in: Laqueur, Schueftan: *The Israel-Arab Reader*. S. 102–103; Vgl. auch Sela: *The Decline*. S. 91.

38 Vgl. Segev, S. 27–28, 345, 402.

39 Vgl. Nutting, Anthony: *Nasser*. New York 1972. S. 408–409; Siehe insbesondere die Dissertation J. R. Lakahs, die die Darstellung Israels in der ägyptischen Zeitung Al-Ahram analysiert: Lakah, Jacqueline Rabbat: *Political Communica-*

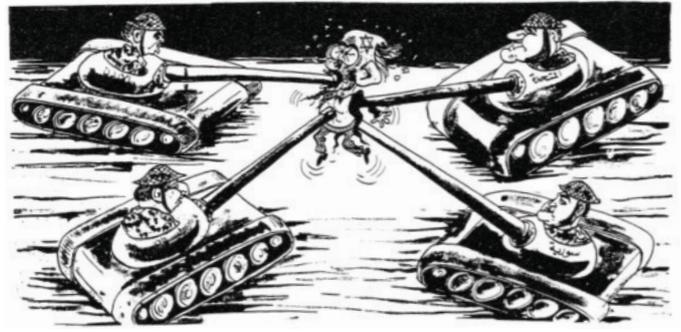


Abb. 8 Karikatur in der libanesischen Zeitung Al-Hajat: Ein syrischer, ein ägyptischer, ein libanesischer und ein jordanischer Panzer speißen Israel auf

### Vernichtungsdrohungen gegen Israel

Den Aufmarsch ägyptischer Truppen begleiteten massenhafte Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel. Die arabische Presse beschwor die endgültige Zerstörung des jüdischen Staates. Nasser sprach vom finalen Kampf um Palästina. Falls Israel versuchen sollte, die Region in Brand zu setzen, so seine Unterstellung, werde es selbst in diesem Feuer zugrunde gehen, hieß es aus Kairo. Radio Damaskus teilte mit, dass der Befreiungskampf nicht enden werde, bevor Israel nicht vollständig vernichtet sei.<sup>40</sup> Exemplarisch für viele Araber gab der irakische Präsident ‘Abd ‘ar Rahman ‘Aref die vereinende Losung:

„Unser Ziel ist klar – Israel auszulöschen. Wir sollen uns, so Gott will, in Tel Aviv oder Haifa wiedersehen.“<sup>41</sup>

Angesichts dieser Drohgebärden befürchtete der Schriftsteller und Holocaustüberlebende Jean Améry schon ein „Auschwitz II am Mittelmeer“:

„Die arabischen Staaten, unterstützt von der Sowjetunion und dem gesamten sozialistischen Lager, schießen drauf und dran, dem Zwergstaat Israel den Garaus zu machen.“

Dem Staat, der den Juden den „aufrechten Gang“, d.h. ein Leben in menschlicher Würde, ermöglicht hatte und sie zu einem neuen Selbstbewusstsein, einer neuen Selbstwahrnehmung, wo auch immer in der Welt sie lebten, befähigte. Für Juden weltweit – die Améry als „Kommunität von Verfolgten“, der sie angehörten, ob sie wollten oder nicht, beschrieb – war der Bestand des Judenstaates daher eine existentielle Frage. Eine totale Niederlage Israels hätte ein neues „Judenproblem“ geschaffen, infolgedessen hunderttausende Juden heimatlos geworden wären.<sup>42</sup>

tion in a Conflict Situation. Egyptian Images of Israel as Reflected in ‚Al-Ahram‘ 1966–1973. Ann Arbor, London 1978. S. 73–77; General ‘Amer gegenüber König Hussein am 30. Mai 1967, zitiert in: Ebd. S. 73.

40 Vgl. zu den Zitaten, Oren: *Six Days of War*. S. 63.

41 ‘Abd ar-Rahman ‘Aref zitiert in: ebd. S. 164.

42 Améry, Jean: *Zwischen Vietnam und Israel. Das Dilemma des Engagements*, in: Scheit, Gerhard (Hg.): *Jean Améry. Werke*, Bd. 8 *Ausgewählte Briefe 1945–1978*. Stuttgart 2007. S. 223–233, S. 231, S. 226, S. 230, S. 232; Siehe dazu auch Segev: 1967. S. 343.



Abb. 9 Bemüht, eine diplomatische Lösung zu finden: Levi Eshkol, Israels Premierminister 1963–1969

### Israels Bemühungen um eine diplomatische Lösung

Vor dem Hintergrund dieser Bedrohung begann Israel mit der Mobilmachung seiner Streitkräfte. Das Militär optierte für einen sofortigen Präventivschlag. Angesichts Israels fehlender strategischer Tiefe – es war an seiner schmalsten Stelle gerade einmal 14 Kilometer breit und damit leicht zweizuteilen – war die Präventivschlagoption eine Komponente der israelischen Sicherheitsdoktrin. Levi Eshkol intervenierte und plädierte dafür, der Diplomatie mehr Zeit zu gewähren. Er hoffte, dass die USA und die Sowjetunion zu einer Verständigung kämen und Ägypten dazu bewegen, die Blockade aufzuheben. Levi Eshkol bat den russischen Botschafter in Israel um ein Treffen mit Alexei Kossygin, dem Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, doch Moskau lehnte dies ab.<sup>43</sup> Israelische Diplomaten ersuchten auch die internationale Staatengemeinschaft um Hilfe. Vergebens. Weder Englands noch Frankreichs Regierung waren bereit eine Erklärung abzugeben, in der sie sich „für Israels Sicherheit und Integrität sowie die Wahrung des Friedens im Mittleren Osten“ aussprachen.<sup>44</sup>

Auch die Vereinigten Staaten zögerten. Washington brachte die Idee einer internationalen Flotte, der *Red Sea Regatta*, ins Spiel. Ein Konvoi, bestehend aus Frachtern, würde die ägyptische Blockade durchfahren. Außer den Niederlanden und Australien war jedoch keine Nation willens, dieses Wagnis einzugehen.<sup>45</sup> Neben dem Bemühen um internationale Vermittlung suchte Israel Zustimmung für einen Angriff auf Ägypten. Die USA drängten allerdings zur Zurückhaltung und warnten vor „jeder präventiven Militäraktion“. US Präsident Johnson sagte Israel lediglich, „dass es nicht allein sein werde, es sei denn, es entscheide sich dazu, allein zu gehen.“ Mit dieser Sentenz versagten die USA Israel ihre Unterstützung im Falle eines Präventivschlags. In Jerusalem fürchtete man, dass die Vereinigten Staaten ein Embargo gegen Israel verhängen würden, sollte Israel trotzdem losschlagen.<sup>46</sup> Im Gegensatz zur Garantie von 1957, als die USA Israel zugestanden hatten sein Recht auf freie Schifffahrt, im Falle einer Blockade Tirans, notfalls auch militärisch durchzusetzen, verweigerte Washington im Mai 1967 eine Verpflichtung oder Beistandserklärung.<sup>47</sup> Außerdem vermochten es weder die USA noch die Sowjetunion, Nasser zu einem Einlenken zu bewegen.

43 Vgl. Segev: 1967. S. 324.

44 Zu Israels Bemühungen um internationale Unterstützung für eine diplomatische Beilegung der Krise, vgl. Oren: *Six Days of War*. S. 78.

45 Ebd. S. 104–106.

46 So Rabin am 29. Mai 1967, zitiert in Segev: 1967. S. 369.

47 Vgl. ebd. S. 348; Oren: *Six Days of War*. S. 12.



Abb. 10 Gymnasiasten heben Schützengräben in einem Vorort von Tel Aviv aus, 28. Mai 1967

## Die Krise spitzt sich weiter zu

Inmitten vergeblicher israelischer Bemühungen um internationale Unterstützung und einen friedlichen Ausgleich provozierte Ägypten weiter: Am 26. Mai überflogen ägyptische Kampfflugzeuge den israelischen Atomreaktor in Dimona. Hinzu kamen Nachrichten von einem unmittelbar bevorstehenden ägyptischen Angriff, terminiert auf den Morgen des 27. Mai. Nasser blies die Offensive schließlich ab, wahrscheinlich auf amerikanischen und sowjetischen Druck hin.<sup>48</sup>

Israels innenpolitische Lage spitzte sich weiter zu, als Premierminister Eshkol sich am 28. Mai im Radio an die Nation wendete, um den jüngsten Kabinettsbeschluss mitzuteilen. Er las seine handschriftliche Rede ab, verhaspelte sich jedoch dabei und begann zu stottern. Er wollte mitteilen, dass Israel – bereit, jeden Angriff abzuwehren – zusammen mit den USA weiterhin an einer friedlichen Beilegung des Konflikts arbeite. Seine misslungene Radioansprache führte bei den Zuhörern zu Panik und zu einem Vertrauensverlust in die Kompetenz der israelischen Regierung. Maßgeblich trug sie zur Errichtung einer Einheitsregierung und zur Ernennung Moshe Dayans zum Verteidigungsminister wenige Tage später bei.<sup>49</sup> Schließlich überraschte Israel die unerwartete Annäherung zwischen Jordanien und Ägypten. König Hussein flog am 30. Mai nach Kairo und unterzeichnete einen jordanisch-ägyptischen Beistandspakt. Ein ägyptischer General wurde zum Kommandeur der jordanischen Streitkräfte ernannt und ägyptische Einheiten nach Jordanien verlegt. Auch Shukeiri, Vorsitzender der PLO, und König Hussein legten ihre Differenzen bei. Schließlich näherten sich auch die lang verfeindet gewesenen Staaten Irak und Jordanien einander an und unterschrieben ein gemeinsames Verteidigungs-

48 Morris: Righteous Victims. S. 307; Oren: Six Days of War. S. 121; Außerdem hatte Israels Geheimdienst Informationen über Ägyptens Angriffsplan ‚Morgengrauen‘ (al-fadjar) erhalten; General Amer hatte Nasser und Ägyptens Premierminister Sidqi Suleiman gegenüber bereits am 21. Mai 1967 versichert, dass Ägyptens Armee über defensive und offensive Pläne gegen Israel verfüge. Vgl. ebd. S. 83.

49 Segev: 1967. S. 350; Oren: Six Days of War. S. 132.

bündnis. Irakische Einheiten wurden ins Westjordanland entsandt.

„Die Schlinge um unseren Hals zieht sich zu“, kommentierte Landwirtschaftsminister Chaim Givati den jordanischen Beitritt in die arabische Koalition.<sup>50</sup>

Eshkols Vorahnung (13. Mai) einer Neuausrichtung der Kräfte im Nahen Osten schien sich bewahrheitet zu haben. Eine arabische Allianz aus zahlreichen Staaten war erreicht. Die Araber versammelten sich hinter Nasser, ihrem neuen Führer (*as-sa'im*). Seine und die Reden anderer arabischer Politiker wurden in Israel übertragen. Im Jahre 1967 gab es noch keine israelischen Fernsehsender, und viele Israelis verfolgten daher die Übertragungen aus Ägypten.<sup>51</sup> Zudem verkündete die „Donnerstimme aus Kairo“, wie sie in Israel genannt wurde, über einen ägyptischen Radiosender, der Propaganda auf Hebräisch ausstrahlte, den israelischen Zuhörern einen neuen Holocaust.<sup>52</sup> Arabische Zeitungen veröffentlichten antisemitische Karikaturen. In der israelischen Presse begann man Nassers Reden mit denen Hitlers zu vergleichen. Die israelische Zeitung *Haaretz* druckte Nassers Verlautbarung, „Wenn Israel Krieg will, dann wird es zerstört werden“, neben einer Erklärung Hitlers, „Wenn es dem [...] Judentum [...] gelingen sollte, die Völker [...] in einen Weltkrieg zu stürzen, dann wird das Ergebnis [...] die Vernichtung der jüdischen Rasse [sein]“, ab.<sup>53</sup>

Ahmad Shukeiri (PLO), von Kairo aus operierend, drohte, im bevorstehenden Krieg, israelische Zivilis-

50 Segev: 1967. S. 359.

51 Der israelische Erste Kanal (arutz 1) ging erst 1968 auf Sendung.

52 Segev: 1967. S. 345–346; Das hebräische Wort für Donner ist ra'am. Dies ist auch die hebräische Abkürzung für die Vereinigte Arabische Republik (Republika Aravit Me'uchedet). Der ägyptische Sender hieß ‚die Stimme der VAR aus Kairo‘ (kol ha'ra'am mi'kahir). Vereinigte Arabische Republik (VAR) war der offizielle Name Ägyptens seit der Vereinigung mit Syrien 1958. Nasser war von 1958–1961 Präsident der VAR, bestehend aus Syrien, Ägypten und Nordjemen. Die Union brach 1961 aufgrund interner Differenzen auseinander. Syrien und Jemen legten den Namen VAR anschließend ab. Ägypten führte ihn bis 1972 weiter.

53 Vgl. Morris: Righteous Victims. S. 308; Segev: 1967. S. 342; Vgl. *Haaretz* vom 26. Mai 1967, S. 2.



Abb. 11 Eine in Südisrael stationierte Panzereinheit wartet auf Befehle

ten zu ermorden und die „wenigen Überlebenden“ zu deportieren.<sup>54</sup> Nasser erklärte derweil vor der ägyptischen Nationalversammlung, dass Ägypten bereit zum Krieg sei. Einem Krieg, in dem es nicht mehr nur um den Golf von Aqaba, die Straße von Tiran oder den Rückzug der UNEF-Truppen gehe, sondern um das Unrecht, das sich in Palästina 1948 zugetragen habe.<sup>55</sup> Radio Kairo verkündete einen „totalen Krieg, der in der Vernichtung Israels ende“.<sup>56</sup> Um sich gegen internationale Eingriffe abzusichern, warnte König Hussein das Ausland davor, sich in den bevorstehenden Konflikt einzumischen: „Die, die zu Israel stehen, sind unsere Feinde.“<sup>57</sup> Nasser drohte mit einem Ölboykott gegen Staaten, die Israel hülften.<sup>58</sup>

### Das traumatische Abwarten – ha'Hamtana

Die Ungewissheit während des Wartens und die sich zuspitzenden Ereignisse seit Ägyptens Einmarsch in den Sinai versetzten viele Israelis in Panik. Diese traumatische Periode wird in Israel mit dem feststehenden Ausdruck *ha'Hamtana* (dt. das Abwarten) bezeichnet.<sup>59</sup> Dazu gesellte sich der Eindruck, international isoliert zu sein.<sup>60</sup> Der Hysterie und dem Jubel auf den Straßen vieler arabischer Hauptstädte stand in Israel die Angst gegenüber. Israel rechnete mit zehntausenden Toten. Landesweit wurden Bunker für den Krieg, Schulen und öffentliche Gebäude für eine Nutzung als Krankenhäuser und Leichenhallen vorbereitet. Vielerorts wurden Schützengräben ausgehoben. In

Erwartung vieler Opfer zogen Rabbiner durch Parks, um eilig Flächen zu weihen, damit diese als potenzielle Massengräber dienen könnten. Auch fürchteten viele Israelis, dass Ägypten, wie bereits 1963 im Jemen geschehen, Giftgas einsetzen könnte. Ein Szenario, auf das Israel nicht vorbereitet war.<sup>61</sup>

Einschätzungen israelischer und amerikanischer Geheimdienste im Vorfeld des Krieges deckten sich nicht unbedingt mit dem Gefühl der Menschen in Israel. Ihren Beurteilungen zufolge würde Israel siegreich aus einem Krieg hervorgehen: Im Falle eines arabischen Erstschlags jedoch mit hohen Verlusten. Es wurde von fünfstelligen Opferzahlen ausgegangen. Bei einem israelischen Präventivschlag sei mit weitaus weniger Toten zu rechnen.<sup>62</sup> Trotz dieser Einschätzungen blieb aber der Faktor der Unvorhersehbarkeit eines Krieges. Weder war klar, ob sich noch andere Staaten der arabischen Allianz anschließen, noch, ob diese weitere Waffenlieferungen erhalten würden, die das Gleichgewicht verändert hätten. Zudem blieb offen, wie verlässlich die geheimdienstlichen Erkenntnisse waren, hatten solche Beurteilungen sich doch bereits in der Vergangenheit nicht immer als zutreffend erwiesen. Israels Militärgeheimdienst Aman hatte noch im Herbst 1966 ein militärisches Engagement Kairo gegen Israel, aufgrund von Ägyptens Verwicklung im jemenitischen Bürgerkrieg, ausgeschlossen. Amans Einschätzung zu Folge wären die arabischen Staaten erst nach 1970 zu einem Waffengang gegen Israel in der Lage.<sup>63</sup>

54 Vgl. Sharnoff: *Defining the Enemy as Israel*. S. 10.

55 Nasser am 29. Mai 1967, zitiert in: Laqueur, Schueftan: *The Israel-Arab Reader*. S. 103; M. Oren datiert diese Aussage auf den 2. Juni 1967, vgl. Oren: *Six Days of War*. S. 159.

56 Radioubertragung von ‚Radio Kairo‘ vom 13. Mai, zitiert in Gilbert, Martin: *Israel. A History*. New York 2008. S. 366.

57 König Hussein, zitiert nach Oren: *Six Days of War*. S. 162.

58 Nasser zitiert in: Gilbert: *Israel. A History*. S. 381.

59 Oren: *Six Days of War*. S. 75.

60 Zum Gefühl des alleingelassen Seins vieler Israelis bzw. Juden vor Beginn des Sechstagekrieges schrieb J. Améry: „Wir [...] sind, seit Israel sich in Gefahr befindet, ausgeschlossen aus der Gemeinschaft, die gestern die unsrige war. Wir stehen, sofern wir jedenfalls der Generation angehören, die Hitlers Verbrechen im Fleische erfuhr, wiederum so allein da wie zwischen 1939 und 1945.“ Améry: *Zwischen Vietnam und Israel*. S. 228.

61 Vgl. Jitzchak Rabin Memoiren: *The Last Stages of the Crisis*, in: Rabinovich, Itamar und Reinhartz, Jehuda (Hg.): *Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present*. Waltham, Massachusetts 2008. S. 212–214, S. 214; Segev: 1967. S. 338, 344; Siehe auch Gilbert: *Israel. A History*. S. 379; Oren: *Six Days of War*. S. 136.

62 Vgl. dazu Morris: *Righteous Victims*. S. 310; Oren: *Six Days of War*. S. 79.

63 Vgl. Kahana, Ephraim: *Analyzing Israel's Intelligence Failures*, in: *International Journal of Intelligence and Counterintelligence*, Vol. 18, Nr. 2, 2005. S. 262–279. Der Geheimdienst Aman hatte zudem den ägyptischen Vormarsch in den Sinai 1960 zunächst nicht bemerkt. Erst vier Tage nach dem Einmarsch erhielt Aman dementsprechende Information. Weiterhin ist die Fehleinschätzung israelischer Geheimdienste vor Ausbruch des Jom-Kippur-Krieges 1973 zu nennen. Ein syrisch-ägyptischer Angriff wurde als unwahrscheinlich eingestuft. In Folge dieses Irrtums erlitt Israel im Oktober 1973 hohe Verluste

# DER KRIEG

## VON DAVID LABUDE

Levi Eshkols misslungene Radioansprache vom 28. Mai hatte zu heftigen Reaktionen geführt. Der Premierminister und das Kabinett sahen sich Vorwürfen des Zauderns und der Unentschlossenheit ausgesetzt. In ungewohnt scharfem Ton teilten Opposition und Generalstab gegen die Regierung aus. In Israels Stunde größter Not lasse Eshkol es schutzlos dastehen, lautete ein Vorwurf. Eshkol wurde als unfähig bezeichnet, Israel in dieser Stunde führen zu können. Der israelische Premierminister, der gleichzeitig das Amt des Verteidigungsministers ausübte, wurde aufgefordert, diesen Posten zu räumen und das Verteidigungsministerium an jemanden zu übertragen, der größeren öffentlichen Rückhalt genoss: Moshe Dayan.<sup>64</sup>

Nach anfänglichem Zögern gab der Premierminister schließlich nach und erklärte Dayan zum neuen Verteidigungsminister. Eine Einheitsregierung unter Einbeziehung der großen Oppositionsparteien wurde gebildet. Auch Menachem Begin bekam einen Ministerposten ohne Portfolio. Einige kommentierten die Ereignisse als regelrechten „Putsch“.<sup>65</sup>

Der Generalstab drängte darauf, die Initiative zu ergreifen. Israels Armee, die zum Großteil aus Reservisten bestand, war seit zwei Wochen mobilisiert, was die ohnehin schon durch die Rezession geschwächte Wirtschaft weiter stark belastete. Jeder Tag, den man abwartete, ermögliche es dem Gegner überdies, seine Positionen auszubauen, argwöhnte das Militär.<sup>66</sup> Am 2. Juni entschied Israels Führung, einen Präventivschlag gegen Ägypten führen zu wollen. Jedoch wurde noch kein Datum festgelegt. Eshkol hatte interveniert und es war ihm ein weiteres Mal gelungen, die Falken zu besänftigen und Zeit für letzte diplomatische Initiativen zu gewinnen. Eine endgültige Entscheidung wurde um zwei Tage verschoben. Am 4. Juni tagte das israelische Kabinett erneut. Die USA hatten mittlerweile ihre Zustimmung zu einem israelischen Angriff signalisiert. König Husseins Beitritt zur syrisch-ägyptischen Allianz hatte anscheinend für eine Wende in der Haltung der Vereinigten Staaten gesorgt. Das israelische Kabinett verfügte am selben Tag einen Angriff auf Ägypten, sobald die Streitkräfte dazu bereit seien.<sup>67</sup>

.....  
und stand am Rande einer militärischen Niederlage. Zum Jom-Kippur-Krieg, vgl. auch Morris. S. 404, 416.

64 Morris: *Righteous Victims*. S. 309.

65 Vgl. ebd.; Oren: *Six Days of War*. S. 148; Segev: 1967. S. 377-379.

66 Vgl. ebd. S. 386-392.

67 Vgl. ebd. S. 399; Vgl. Morris: *Righteous Victims*. S. 310.

Israel war den arabischen Staaten numerisch in einem Verhältnis von 1:2 unterlegen. Etwa 250.000 israelische Soldaten, davon waren drei Viertel Reservisten, standen einer halben Million Soldaten auf arabischer Seite gegenüber.<sup>68</sup>

### Kriegsbeginn

Am Morgen des 5. Juni 1967 begann die israelische Offensive gegen Ägypten. Hauptziel des Angriffs war die Zerstörung der ägyptischen Streitmacht auf dem Sinai und die Öffnung der Straße von Tiran. Die Israelis rechneten mit einer Intervention des Sicherheitsrates binnen 24-72 Stunden nach Ausbruch der Kämpfe. Die Operation unterlag deswegen strikten zeitlichen Vorgaben. Die initialen Kampfhandlungen sollten sich ausschließlich gegen Ägypten richten.

Es bestanden keine Absichten, das Westjordanland oder Teile Syriens zu besetzen, auch wenn Dayan kurzweilig erwogen hatte, in die Westbank vorzustoßen. Inwieweit sich Jordanien und Syrien dem Beistandspakt verpflichtet sahen, war unklar. Israel übermittelte Jordanien vor Ausbruch der Kampfhandlungen eine scharfe Warnung, sich aus den Kämpfen herauszuhalten. Auf Angriffe Jordaniens und Syriens sollte lediglich reagiert werden. Die wenigen Verbände, die Israel am 5. Juni an seiner Ost- und Nordgrenze zurückließ, eigneten sich nicht für offensive Kampfhandlungen.<sup>69</sup>

Israels Überraschungsangriff auf Ägypten verlief so effizient, dass binnen drei Stunden die ägyptische Luftwaffe zerstört war. Auch die Bodenoffensive im

68 Israel verfügte über ca. 250.000 Soldaten (davon 3/4 Reservisten), 192 Kampfflugzeuge, 400 Artilleriesysteme, 1.100 Panzer. Ägypten besaß im Jahre 1965 zwischen 150.000-180.000 Soldaten, die meisten davon waren im Juni 1967 im Sinai stationiert, zudem 800 Artilleriesysteme, 900 Panzer, 242 Kampfflugzeuge. Jordanien: 56.000 Soldaten (zudem zwei ägyptische Kommandobataillone im Westjordanland), 264 Panzer, 160 Artilleriesysteme, 24 Kampfflugzeuge. Irak (im Westjordanland): eine irakische Brigade, bestehend aus 30 Panzern sowie 34 Geschützen. Hinzu kamen 2 Bomber. Vgl. Pollack, Kenneth M: *Arabs at War. Military Effectiveness 1948-1991*. Lincoln, London 2004. S. 167; Das irakische Kontingent wurde von einem irakisch-palästinensischen Bataillon ergänzt. Syrien: 70.000 Soldaten, 265 Artilleriesysteme, etwa 300 Panzer 92 Kampfflugzeuge und 2 Bomber; Siehe zu diesen Angaben, Morris: *Righteous Victims*. S. 311-312; Oren diesbezügliche Angaben sind ähnlich, vgl. Oren: *Six Days of War*. S. 137. M. Oren weist darauf hin, dass die arabischen Armeen einschließlich Saudi Arabiens, Tunesiens, Marokkos und Libyens, deren Truppen sich teils auf dem Sinai befanden, etwa 500.000 Soldaten, 900 Kampfflugzeuge und etwa 5.000 Panzer umfassten. Vgl. ebd. S. 164.

69 Vgl. Morris: *Righteous Victims*. S. 314.



Abb. 12 Levi Eshkol (Mitte) besucht zusammen mit Jitzchak Rabin (3. v.re.) und Jigal Alon (2. v.re.) im Negev stationierte Truppen

Sinai übertraf die Erwartungen der Militärs.

Bereits am Abend des 5. Juni war der Zusammenbruch der ägyptischen Streitmacht absehbar. Ägypten proklamierte unterdessen ausschließlich Erfolg. Israelis, die den Radioübertragungen aus Kairo zuhörten, wähten infolge dieser Propaganda eine israelische Niederlage: Tel Aviv stünde bereits in Flammen und palästinensische Kämpfer zögen durch die Straßen israelischer Städte, glaubten einige. Israels Regierung kommentierte die Ereignisse nicht.<sup>70</sup>

Auch Nassers Verbündete waren sich des Zusammenbruchs der ägyptischen Armee nicht bewusst.

Israel verfügte am ersten Tag eine komplette Nachrichtensperre zum Kriegsverlauf.<sup>71</sup> Trotz Warnungen der Israelis und im festen Glauben, die ägyptische Armee sei auf dem Vormarsch, intervenierten erst Jordanien und schließlich Syrien.<sup>72</sup> Syrische und jordanische Truppen griffen mit Kampfflugzeugen und Artillerie an. Jordanische Panzerbrigaden setzten sich in Bewegung.<sup>73</sup> Dadurch entstanden für Israel neue Fronten im Norden und Osten. Radiostationen in Amman, Kairo, Damaskus und Bagdad vermeldeten weiterhin propagandistische Siegesmeldungen. Die Wirklichkeit war jedoch eine andere. Tatsächlich waren wenige Stunden nach Ausbruch des Sechstageskrieges die Luftwaffen Ägyptens, Syriens, Jordaniens und des Irak nahezu komplett zerstört. Israel besaß vollkommene Lufthoheit. König Hussein von Jordanien sagte nach dem Krieg:

*„Ihre [Israels] Piloten wussten exakt, was sie zu erwarten hatten. [Sie] besaßen detaillierte Aufzeichnungen sämtlicher [...] Luftwaffenstützpunkte, [sie] wussten welche Ziele anzugreifen waren, wo und wie. Wir hatten nichts dergleichen.“<sup>74</sup>*

70 Segev: 1967. S. 407.

71 Oren: Six Days of War. S. 210.

72 Israel forderte König Hussein von Jordanien zwei Mal auf, nicht einzugreifen. Das erste Mal vor Ausbruch des Krieges, ein weiteres Mal nach Beginn der Kampfhandlungen am 5. Juni, vgl. Morris: Righteous Victims. S. 323.

73 Mejer: Sinai. S. 12.

74 Jordaniens König Hussein zitiert in: Morris: Righteous Victims. S. 317.

Die ägyptischen Erfolgsmeldungen ließen sich ob des israelischen Vormarsches nicht lange aufrecht erhalten. Die schnelle Niederlage der arabischen Luftwaffen verlangte nach Erklärungen. Folglich behaupteten Jordanien und Ägypten am Tag darauf, dass eine westliche Verschwörung stattgefunden habe. Sie erklärten, dass die britische und amerikanische Luftwaffe auf Israels Geheiß eingegriffen hätten. Diese Legende wurde von US-Präsident Johnson als „Big Lie“ bezeichnet.<sup>75</sup>

Frankreichs Regierung unter Charles de Gaulle verhängte unterdessen ein Embargo gegen Israel, welches auch Flugzeuge mit einschloss. Französische Kampfflugzeuge bildeten seit Mitte der fünfziger Jahre das Rückgrat der israelischen Luftwaffe. Viele Israelis schockierte diese Bestimmung.<sup>76</sup>

Bereits bei Ausbruch des Krieges hatten jordanische und irakische Truppen Westjerusalem, Tel Aviv sowie die Jesreelebene mit Artillerie angegriffen. Nach Ende des ersten Tages, als das ägyptische Heer im Zusammenbruch befindlich war, fiel in Jerusalem die Entscheidung, gegen Jordanien vorzugehen. Israel verlegte Einheiten Richtung Westbank. Am 6. Juni begann Israels Angriff auf Ostjerusalem und das Westjordanland. Auch an der jordanischen Front stellten sich schnell Erfolge ein. Ein am selben Tag von den USA und Russland beim UN-Sicherheitsrat eingebrachtes Waffenstillstandsersuchen fand infolgedessen jordanische Zustimmung. Die ägyptischen Vertreter lehnten es allerdings ab.<sup>77</sup> Die Kämpfe gingen weiter. Am Morgen des 7. Juni entschloss man sich zur Einnahme von Jerusalems Altstadt, mit der für Juden heiligen Klagemauer.

Nach kurzen Gefechten mit jordanischen Truppen vermeldeten israelische Fallschirmjäger: „Har ha'Bait be'Jadenu“ – „Der Tempelberg ist in unseren Händen.“

75 Vgl. zu der ägyptisch-jordanischen Erklärung Oren: Six Days of War. S. 226, 287; Nasser wiederholte diese Behauptung in seiner Abtrittserklärung am 9. Juni 1967, vgl. Laqueur, Schueftan: The Israel-Arab Reader. S. 103–105.

76 Segev: 1967. S. 670.

77 Vgl. Oren: Six Days of War. S. 236.



Abb. 13 Das Kinderhaus des Kibbuz' Tel Katzir am See Genezareth nach einem syrischen Artillerieangriff

Vierorts brachen Israelis in Freude aus.<sup>78</sup> Am 8. Juni kontrollierten israelische Streitkräfte das gesamte Westjordanland. Tatsächlich bestand am Abend des 8. Juni die Möglichkeit eines umfassenden Waffenstillstands. Jordanien und Ägypten hatten ihre Zustimmung gegeben. Doch Syriens Einverständnis ließ auf sich warten.<sup>79</sup>

Am Morgen des 9. Juni verkündete Radio Damaskus schließlich, dass Syrien einen Waffenstillstand respektiere, vorausgesetzt Israel halte sich daran. Bis zu seiner *Volte Face* an diesem Morgen war Moshe Dayan entschiedener Gegner eines Angriffs auf Syrien gewesen. Israel verhielt sich trotz syrischen Beschusses an der Nordgrenze und auf Haifa bislang ausschließlich defensiv. Jetzt, da eine Waffenruhe nahe schien, stellte sich die Frage, ob man Syriens Angriffe unbeantwortet lassen sollte. Schließlich war Damaskus aus israelischer Perspektive maßgeblich verantwortlich für den Krieg. Dies war, so die Auffassung Jerusalems, der Augenblick, Syrien für die seit Jahren andauernden Angriffe abzustrafen und zudem die strategischen Positionen der Golanhöhen, sowie das wichtige Quellgebiet des Jordans einzunehmen.<sup>80</sup>

Israel entschied sich zu einer Offensive und verlegte Einheiten in den Golan. Diese marschierten nun gegen syrische Verschanzungen. Die syrische Armee verteidigte ihre Stellungen zunächst unnachgiebig, zog sich

aber schließlich auf rückwärtige Positionen zurück. Israels Diplomaten sahen sich unterdessen zunehmendem internationalen Druck ausgesetzt und versuchten Zeit zu gewinnen, die das Militär brauchte, um die operativen Ziele zu erreichen.<sup>81</sup>

Als am 9. Juni, der Krieg war noch nicht vorüber, das Ausmaß der ägyptischen Niederlage sichtbar wurde, erklärte Nasser seinen Rücktritt.<sup>82</sup> Nach dieser Bekanntgabe zogen die Ägypter zu hunderttausenden auf die Straße und forderten ihn auf, im Amt zu bleiben. Nasser entschied sich daraufhin zum Rücktritt von seinem Rücktritt und führte Ägypten bis zu seinem Tode 1970 weiter.<sup>83</sup>

Der UN-Sicherheitsrat verhängte schließlich einen Waffenstillstand. Dieser trat am 10. Juni um 18:00 Uhr in Kraft. Der Sechstagekrieg war zu Ende.<sup>84</sup>

78 Vgl. ebd. S. 242-247, 245.

79 Vgl. ebd. S. 278; Morris hingegen spricht davon, dass Syrien den Waffenstillstand ablehnte, siehe Morris: *Righteous Victims*. S. 313; Zur Zustimmung Ägyptens siehe, Oren: *Six Days of War*. S. 274-275.

80 Mejcher: *Sinai*. S. 15; Oren: *Six Days of War*. S. 278-280; Morris: *Righteous Victims*. S. 325-326.

81 Oren: *Six Days of War*. S. 298-303.

82 Ägypten verlor zwischen 10.000 – 15.000 Soldaten, etwa 5.000 wurde gefangen genommen. Jordanische Soldaten fielen etwa 800, etwa genauso viele kamen in Kriegsgefangenschaft. Außerdem wurden 20 irakische Soldaten in Gefechten in der West Bank getötet. Nach israelischen Schätzungen fielen zudem etwa 500 syrische Soldaten, etwa 2.500 wurden verwundet, 578 gefangen genommen. Auf der anderen Seite verlor Israel insgesamt weniger als 800 Soldaten. 338 fielen im Sinai, 300 starben bei Kämpfen im Westjordanland, davon mehr als die Hälfte in Jerusalem, und 141 israelische Militärangehörige kamen im Golan ums Leben. Vgl. Morris: *Righteous Victims*. S. 327.

83 Oren: *Six Days of War*. 288-289.

84 Allerdings war die Eroberung des Golans erst abgeschlossen, als israelische Truppen mit Hubschraubern am 12. Juni auf dem Berg Hermon landeten und diesen kampfflos besetzten. Vgl. Morris: *Righteous Victims*. S. 328.

## Jerusalem aus Gold (David Labude)

Am 14. Mai 1967 bat Teddy Kollek, der damalige Bürgermeister von Jerusalem, aus Anlass der Feiern zum Unabhängigkeitstag die Sängerin und Komponistin Naomi Shemer, ein Lied über Jerusalem zu schreiben. Dies geschah einen Monat vor Ausbruch des Sechstagekrieges. Mit Versen wie „Gefangen in ihrem Traum; liegt die vereinsamte Stadt und in ihrem Herzen eine Mauer“ oder „Wie leer der Marktplatz; Keiner, der den Tempelberg besucht“ und „Wenn ich Dich vergäße – Jerusalem, Du ganz und gar Goldene“, war das Lied „Jerusalem aus Gold“ (Jerushalayim shel Sahav) eine Hommage an die Stadt der Sehnsucht, die sie für viele Juden darstellt.

Zum Zeitpunkt, als das Lied verfasst wurde, war Jerusalem noch geteilt, und der Ostteil der Stadt wurde von Jordanien kontrolliert. Seit 1948 waren die Altstadt und der Tempelberg, wo sich die Klagemauer, der heiligste Ort des Judentums befand, für Juden unerreichbar. Das Lied erlangte schnell enorme Popularität, insbesondere nach dem Sechstagekrieg, als Israel den Osten Jerusalems im Juni 1967 eroberte und die heiligen Stätten für Juden wieder zugänglich wurden. Das Lied „Jerusalem aus Gold“ wurde infolgedessen zum beliebtesten Lied Israels aller Zeiten gewählt. Deshalb wird es vielfach als inoffizielle Hymne des Landes betrachtet (Segev: 1967. S. 540; Oren: Six Days of War. S. 61).

Der Liedtext ist beeinflusst von der literarischen Tradition sephardischer Juden, insbesondere den Arbeiten des Dichters Jehuda Halevi. Zudem ist er reichhaltig an biblischen Verweisen. Eine Strophe beginnt mit dem hebräischen Wort ‚echa‘, was wörtlich „wie“ bedeutet, in einem religiösen Sinne aber auf die im Tanach befindlichen Klagelieder des Jeremias (hebr. Name echa) hinweist, die mit dem Ausdruck ‚echa‘ eingeleitet werden.

Darin wird die Sehnsucht der nach der Zerstörung des ersten Tempels (586 v. Chr.) in der Diaspora lebenden Juden nach Jerusalem bekundet. Ein weiterer Bezug ist der im Text verwendete, allgemein bekannte und vielfach rezitierte biblische Vers des Psalms 137: „Wenn ich Dich vergäße Jerusalem – dann vergäße ich meine rechte [Hand]“. Hierin wird die untrennbare Verbundenheit des Judentums mit Jerusalem ausgedrückt. Die rechte Hand steht dabei symbolisch für Kraft und spirituelle Orientierung. Würde Jerusalem vergessen, so ginge diese Kraft verloren und man vergäße die Essenz seines Seins.

Nach der Einnahme Ostjerusalems 1967 und der Rückkehr der Juden in die Altstadt und zur Klagemauer, fügte Naomi Shemer zwei weitere Strophen hinzu, die der Freude darüber Ausdruck verliehen: In Ergänzung zu den Versen „Wie leer der Marktplatz ist“ und „Keiner, der den Tempelberg besucht“, schrieb sie: „Wir sind zurückgekehrt, zu den Brunnen, zum Markt und Deinen Plätzen.“

Das Lied führte zu einigen Kontroversen. Israelische Intellektuelle, wie z.B. Amos Oz, kritisierten das Lied dafür, dass es die arabische Bevölkerung Jerusalems nicht beachte, da die Altstadt sehr wohl bewohnt gewesen war, bevor die Israelis sie 1967 eroberten. Ein weiterer Streitpunkt war die große Ähnlichkeit der von Naomi Shemer gewählten Melodie, die einem baskischen Gutenachtlied ähnelte. Shemer wurde vorgeworfen, diese plagiiert zu haben, was sie lange Zeit bestritt. In einem Interview kurz vor ihrem Tod, gestand Shemer ein, dass sie möglicherweise von der Melodie beeinflusst gewesen sei. Eine Tatsache, die ihr im Nachhinein große Sorge und Unbehagen bereitete (Segev: 1967. S. 272–273, 540–541).

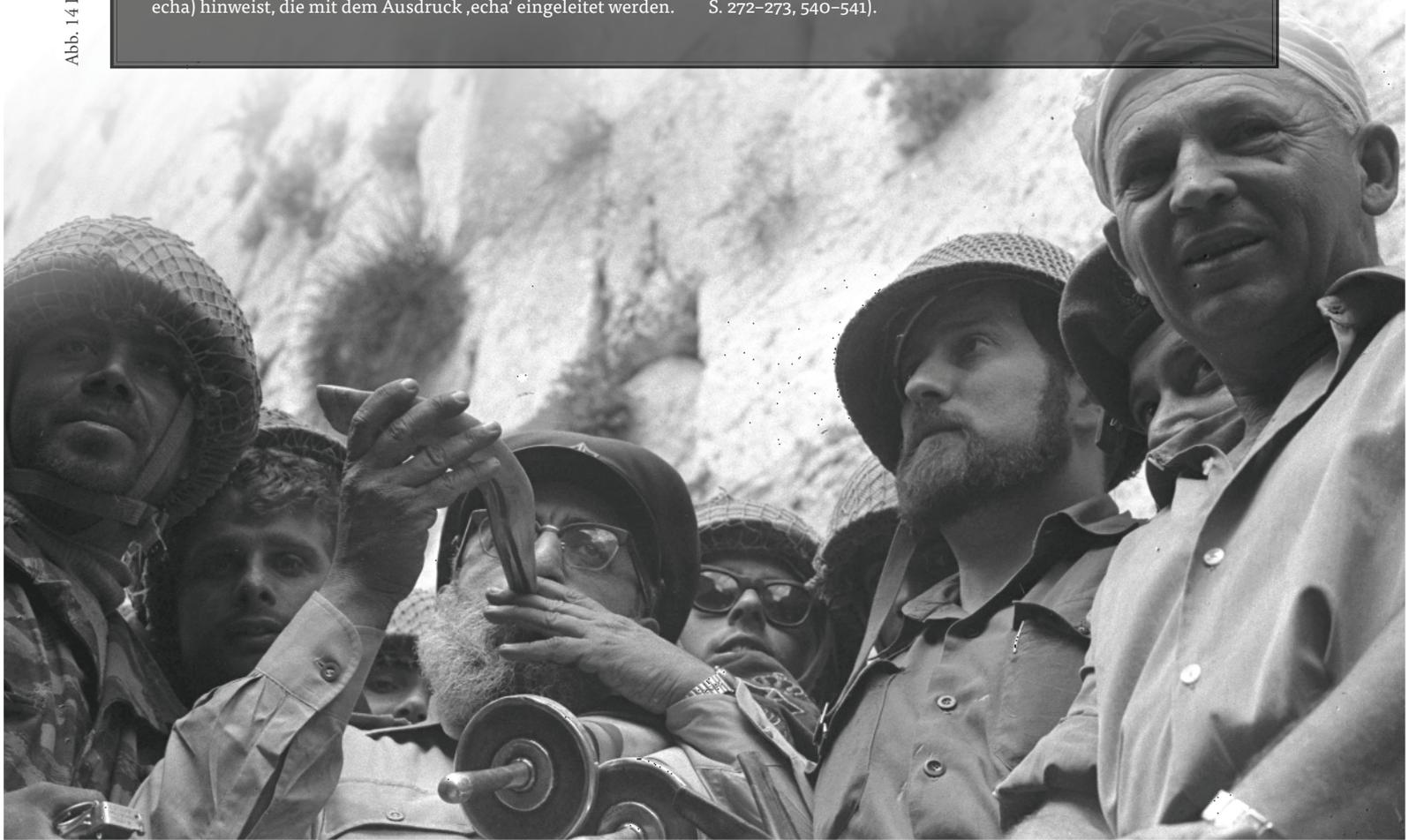




Abb. 15 Ein israelischer Panzer rückt in ein syrisches Armeelager bei Quneitra, Golanhöhen, ein

## Fazit

Der Sechstagekrieg war eine unmittelbare Reaktion auf die politischen Spannungen, wie sie sich im Mai/Juni 1967 darstellten. Vor dem Ausbruch des Krieges war die israelische Regierung sich über die Tragweite, die der Kriegsverlauf schließlich besaß, nicht bewusst. Israel beabsichtigte zunächst lediglich einen Angriff auf Ägypten. Wie es nach den initialen Kampfhandlungen weitergehen sollte, war den sich ergebenden Ereignissen geschuldet. Dass Israels Armee bis zum Suezkanal vordrang, war ursprünglich nicht vorgesehen. Erst am Ende des ersten Tages, Ägyptens Armee war so gut wie besiegt, fiel aufgrund des jordanischen Angriffs die Entscheidung, das Westjordanland und Ostjerusalem einzunehmen. Bis zum 9. Juni wusste niemand, dass Israel Teile des Golans erobern würde.<sup>85</sup>

Im Anschluss an den Krieg befand sich Israel in einem Dilemma. Es galt nun, zu bestimmen, wie mit den neugewonnenen Territorien verfahren werden sollte. Gleichzeitig musste man eine Strategie entwickeln, wie der Konflikt mit den Nachbarstaaten und den Palästinensern beendet werden konnte. Beide Themen waren aufs Engste miteinander verknüpft.

Für Ägypten lässt sich schlussfolgern, dass Nasser nur eine kurze Wiederbelebung des Panarabismus gelang. Der kurzweilig erzielte Zusammenhalt vermochte nicht über die internen Rivalitäten in der arabischen Welt, den „arabischen Kalten Krieg“ hinwegzutäuschen.<sup>86</sup>

Der Sechstagekrieg bedeutete das „Waterloo für den Panarabismus“ und setzte jeglichen panarabischen Aspirationen ein Ende.<sup>87</sup>

Israels Präventivschlag auf Ägypten war nach den Maßstäben des Völkerrechts ein legitimer Akt der Selbstverteidigung. Er diente der Abwehr eines tatsächlichen oder sich abzeichnenden Angriffs der ägyptischen Armee, die im Sinai aufmarschiert war. Nassers Blockade der Straße von Tiran stellte eine Verletzung von Israels Souveränität dar und lieferte letztlich den durch das Völkerrecht gedeckten *Casus Belli*. Die Absicht des israelischen Präventivschlags war es, die Straße von Tiran wieder zu öffnen. Das Recht, eine etwaige Sperrung auch militärisch zu beantworten, hatte die internationale Gemeinschaft, in Übereinstimmung mit dem Recht auf Selbstverteidigung, festgeschrieben in der Charta der Vereinten Nationen (Artikel 51), Israel nach dem Suezkrieg 1956 zugestanden.

## Die Frage der Verantwortung am Krieg

Die Frage nach der Verantwortung am Sechstagekrieg ist bis heute Gegenstand von Kontroversen. Dass Israel von seinem legitimen Recht zur Selbstverteidigung Gebrauch machte, wird von Israels Kritikern bestritten.

<sup>85</sup> Vgl. ebd. S. 313-314; Vgl. Oren: *Six Days of War*. S. 260.

<sup>86</sup> Malcolm Kerr: *The Arab Cold War. Gamal 'Abd Al-Nasir and his Rivals 1958-*

*1970*. Oxford 1971.

<sup>87</sup> Ajami: *The End of Pan-Arabism*. S. 357.



Abb. 16 Israelische Soldaten am Ostufer des Suezkanals gegenüber des ägyptischen Ortes Ismailia am 22. Juni 1967

Stattdessen wird Israel unterstellt, dass es einen Eroberungskrieg gegen seine Nachbarn führte, um weitere Territorien zu annektieren.

Zum Beleg dieser Auffassung werden hochrangige israelische Politiker und Offiziere angeführt, deren Aussagen allerdings entkontextualisiert und entstehend wiedergegeben werden.<sup>88</sup> Vielfache Erwähnung findet ein Interview des israelischen Generalstabschefs Jitzchak Rabin mit der französischen Tageszeitung *Le Monde* vom 29. Februar 1968, in dem er äußerte:

*„Ich glaube nicht, dass Nasser Krieg wollte. Die zwei Divisionen, die er am 14. Mai in den Sinai gesandt hatte, wären nicht ausreichend gewesen, um einen Krieg mit Israel zu entfesseln. Er wusste es und wir wussten es.“<sup>89</sup>*

Dass die spätere Situation im Sinai nach der Schließung der Straße von Tiran und der Verlegung weiterer ägyptischer Divisionen bis Ende Mai 1967 eine gänzlich andere war, wird von den Kritikern verschwiegen. So führt Rabin noch im selben Interview weiter aus:

*„Urteilt man nach den sieben Divisionen, die er [Nasser] nach der Schließung von Aqaba [die Straße von Tiran] in den Sinai schickte, wusste er jedenfalls, dass wir seine Geste als kriegsauslösendes Ereignis betrachten würden [...] Die Schließung des Golfs von Aqaba war per se, und ich wiederhole dies, für uns der Casus Belli.“<sup>90</sup>*

Diese weiteren Einlassungen Jitzchak Rabins zu den Gründen für den Ausbruch des Sechstagekrieges lassen eine andere Sichtweise deutlich werden.

88 Zu den angeführten Argumenten der Kritiker von Israels These eines legitimen Präventivschlags vgl.: 1) [www.washingtonreport.me/jews-for-justice/the-1967-war-and-the-israeli-occupation-of-the-west-bank-gaza-and-east-jerusalem.html](http://www.washingtonreport.me/jews-for-justice/the-1967-war-and-the-israeli-occupation-of-the-west-bank-gaza-and-east-jerusalem.html) 2) [www.alanhart.net/the-lies-about-the-1967-war-are-still-more-powerful-than-the-truth-2/](http://www.alanhart.net/the-lies-about-the-1967-war-are-still-more-powerful-than-the-truth-2/) 3) [www.foreignpolicyjournal.com/2010/07/04/israels-attack-on-egypt-in-june-67-was-not-preemptive/](http://www.foreignpolicyjournal.com/2010/07/04/israels-attack-on-egypt-in-june-67-was-not-preemptive/) 4) [palaestina.org/index.php?id=61](http://palaestina.org/index.php?id=61).

89 Jitzchak Rabin in einem Interview mit Eric Rouleau, Korrespondent der französischen Zeitung *Le Monde*, „Le général Rabin ne pense pas que Nasser voulait la guerre“, *Le Monde*, 29. Februar 1968.

90 Ebd.

## Existenzielle Bedrohung?

Generäle, wie Ezer Weizmann und Chaim Bar-Lev äußerten, dass vor dem Sechstagekrieg keine existenzielle Bedrohung für Israel bestanden habe, was bei den Kritikern Erwähnung findet.<sup>91</sup> Liest man die Zeitungsinterviews in Gänze, wird aber auch hier deutlich, dass sie einen Präventivschlag als legitim und zur Reduktion von Verlusten als notwendig erachteten. Demnach müsse ein Land nicht erst dem „Genozid“ gegenüberstehen, um das Recht zu haben, „die Initiative zu ergreifen“.<sup>92</sup>

Ezer Weizmann beschreibt im Interview mit *Haaretz* im März 1972:

*„Ein Staat zieht nicht nur in den Krieg, wenn die Gefahr unmittelbarer Vernichtung über ihm schwebt [...] Als wäre es Juden nur gestattet zu kämpfen, wenn ein Pogrom an ihnen verübt wird [...] Wir sind in den Sechstagekrieg gezogen um einen Zustand sicherzustellen, in dem wir unser Leben hier führen werden können, wie wir es wünschen. Ohne Druck von außen. Israels rote Linie [kav ha'jehareg u'val ja'avor] im Sechstagekrieg wurde überschritten aufgrund [nozár al jadey] der Kombination [zweier Vorkommnisse] der Schließung der Meerengen [von Tiran] und dem Vertrag zwischen [König] Hussein und Nasser. [...] Wenn wir gezwungen sind in den Krieg zu ziehen, dann werden wir wissen, dass wir nicht kämpfen, um nicht zu sterben, sondern damit wir weiterleben können, wie wir es möchten.“<sup>93</sup>*

Diese weiteren Einlassungen finden in der Kritik an Israels Präventivschlagsthese keine Beachtung. Eine Aussage General Chaim Bar-Levs in der israelischen Zeitung *Maariv* vom 18. April 1972 findet ebenfalls Verwendung. Dieser bemerkte:

91 Vgl. Fn. 88.

92 So Ezer Weizmann weiter in Amnon Kapeliouk, „Israël était-il réellement menacé d'extermination?“, *Le Monde*, 3. Juni 1972.

93 Ezer Weizmann: „Ohne Komplexe. Die Garantie zur Reduzierung der Chancen eines neuen Krieges“ (le'lo tasbichim. ha'aruba le'zimzum sikui'eyha shel milchama chadasha), *Haaretz*, 29. März 1972.



Abb. 17 Premierminister Levi Eshkol durchfährt auf einem israelischen Patrouillenboot die geöffnete Straße von Tiran, am 20. Juni 1967

*„Wir wurden am Vorabend des Sechstagekrieges nicht mit dem Genozid bedroht, und wir haben auch nie an diese Möglichkeit gedacht.“*

Diese Äußerung vermittelt, dem Gesamtkontext des Interviews entnommen, einen anderen Eindruck, als es Bar-Levs Absicht war. So betont er, dass:

*„Israel niemals in den Krieg gezogen ist, um weitere Territorien zu erobern, oder um irgendwelche historischen oder nicht-historischen Rechte zu verwirklichen [...] Wir sind erst in den Krieg gezogen [...] als Israel vor einem vitalen Problem für seine Existenz stand [be'aya chiunit le'kiuma] [...] keine Gefahr einer Vernichtung, sondern ein vitales Problem für seine Existenz, als ihm keine andere Lösung verblieb, als der Krieg [...] Die Schließung der Straße [von Tiran] und die Unterbrechung des Schiffsverkehrs nach Eilat – ist ein wesentliches Problem für unsere Existenz und dafür kämpfen wir. Die Versuche, dieses vitale Problem auf andere Weise zu lösen, waren allesamt gescheitert, uns blieb keine Wahl [lo hayta brera] als zu kämpfen [...] Das vorrangige Motiv [für den Präventivschlag] waren die geschlossenen Seestraßen [...]*

*Im Nachhinein habe ich nicht den geringsten Zweifel daran, dass wenn die Seestraßen nicht gesperrt worden wären, der Krieg von 1967 nicht stattgefunden hätte.“<sup>94</sup>*

Führt man sich die Aussagen israelischer Offiziere und Politiker in ihrer Gesamtheit vor Augen, wird deutlich, dass ihre Verwendung durch die Kritiker irreführend ist. Tatsächlich machen Rabin, Weizmann und andere deutlich, worum es Israel im Juni 1967 ging: Nicht um einen Eroberungskrieg, sondern darum, eigene Verluste möglichst gering zu halten. Außerdem betonen sie Israels Recht auf Souveränität und ein Dasein nach den eigenen Vorstellungen. Letztlich benennen alle die Schließung der Straße von Tiran als den eigentlichen Grund für den israelischen Präventivschlag auf Ägypten.

<sup>94</sup> Chaim Bar-Lev: „Nur im Gründungskrieg hat Israel gegen die Vernichtung gekämpft, im Abnutzungskrieg zeigten wir den Großmächten und den Arabern wie viel wir wert sind“ (rak be'milchemet ha'komemijut nilchema israel neged hashmada, be'milchemet ha'hatasha cholelnu tmura ezel ha'ma'azamot ve ha'aravim), Maariv, 18. April 1972; Oft wird ein weiteres Interview vom 4. April 1972 in Maariv angegeben, in dem Chaim Bar-Lev Gleiches sagt.



Abb. 18 Israelische Soldatinnen erhalten kleine Geschenke, die aus aller Welt eingetroffen sind, 28. Mai 1967

## DER SECHSTAGEKRIEG UND DIE WESTDEUTSCHEN MEDIEN

### VON ULRIKE BECKER

Die westdeutschen Medien sind in der öffentlichen Wahrnehmung während des Sechstagekrieges als einseitig proisraelisch wahrgenommen worden. „Jede Zeitung, jede Rundfunkanstalt, jede Fernsehstation in der Bundesrepublik schien zu jener Zeit ein israelisches Organ zu sein“, resümierte die deutsch-israelische Journalistin Inge Deutschkron ihre Beobachtungen rückblickend.<sup>95</sup> Tatsächlich hatte eine Umfrage des Allensbacher Instituts für Demoskopie am Vorabend des Krieges ergeben, dass eine Mehrheit von 55 Prozent der Westdeutschen „gefühlsmäßig“ auf der Seite Israels stand, Tausende hatten sich freiwillig zu Hilfsdiensten gemeldet.<sup>96</sup>

Diese Stimmung führte allerdings nicht zu einer proisraelischen politischen Parteilichkeit. Die Mehrheit der Westdeutschen war mit dem politisch neutralen Kurs gegenüber Israel und den arabischen Ländern durchaus einverstanden. 91 Prozent der Westdeutschen sprachen sich am Abend des ersten Kriegstages für Neutralität und ein striktes Heraushalten der Bundesrepublik im Nahost-Konflikt aus, wie eine Blitzumfrage der Tübinger Wickert-Institute für Meinungsforschung ergab.<sup>97</sup> Eine Mehrheit sympathisierte also mit Israels Existenzkampf, wollte aber politisch nichts unternehmen, um das Land und seine Bevölkerung zu unterstützen.

<sup>95</sup> Inge Deutschkron: Israel und die Deutschen. Das besondere Verhältnis. Köln 1983. S. 340.

<sup>96</sup> Noelle und Neumann: Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1965 – 1967. S. 472. Sechs Prozent neigten gefühlsmäßig der ägyptischen Seite zu, ein beträchtlicher Teil von 27 Prozent sympathisierte jedoch mit keiner Seite, die

restlichen 12 Prozent waren unentschieden.

<sup>97</sup> Sieben Prozent der Deutschen meinten, man solle den arabischen Völkern helfen, zwei Prozent waren für eine aktive Einmischung zugunsten der Israelis, vgl. „FDP fordert strikte Neutralität“, FR, 7.6.1967.

Abb. 19 Zwei verwundete israelische Arbeiterinnen und ein Polizist vor einer Fabrik in Netanja nach einem jordanischen Artillerieangriff am 5. Juni 1967

Bemerkenswert waren Stimmung und Berichterstattung trotzdem. Noch nie zuvor war über Israel in den westdeutschen Medien so positiv berichtet worden. Gegen Ende der fünfziger Jahre gab es zwar eine langsam wachsende Sympathie für Israel, jedoch nur in einem kleinen Spektrum der Presse, das zunächst nur einzelne Stimmen umfasste. Zeitgenössische Beobachter waren zu dieser Zeit vielmehr mit dem Phänomen einer „schwer zu erklärenden Nasser-Verehrung“ konfrontiert, die im internationalen Vergleich „beispiellos“ war.<sup>98</sup>

Im Auswärtigen Amt erklärte man sich die pro-ägyptische Parteilichkeit während des Suezkrieges von 1956 mit altbekannten antibritischen und antifranzösischen Ressentiments, aber auch mit einer „stark romantisch gefärbten politischen Konzeption“, derzufolge die Deutschen eine einflussreiche politische Rolle im Nahen Osten einnehmen könnten, die sich auf prodeutsche Einstellungen im arabischen Raum stützen sollte. Die Deutschen zeigten sich den verbliebenen Kolonialmächten (und ehemaligen Kriegsgegnern) Großbritannien und Frankreich seit Beginn der 1950er Jahre kritisch gegenüber. Diese kritische Haltung mündete in eine „bitter feindliche“ Reaktion gegen die anglo-französischen Intervention im Suezkrieg 1956 gegen Ägypten, wie die New York Times feststellte. Diese Reaktionen in der deutschen Öffentlichkeit führten schließlich zu Irritationen unter den NATO-Partnern, sodass Bundespressechef von Eckardt versuchte, führende Journalisten in einem Hintergrundgespräch von ihrer kritischen Haltung abzubringen.<sup>99</sup> Im Auswärtigen Amt machte man sich zudem Sorgen über eine starke „Nasser-Lobby“ in der Bundesrepublik, die auf die öffentliche Meinung Einfluss hatte.

Diese starke Nasser-Verehrung der fünfziger Jahre war in der Krise vor dem Sechstagekrieg nicht mehr vorhanden. Dennoch war die proisraelische Stimmung längst nicht so einheitlich, wie vielfach kolportiert wurde. Es gab auch kritische und sogar israelfeindliche Positionen in den Zeitungen der bürgerlichen Mitte. Die Berichterstattung in der westdeutschen Presse spiegelte sowohl die Sympathien für Israels Existenzkampf in der Bevölkerung wider, wie auch die politisch neutrale Haltung, die der offiziellen Regierungslinie entsprach. Hier sollen die wichtigsten Narrative am Beispiel der Frankfurter Allgemeinen



Zeitung, der Frankfurter Rundschau, des Spiegel und der Bild-Zeitung nachgezeichnet werden.<sup>100</sup>

Die Bundesregierung erklärte sich während des Sechstagekrieges für politisch neutral. Sprecher der CDU/CSU und der SPD erklärten jedoch gleichzeitig, dass die neutrale Haltung der Bundesregierung „keine Gleichgültigkeit der Herzen bedeute“. Vokabeln wie Herz, Gefühl und Innerlichkeit wurden genutzt, um sich gegen die arabischen Vernichtungsdrohungen auszusprechen, ohne von der offiziell neutralen Linie zu sehr abzuweichen. „Von Herzen“ wünsche die Bundesrepublik, dass der Konflikt „eingengt und begrenzt“ werden könne, zitierte die FAZ den Bundeskanzler. „Wie auch immer unser Herz schlägt“, so der Vorsitzende der Unionsfraktion, Barzel, „es gibt kein militärisches Engagement außerhalb der Nato.“<sup>101</sup> Berühmt wurde der Ausspruch Willy Brandts, der erklärte, dass „unsere Nichteinmischung und damit Neutralität im völkerrechtlichen Sinne des Wortes keine moralische Indifferenz und keine Trägheit des Herzens bedeuten kann.“<sup>102</sup>

98 Sven Olaf Berggötz: Nahostpolitik in der Ära Adenauer. Möglichkeiten und Grenzen 1949-1963. Düsseldorf 1998. S. 127.

99 Ebd. S. 129.

100 Ausführlicher in: Ulrike Becker: Klimawechsel. Der Diskurs über Israel in Deutschland am Beispiel des Sechstagekrieges 1967 und der zweiten Intifada 2000/2002. Hamburg 2004. (Magisterarbeit, zu beziehen über die Autorin).

101 FAZ, 8.6.1967.

102 Brandt vor dem Bundestag am 7.6.1967, zit. nach Jaeger: Quadratur des



Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt erklärte:

*„So sehr uns an der traditionellen Freundschaft unseres Volkes mit den arabischen Völkern liegt, müssen wir uns gegen die Absicht ihrer Führer verwahren, Israel zu vernichten. [...] Wir können die Bedrohung der Existenz dieses Staates und die öffentlich und zynisch ausgesprochene Androhung der Vernichtung eines Volkes nicht ohne tiefe innere Beteiligung vernehmen.“<sup>103</sup>*

Als sich abzeichnete, dass Israel den Krieg gewinnen würde, verschwanden die Erklärungen der Sympathie mit Israel, und das Prinzip der „Ausgewogenheit“ blieb alleinige Richtlinie der Politik gegenüber dem Nahen Osten. Die westdeutsche Nichteinmischungspolitik war unter anderem motiviert durch die Angst, die Krise könne sich zu einem größeren Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt-Staaten ausdehnen.

Gleichzeitig war die Bundesregierung interessiert an einer Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Staaten, nachdem die Beziehungen mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu zehn arabischen Staaten im Frühjahr 1965 an einem Tief-

punkt angelangt waren. Der Sechstagekrieg bot der Bundesregierung die Chance, sich diesen Ländern politisch anzunähern. Helmut Schmidt betonte, eine Friedensregelung müsse die existenziellen Interessen Israels ebenso berücksichtigen wie die Interessen der arabischen Seite.<sup>104</sup>

Das politisch-strategische und ökonomische Interesse an einer ausgewogenen Politik spiegelte sich u.a. in der Berichterstattung der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) wider. Die FAZ begründete eine politische Äquidistanz und westdeutsche Zurückhaltung ausdrücklich mit den nationalen Interessen Deutschlands. Für eine neutrale Haltung gab der Herausgeber Nikolas Benckiser zwei Gründe an. Erstens erinnerte er daran, wie „ungeheuer exponiert“ die Bundesrepublik geostrategisch sei. Die Begrenzung der Krise sei wichtigstes deutsches Ziel, damit der Krieg nicht „das eigene Haus erreichen“ könne.<sup>105</sup> Das westdeutsche Interesse an guten Beziehungen auch zu den arabischen Ländern führte Benckiser als zweiten Punkt an, und warnte davor, Sympathien mit Israels Existenzkampf auf die Politik zu übertragen. „Zuneigung“ zu Israel dürfe sich nur in „Worten und Gesten der Menschlich-

Dreiecks. S. 24.

<sup>103</sup> Helmut Schmidt in der Bundestagsdebatte am 7. Juni 1967, ebd. S. 25.

<sup>104</sup> Die SPD teilt mit, Nr. 288, 9.6.1967, zit. nach Hepperle: Die SPD und Israel. S. 78.

<sup>105</sup> Nikolas Benckiser, „Es wird geschossen“, FAZ, 6.6.1967.



Abb. 20 Israelische Truppen in Gaza-Stadt am 6. Juni 1967

keit“ ausdrücken, die Politik dagegen müsse „kühl die Interessen der staatlichen Gemeinschaft abwägen“. Dieser Linie entsprechend vermieden die Herausgeber in zwei Leitkommentaren nach Kriegsbeginn jegliche Parteilichkeit. Schon die allgemein gehaltenen Titel („Es wird geschossen“ und „Weltspannung“) machten deutlich, dass keine Position bezogen werden sollte. Ähnlich wie im heute verwendeten Bild von der „Gewaltspirale“ wurde der Krieg als eine Folge von (naturnatürlichen) Ereignissen beschrieben, für die niemand konkret verantwortlich gemacht wurde. Insbesondere eine besondere Verantwortung für die Sicherheit Israels lehnte die FAZ-Redaktion ab.

„Neutralität gegenüber einem Konflikt in irgendeiner der Wettreckten der Welt“ entspreche „den Lebensgesetzen des Teildeutschlands, das, mit den Hypotheken der Vergangenheit belastet, mehr als irgendein Land dem Argwohn anderer Staaten und Völker ausgesetzt ist,“ schrieb Herausgeber Nikolas Benckiser.

„Es wäre absurd, wenn die Besinnung auf die moralische Verpflichtung zu neutralem Verhalten, das vor zwei Jahren zur Einstellung von Waffenlieferungen an Israel führte, beiseitegeschoben würde in einem Augenblick, in dem Rüstungsgüter nicht einmal mehr wie damals die Hoffnung auf Vermeidung eines Krieges bedeuten können, sondern den aktiven Gebrauch von Mitteln der Vernichtung.“

Eine andere politische Haltung zu Israel vertrat die ebenfalls dem konservativen Spektrum zuzuordnende Bild-Zeitung, die sich mit ihrer demonstrativ vorgetragenen prowestlichen Linie von der FAZ unterschied, mit ihrer antikommunistischen und proisraelischen Linie polarisierte und das linke Spektrum der Gesellschaft provozierte. Verantwortlich für diese Linie war Axel Springer. Nach dem Holocaust sah er die Aussöhnung mit den Juden und die Unterstützung Israels als Aufgabe seiner Generation. Den Sechstagekrieg nahm der Verleger zum Anlass, entsprechend seiner Überzeugung vier politische Grundsätze für die Arbeit seiner Redaktionen festzusetzen, zu deren Unterstützung sich alle Angestellten seines Hauses verpflichten mussten. Dazu gehörten neben dem Eintreten für die

deutsche Wiedervereinigung das „Herbeiführen einer Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen“ und die „Unterstützung der Lebensrechte des israelischen Volkes“. Viertens sollte jeglicher Totalitarismus abgelehnt werden, ein Punkt, der während des Sechstagekrieges das als totalitär angesehene Nasser-Regime traf.

Entsprechend dieser Grundsätze lassen sich drei charakteristische Züge der Berichterstattung in der Bild feststellen. Erstens positionierte sich das Blatt – im Gegensatz zur offiziellen Haltung der Bundesregierung – proisraelisch und verurteilte den aggressiven Kurs des ägyptischen Staatsoberhauptes Gamal Abdel Nasser und die arabische Propaganda eines „Heiligen Krieges“ gegen Israel scharf. Soweit Aspekte des Ost-West-Konflikts angesprochen wurden, vertrat Bild zweitens eine ausgesprochen konfrontative Linie gegenüber der Sowjetunion, und damit auch gegenüber Ägypten, das Bild im Einflussbereich der Sowjetunion sah. Drittens zeichnete die Bild-Zeitung ein durchgängig positives Bild der israelischen Gesellschaft.

Diese betont proisraelische Haltung im konservativen Lager war neu. Bis 1965 war das Eintreten für die politischen Interessen Israels eher eine Domäne der Linken gewesen. Die CDU-geführte Bundesregierung hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt gegen die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu Israel gestäubt, um Kontakte zur arabischen Welt nicht zu belasten. Diese nach der Shoah skandalöse Haltung der Bundesregierung haben heute viele vergessen; im konservativen Milieu der postnationalsozialistischen Gesellschaft war ein Interesse an engeren Beziehungen zu Israel jedoch keineswegs selbstverständlich. Die proisraelische Linie der Bild-Zeitung stand für einen politisch neuen Kurs eines Teiles der Konservativen, in dem eine Identifikation mit Israel und ein expliziter Nationalismus sich nicht mehr gegenseitig ausschlossen.

Die klischeehafte Bewunderung für Israel, für die Juden als Volk, insbesondere aber für den „Blitzfeldzug“, die die Bild-Zeitung mit ihren Berichten transportierte, ist oft kritisiert worden. Sie ging mit der Propagie-



Abb. 21 Ägyptische Fahrzeugwracks am Mitla Pass, Sinai im Juni 1967

zung einer Normalisierung im deutsch-israelischen Verhältnis einher. So hieß es in einem Kommentar vom 15. Juni:

*„Dieses zusammengewürfelte Volk aus allen Erdteilen liebt seinen Wüstensand, verteidigt ihn, lebt für ihn. Und stirbt für ihn, wenn es sein muss. Dieses Volk hält zusammen. Deutsche von gestern haben dieses Volk verhöhnt und auszurotten versucht. Die Deutschen von heute haben manches an Wiedergutmachung zu tun versucht. Sie haben geliefert und gezahlt. Unsere wirkliche Wiedergutmachung hat jedoch erst jetzt begonnen. Und zwar genau in dem Augenblick, als Herr Meier in Bayern, Herr Lehmann in Düsseldorf und Herr Schulze in Berlin sagte: ‚Donnerwetter, diese Juden ...‘ Viele Deutsche, unter denen es einst viele Antisemiten gab, wollen nun auch nach Israel reisen. Und sie sagen: Welch ein Volk!“<sup>106</sup>*

Ihr könnt heute alle zu den Guten gehören, war die Botschaft der Bild an ihre Leser/innen – wenn ihr den Antisemitismus der „Deutschen von gestern“ ablegt. Auf dieser Basis machte Bild den Deutschen ein Angebot, virtuell am „Blitzfeldzug“ der Israelis teilzunehmen. Im Präsenz berichtete Reporter Günter Stiller von der Front: „Ich bin an der Gaza-Front. Ein riesiger Rauchpilz schießt vor mir in die Höhe“, und suggerierte der Leserschaft, sie sei direkt am Geschehen beteiligt.<sup>107</sup> „Volltreffer!“, rief er ihr zu und kommandierte: „Abwarten!“, „Straßenkämpfe vermeiden!“, „Legt die Waffen nieder!“<sup>108</sup>

Aus einem ganz anderen Blickwinkel nahm die Frankfurter Rundschau (FR) eine proisraelische Position ein. Im sozialdemokratischen Spektrum, dem diese Zeitung zuzuordnen ist, sah man die israelische Gesellschaft als fortschrittlich, die SPD unterhielt Kontakte zur israelischen Arbeiterpartei Mapai.

<sup>106</sup> Auslassungszeichen im Original. „Welch ein Mann! Welch ein Volk!“, Bild-Kommentar, 15.6.1967.

<sup>107</sup> Günter Stiller: „Israelis kämpfen verbissen um Luft zum Leben“, Bild, 7.6.1967.

<sup>108</sup> Robert Musel und David Loshak: „Davon träumten wir 2000 Jahre. Jerusalem ist unser!“, Bild, 8.6.1967.

Die arabischen Länder wurden von der FR nicht, wie später von der radikalen Linken, an der bloßen Blockzugehörigkeit gemessen, sondern an den realen gesellschaftlichen Verhältnissen: Sie galten als rückständig und autoritär.

Die FR zeigte sowohl während des Krieges Verständnis für Israels militärische Aktionen („das kleine Israel“, schrieb Redakteur Karl-Hermann Flach am 8. Juni, könne sich „auf niemanden verlassen – nur auf seine Armee“)<sup>109</sup> wie nach dem Krieg, als sich die Stimmung wieder wendete und Stimmen lauter wurden, die sich gegen die israelische Kontrolle arabischer Gebiete richtete. Die Redaktion der FR sah den Krieg jedoch auch nach Ende der Kriegshandlungen als notwendige Existenzsicherung an, und verteidigte auch die Besetzung arabischer Gebiete wie kleinere Grenzkorrekturen als notwendige Maßnahmen zur Sicherheit Israels. Nach dem Ende des Krieges zeigte sich Redakteur Hans-Herbert Gaebel schockiert über die Vergesslichkeit der westlichen Öffentlichkeit. Bitter beklagte er die aufkommende Kritik an Israel:

*„Das Gedächtnis der Welt ist erschreckend kurz. Vor vier Wochen noch hatten die Araber dem kleinen Staat Israel die Todesstrafe angekündigt. Eine Weltmacht, die Sowjetunion, applaudierte, die andere, Amerika, ließ den Verurteilten allein. Doch Israel ließ sich nicht hinrichten. Heute sieht es fast so aus, als nähmen es auch viele Freunde dem jüdischen Staat übel, dass er so nachhaltig die Bedrohung seiner Existenz abgewehrt hat. Die Israelis hätten wohl besser daran getan, sich wenigstens bis zur Brust ins Meer treiben zu lassen.“<sup>110</sup>*

Die Berichte über die menschenunwürdigen Bedingungen, unter denen viele arabische Flüchtlinge unmittelbar nach dem Krieg leben mussten, erhielten mit der Zeit einen starken Einfluss auf die öffentliche Meinung und sollten die Einstellung zu Israel stark negativ prägen. Das Thema der arabischen Flüchtlinge, das die Medien in den Folgejahren so stark dominieren sollte, war in der FR bereits im Juni 1967 präsent.

<sup>109</sup> Karl-Hermann Flach: „Internationale der Versager“, FR, 8.6.1967.

<sup>110</sup> Hans-Herbert Gaebel: „Orgie der Heuchelei“, FR, 1.7.1967.



Abb. 22 Von der israelischen Luftwaffe zerstörte ägyptische MiG 21 Kampfflugzeuge auf einem Flugfeld im Sinai am 5. Juni 1967

In den vier Wochen seit Kriegsbeginn erschienen vierzehn Artikel zur Situation der Flüchtlinge in Gaza und Westjordanien. Jedoch machte die Redaktion nicht Israel, sondern die arabischen Regierungen für die beklagenswerte Lage der Flüchtlinge verantwortlich und warf letzteren vor, die Flüchtlinge als „Propagandawaffen“ gegen Israel zu nutzen.

Das Thema der Flüchtlinge war jedoch kein genuin linkes Thema. Bereits drei Wochen nach Kriegsbeginn hieß es in der FAZ:

„Auch Flucht und Vertreibung der vor 1948 in Palästina siedelnden Araber könnten unser Mitgefühl bewegen.“ Ausführlicher als andere Zeitungen stellte die FAZ die Positionen der arabischen Seite dar, vor allem mit Berichten ihres Korrespondenten Harald Vocke, der aus dem Libanon berichtete. Dieser brachte der FAZ-Leserschaft die arabischen Positionen nahe und bewertete beispielsweise den ägyptisch-jordanischen Pakt kurz vor Kriegsbeginn positiv. Der Pakt mache einen Krieg unwahrscheinlicher, weil Israel gegen die vereinigten arabischen Länder kaum eine Chance habe, argumentierte Vocke. Hinter dieser Einschätzung steckte letztlich die These, dass von Israel eine Aggression gegenüber den arabischen Staaten ausging – nicht umgekehrt – und dass eine Eingrenzung dieser aggressiven Politik notwendig sei. Auch in der der kriegsentscheidenden Frage der Sperrung des Golfes von Aqaba für israelische Schiffe hatte die FAZ für den ägyptischen Standpunkt Partei genommen. An diesen Punkten verließ die FAZ das neutralistische Narrativ und übernahm arabische Standpunkte.

Auch Herausgeber Benckiser sah in der israelischen Politik eine potenzielle Bedrohung für die arabischen Staaten. Misstrauisch befragte er die israelische Verhandlungsführung nach Kriegsende: „Sind Abba Ebens wiederholte Bemühungen um direkte Verhandlungen [mit den arabischen Staaten] Donquichoterie oder arglistige Taktik?“<sup>111</sup> Eine „arglistige Taktik“, also das Mittel der politischen Täuschung, wurde den arabischen Ländern nicht unterstellt.

111 Nikolas Benckiser: „Erster Abstand vom Krieg“, FAZ, 27.6.1967.

Die stärksten Vorbehalte und Ressentiments gegen Israel fanden sich jedoch im Spiegel. Ausgedrückt wurden sie durch eine stark floskelhafte Darstellung, mit der eine ironische Distanz zur israelischen Gesellschaft eingenommen wurde. Autor Siegfried Kogelfranz bezeichnete die Debatten im israelischen Kabinett beispielsweise als „biblisches Schauspiel“ und das Zögern der Regierung vor einem Präventivschlag erklärte er bildlich damit, dass „Zauderer und Aktivisten“ in Tel Aviv um Regierungsämter „feilschten“ wie „vor der Zerstörung des zweiten Tempels in Jerusalem Sadduzäer und Pharisäer“. Damit bediente der Spiegel das Klischeebild von feilschenden und streitsüchtigen Juden. In der ironischen und anekdotenhaften Darstellung trat die reale Bedrohung in den Hintergrund und die Frage nach einer deutschen Solidarität mit Israel stellte sich gar nicht erst.<sup>112</sup>

Die Darstellung der Araber war ebenfalls von Stereotypen und teilweise rassistischer Überheblichkeit geprägt. Sie wurden als dumm, unterentwickelt und irrational portraitiert. Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein erklärte, er könne sich „kein funktionierendes arabisches Oberkommando vorstellen“ und ebenso wenig, dass „Offiziere Ägyptens sich jemals der Charakterisierung ‚Sauhaufen‘ erfolgreich entledigen könnten“. Dieser flapsigen und überheblichen Darstellung entsprachen Ignoranz gegenüber der arabischen antiisraelischen Ideologie und eine Unterschätzung der arabischen Drohungen.

In kürzester Zeit vollzog der Spiegel einen Wandlungsprozess: ein philosemitisch geprägtes Klischeebild Israels wurde von einer ressentimentbeladenen und feindlichen Sicht auf Israel abgelöst. Am 12. Juni erschien Augsteins Kommentar „Israel soll leben“. Darin forderte der Spiegel-Herausgeber von den arabischen Regierungen die Anerkennung von Israels Grenzen und plädierte sogar für eine proisraelische deutsche Außenpolitik. „Israel verliert den Frieden“ war der Titel eines zweiten grundsätzlichen Kommentars am

112 Rudolf Augstein: „Israel verliert den Frieden“, Der Spiegel Nr. 27, 26.6.1967. Eine ähnlich stereotype Darstellung war im Untersuchungszeitraum in keiner anderen Zeitung zu finden.



Abb. 23 Der israelische Kommandant Motta Gur und seine Brigade beobachten den Tempelberg aus ihrer Stellung auf dem Ölberg

26. Juni, in dem nur noch der jüdische Staat kritisiert wurde. Israel könne „keinen moralischen Grund geltend machen“, Jerusalem allein zu besitzen, und dürfe nicht 800.000 Araber „außer Landes [...] schicken“ oder „dominieren“. Der Krieg, den Israel „wegen seines Rechts zu leben anfangen musste“ verändere im Nachhinein seinen Charakter, wenn Israel „die Lebensrechte anderer“ gering achte.

Solange die Juden in ihrer Existenz bedroht waren, hatte Augstein für sie Partei ergriffen. Nun, da sie gesiegt hatten, konnte er sich nicht mit ihnen freuen. Aufschlussreich ist Augsteins Selbstbeschreibung in einem Bericht, den er nach einer Israel-Reise Mitte Juli veröffentlichte. Darin imaginierte er sich selbst als verfolgter Jude, und warnte vor der Siegesgewissheit der Israelis. Augstein, der vor der Reise beschlossen hatte, „sich in Israel begeistern zu lassen“, schien positive Gefühle für Israels Sieg immer wieder vor sich selbst rechtfertigen zu müssen. So gestand er: „Ich habe mich anstecken lassen von widervernünftiger Siegesgewissheit!“, empfand diese „widervernünftige“ Freude aber offensichtlich als unmoralisch und beschrieb seine unbehaglichen Gefühle: „Ich kam mir angesichts dieser von Sieg und Erfolg durchdrungenen Heldensöhne wie ein alter geschundener Jude vor, dem sein *pourvu que ça dure* nicht verübelt wird, weil er gute Matzen verkauft.“

Solange die Juden Opfer waren, zeigte Augstein Mitleid und Sympathie, als Helden waren sie ihm fremd und suspekt. Der israelische Ruhm machte Augstein zu schaffen. Zur Erklärung seines Unwohlseins gestand Augstein selbst „ein wenig Neid“ ein, angesichts der „Ungebrochenheit der Ziele und Impulse“ in Israel. „Hier entsteht, was wir kaum noch sind, eine Nation.“

Dieser Nationalneid auf die selbstbewusste israelische Nation spielte eine Rolle dabei, dass innerhalb von nur drei Wochen sich das Bild Israels vom bedrohten „David unter den Völkern“ zur brutalen Besatzungsmacht veränderte. Damit nahm der Spiegel eine Entwicklung vorweg, der andere Medien folgen sollten.

Den Rahmen für die Entwicklung eines vor allem in linken Medien immer kritischeren Israelbildes bil-

dete die politische Entwicklung. Die Änderung der Regierungspolitik zeigte sich kurz nach Kriegsende an einem kleinen, unscheinbaren Detail. Eine Aufzeichnung der Grundzüge der deutschen Nahostpolitik vom 23.6.1967 aus der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt endete mit der bis dahin üblichen Formulierung: „Auf diese Weise zeigen wir unser Interesse an guten Beziehungen mit allen Staaten des Nahen Ostens.“ Als die Aufzeichnung Außenminister Willy Brandt vorgelegt wurde, strich er das Wort „Staaten“ und ersetzte es handschriftlich durch „Völkern“.<sup>113</sup> Die Bundesregierung nutzte die finanzielle Unterstützung der arabischen Flüchtlinge in Jordanien zu einer Wieder-Annäherung an die arabische Welt, zu der die diplomatischen Beziehungen im Jahr 1965 abgebrochen worden waren.

Diese Politik ging mit einem radikalen Stimmungswechsel in Teilen der Linken einher, die sich stark mit dem Schicksal der Flüchtlinge identifizierte, die Ursachen für ihr Schicksal aber nicht – wie die Redaktion der FR – differenziert betrachtete, sondern in offene Israelfeindschaft abglitt. Dabei kam es auch zu Formen aggressiver Schuldprojektion und antisemitischen Ausfällen: So wurde der israelische Botschafter Ben Nathan bei einem Besuch in der Universität München niedergebrüllt und mit Adolf Hitler verglichen.<sup>114</sup>

Der Sechstagekrieg war ein Wendepunkt in der Haltung vieler westdeutscher Medien gegenüber Israel, wenn dieser Wandel auch nicht in allen Medien so schnell vollzogen wurde wie im Spiegel. Während offene Kritik an Israel im Jahr 1956 noch ein Tabu gewesen war, konstatiert die Politikwissenschaftlerin Astrid Hub für die Zeit des Jom-Kippur-Krieges im Jahr 1973 eine „Umkehrung“ der Situation von 1956: Es war nun ein Tabu, die arabische Seite zu kritisieren. Dieses Mal, weil befürchtet wurde, dass öffentlich geäußerte Kritik die arabische Seite provozieren könnte, den Ölhahn zuzudrehen.<sup>115</sup>

113 Markus Weingardt: Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949. Frankfurt / M., New York 2002. S. 193.

114 Ebd.

115 Astrid Hub: Das Image Israels in deutschen Medien zwischen 1956 und

# NACHKRIEGSDIPLOMATIE

## VON DAVID LABUDE

Der Sechstagekrieg oder die an-Naksa (Rückschlag), wie die Ereignisse häufig auf Arabisch genannt werden, hatte den Nahen Osten in vielerlei Hinsicht verändert. In Folge des von Nasser provozierten Krieges eroberte Israel ein Territorium, das dreieinhalb mal größer war als das Land selbst und brachte mehr als eine Million Palästinenser unter seine Kontrolle. Das Ausmaß der Gebietsgewinne war weder geplant noch für Israel vorhersehbar. Der Krieg galt der Abwehr einer Aggression. Die aus dem Krieg resultierende verheerende Niederlage der arabischen Armeen war traumatisch für die arabische Welt.

### Das Prinzip „Land für Frieden“ entsteht: Israels Angebot an Ägypten und Syrien

Israel versuchte anschließend seinen militärischen Sieg und die Kontrolle über große vormals arabische Territorien für eine politische Lösung des Konflikts zu nutzen: „Die eroberten Gebiete könnten für Frieden gehandelt werden“, nahm man an.<sup>116</sup> Das israelische Kabinett beschloss am 19. Juni 1967, dass die Waffenstillstandslinien mit Ägypten und Syrien (von 1949), die bis zum Sechstagekrieg galten, als Grundlage für Verhandlungen über permanente Grenzziehungen mit diesen Staaten dienen sollten. Im Austausch für Frieden würde sich Israel aus im Sechstagekrieg besetzten Gebieten zurückziehen. Dayan äußerte, dass Israel zum Frieden bereit sei, er warte lediglich auf eine Initiative der Araber und ein Verhandlungsangebot.<sup>117</sup> Der israelische Vorschlag sah eine Demilitarisierung des Sinai und der Golanhöhen vor. Zudem verlangte Israel, dass die Freiheit des Schiffsverkehrs in internationalen Gewässern, d.h. durch den Suezkanal und die Straße von Tiran, garantiert sein müsse. Der Gazastreifen wurde in dem Vorschlag Israel zugeschlagen. Syrien wurde aufgefordert, keine Veränderungen am Wasserfluss der Jordanquellen vorzunehmen.<sup>118</sup> Im Gegenzug würde Israel einen Rückzug aus den wenige Tage zuvor eroberten Gebieten autorisieren. Syrien und Ägypten wiesen den israelischen Vorschlag umgehend zurück.<sup>119</sup>

1982. Frankfurt / M. 1998. S. 137.

116 So Dayan am 29. Juni 1967 zitiert in Oren: *Six Days of War*. S. 315; Siehe auch ebd. S. 313-314; Morris: *Righteous Victims*. S. 330; Segev: 1967. S. 599.

117 Oren: *Six Days of War*. S. 315; Morris: *Righteous Victims*. S. 330.

118 Ein Vorschlag zum Westjordanland war nicht im Angebot vom 19. Juni enthalten. Eine Entscheidung darüber wurde zunächst vertagt.

119 Vgl. Government of Israel: *The Land-for-Peace Principle*. June 19, 1967, in: Rabinovich, Itamar und Reinhartz, Jehuda (Hg.): *Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the*

Der Entscheid vom 19. Juni 1967 widerspiegelte Israels Bereitschaft zu territorialen Kompromissen im Sinne einer dauerhaften Friedenslösung. Der israelische Kabinettsbeschluss formulierte das Prinzip „Land für Frieden“ erstmalig. Seither ist es Grundlage aller israelischen Verhandlungsinitiativen. Dieser Grundsatz nahm bereits Elemente der UN-Resolution 242 vorweg, die im November 1967 vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet wurde, um eine Lösung der in Folge des Sechstagekrieges entstandenen Problematiken herbeizuführen. Das Prinzip „Land für Frieden“ war Grundlage für kommende arabisch-israelische Friedensverhandlungen.

### Die „drei Neins“ von Khartum

Jedoch wurde jedwede israelische Erwartung eines Austausches von „Land für Frieden“ bald enttäuscht. Die sogenannten ‚drei Neins‘ von Khartum vom 1. September 1967 setzten der Hoffnung auf einen „ehrenhaften Frieden unter Gleichen“ ein jähes Ende und galten Israel fortan als erneuter Beweis dafür, dass die Haltung der arabischen Staaten im Konflikt dieselbe kompromisslose Haltung wie vor dem Sechstagekrieg war.<sup>120</sup> Auf der Konferenz von Khartum beschlossen die arabischen Staaten ihre außenpolitischen Leitlinien gegenüber Israel. Der Resolutionstext postulierte:

„Kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel und ein Festhalten an den Rechten der Palästinenser innerhalb ihres Landes.“<sup>121</sup>

Zudem beschlossen die Konferenzteilnehmer, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, „um die militärische Zurüstung zu verstärken, um allen Eventualitäten gegenüber gewappnet zu sein.“<sup>122</sup>

Present. Waltham, Massachusetts 2008. S. 238-239; Morris: *Righteous Victims*. S. 330; Segev: 1967. S. 600.

120 Eshkol zitiert in Oren: *Six Days of War*. S. 317; Zu Khartum siehe Morris: *Righteous Victims*. S. 345-346.

121 The Khartoum Resolutions. September 1, 1967, in: Rabinovich, Itamar und Reinhartz, Jehuda (Hg.): *Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present*. Waltham, Massachusetts 2008. S. 241-242; Das Bekenntnis der Arabischen Liga zu den Rechten der Palästinenser wird neben den ‚drei Neins‘ als ‚ein Ja‘ bezeichnet. Das Wo und das Wie eines palästinensischen Staates, wurde bewusst nicht expliziter formuliert, da Jordanien weiterhin Interesse am Westjordanland hatte. 122 Vgl. Artikel 6 der Resolution in Jewish Virtual Library: <https://www.jewish-virtuallibrary.org/the-khartoum-resolutions> (Eingesehen am 12.12.2016).



Abb. 24 Der israelische Außenminister Abba Eban mit Moshe Dayan in der Knesset

Israels Außenminister Abba Eban äußerte in Bezug auf die Resolution, dass die arabischen Regierungen damit nicht nur darauf verzichtet hätten, Sondierungsgespräche für Friedensverhandlungen zu führen, sondern vielmehr *„jede Tür und jedes Fenster, das in der vorhersehbaren Zukunft zu Frieden hätte führen können, geschlossen haben.“* Der damalige Direktor des israelischen Militärgeheimdienstes Aman kommentierte, dass die Araber Verhandlungen nicht abgelehnt hätten, weil sie einen anderen Weg zum Frieden bevorzugten, sondern *„weil Verhandlungen eine Abkehr von politischer Gewalt (politicide) implizierten.“*<sup>123</sup>

Der Entscheid von Khartum führte zu einer Lähmung bedeutender diplomatischer Friedensinitiativen zwischen Israel und den arabischen Staaten. Trotz der arabischen Verweigerungshaltung, was Frieden, Anerkennung und Verhandlungsbereitschaft betraf, beinhaltete die Resolution eine Neuerung: Zwar hatte die verheerende Niederlage vom Juni 1967 die arabischen Staaten nicht dazu veranlasst, ihre seit langem bestehende Feindschaft gegenüber Israel aufzugeben, jedoch fand ein Wandel der arabischen Forderungen statt. Fortan verlangte man einen Rückzug Israels auf die Waffenstillstandslinien von 1949, auf die sogenannte *„Grüne Linie“*, welche den Frontverlauf am Ende des ersten arabisch-israelischen Krieges 1948–1949 markierte. Bis dato sollte sich Israel stets auf die im UN-Teilungsplan festgelegten Grenzen von 1947 zurückziehen.

Offensichtlich hatten die arabischen Staaten die neue Wirklichkeit zur Kenntnis genommen: Israel war militärisch nicht zu besiegen.<sup>124</sup>

Die *„drei Neins“* von Khartum veranlassten Israel zu einer Änderung seiner vormaligen Maxime. Das Kabinett beschloss im Oktober 1967, seine Entscheidung vom 19. Juni, besetzte Gebiete im Austausch für

Frieden zurückzugeben, zu berichtigen.<sup>125</sup> Ein militärischer Rückzug zum status quo ante bellum wurde vorerst ausgeschlossen. Jede künftige Konsolidierung von Israels Grenzen sollte mit den vitalen Sicherheitsbedürfnissen des Staates in Einklang stehen.<sup>126</sup> Israel modifizierte das Konzept *„Land für Frieden“* und knüpfte es an die Bedingung *„verteidigbarer Grenzen“* (defensible Borders). Dies sollte Israel, das an der schmalsten Stelle 14 Kilometer breit ist, eine strategische Tiefe verleihen.

#### UN-Resolution 242 vom 22. November 1967

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verabschiedete am 22. November 1967 die Resolution 242. Sie basiert auf der Idee eines Austauschs von Land für Frieden.

Bis heute ist sie Grundlage von Friedensbemühungen im Konflikt zwischen Israel und seinen angrenzenden Nachbarn. Sowohl der ägyptisch-israelische Friedensvertrag 1979 als auch die Verhandlungen in den neunziger Jahren (Osloer Friedensprozess) orientierten sich an diesem Beschluss. Resolution 242 ist einer der wenigen Beschlüsse, dem Israel und eine erhebliche Anzahl arabischer Staaten, ausgenommen Syrien, der Irak und Algerien, gemeinsam zustimmten.<sup>127</sup>

Die Resolution geht zurück auf eine ägyptische Initiative in der UN-Generalversammlung, die beabsichtigte, Israel zum Rückzug aus den im Sechstagekrieg besetzten Gebieten zu bewegen. Nach mehreren eingebrachten Entwürfen stimmte der UN-Sicherheitsrat schließlich dem englischen Resolutionstext zu. Dieser sieht einen israelischen *„Rückzug aus 1967 besetzten Gebieten“* (from territories occupied) vor. In der englischen Fassung wurde der bestimmte Artikel bewusst weggelassen, um den Umfang des Abzugs späteren

<sup>123</sup> Vgl. Rabinovichs Kontextualisierung des ‚Land für Frieden‘ Prinzips, in: ebd. S. 238.

<sup>126</sup> Morris: Righteous Victims. S. 330.

<sup>127</sup> Syrien, Algerien und der Irak stimmten Resolution 242 nicht zu, da dies eine Anerkennung Israels bedeutet hätte. Sie beharrten auf einer Fortsetzung des Kampfes gegen Israel. Syrien erkannte Israel erst 1973 indirekt mit der Zustimmung zur Resolution 338 – nach dem Jom-Kippur-Krieg – an. Sela: The Decline. S. 99.

<sup>123</sup> Abba Eban und Jehoshafat Harkabi zitiert in: Tessler: A History. S. 409.

<sup>124</sup> Vgl. die Bedingungen der Khartum Resolution vom 2. September 1967: „Rückzug der aggressiven israelischen Streitkräfte aus den arabischen Ländern, die bei der Aggression seit dem 5. Juni besetzt wurden“, The Khartoum Resolution, in: Rabinovich, Reinhartz: Israel in the Middle East. S. 241–242.



Abb. 25 Ein israelischer Soldat am Suezkanal blickt auf den ägyptischen Ort Kantara, November 1970

Verhandlungen zu überlassen.<sup>128</sup> Die Resolution stellt letztlich einen Kompromiss der beiden gegensätzlichen Positionen dar. Ein israelischer Rückzug wird an Friedensgarantien der arabischen Staaten geknüpft. Verlangt wird ein „Rückzug der israelischen Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt wurden“. Im Gegenzug haben die arabischen Staaten für die „Beendigung jeder Geltendmachung des Kriegszustands“ Sorge zu tragen. Implizit wird Israels Recht auf „defensible Borders“ anerkannt. Zudem plädiert die Resolution für die

*„Achtung und Anerkennung der Souveränität, territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit eines jeden Staates in der Region und seines Rechts, innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Androhungen oder Akten der Gewalt in Frieden zu leben.“*

Die UN garantierten den Palästinensern kein generelles Recht auf Rückkehr. Der Text postuliert lediglich „eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems.“<sup>129</sup> Insofern stellt Resolution 242 eine Grundlage für weitere Verhandlungen dar, an der sich die Staaten zu orientieren haben.

Die UN-Resolution 242 stand im Schatten der Beschlüsse von Khartum und hatte damit keine unmittelbare politische Wirkungskraft.

Israels Außenpolitik sah sich nach dem Krieg von 1967 zunehmenden Schwierigkeiten ausgesetzt. Die Sowjetunion und weitere Länder des Ostblocks brachen sämtlich ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel ab.<sup>130</sup> Zudem begann die Sowjetunion unmittelbar

128 Eine französische Fassung hingegen, über die nicht abgestimmt wurde, forderte den Rückzug aus „des territoires occupés“. Vgl. Rosenne, Meir: Understanding UN Security Council Resolution 242 of November 22, 1967, on the Middle East, in: Jerusalem Center for Public Affairs (Hg.), *Defensible Borders for a Lasting Peace*. Jerusalem 2008. S. 50.

129 Siehe UN-Resolution 242, in: Rabinovich, Itamar und Reinharz, Jehuda (Hg.): *Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present*. Waltham, Massachusetts 2008. S. 242–243; Morris: *Righteous Victims*. S. 346.

130 Jugoslawien brach seine Beziehungen ebenfalls ab. Rumänien war das

nach dem Sechstagekrieg mit der Wiederaufrüstung seiner arabischen Verbündeten. Das Verhältnis zu den USA verbesserte sich hingegen, und Israel wurde nach 1967 als ein strategischer Partner in der Region angesehen. In Westdeutschland veränderte sich das Stimmungsbild nach dem Sechstagekrieg und antiisraelische Ansichten erlangten weiten Zuspruch (Siehe das Kapitel: Der Sechstagekrieg und die westdeutschen Medien).

Im Folgenden werden die Entwicklungen zwischen Israel und seinen Nachbarn sowie den Palästinensern nach 1967 dargestellt. Ägypten, als wichtigster arabischer Staat, wird zuerst behandelt. Es folgt das Verhältnis zu Syrien. Daran anschließend wird eine Kabinettsdebatte, die sich am 18./19. Juni 1967 zutrug, nachgezeichnet, in der Israels Axiome in Bezug auf das Westjordanland diskutiert wurden. Dies ist für die nachfolgende Darstellung der Beziehungen Israels zu den Palästinensern im Westjordanland sowie den israelisch-jordanischen Beziehungen von Wichtigkeit.

### Ägyptisch-israelische Diplomatie nach 1967

Nasser setzte auch nach dem Sechstagekrieg weiterhin auf die militärische Option. Bestärkt durch sowjetische Waffenlieferungen, Moskau hatte unmittelbar nach Ende der Kampfhandlungen mit der massiven Wiederaufrüstung Ägyptens begonnen, befahl Nasser einen neuen Krieg. Entschlossen den Sinai zurückzuerobern, gelangte er zu der Ansicht, dass das „was durch Gewalt genommen wurde, nur durch Gewalt zurückgewonnen werden kann“.<sup>131</sup> Bereits im Juli 1967, einen Monat nach Kriegsende, griff Ägypten israelische Stellungen im Sinai an. Im Oktober versenkte die ägyptische Marine den israelischen Zerstörer Eilat, der in internationalen Gewässern fuhr. Bei dem Angriff kamen 47 Seeleute ums Leben, über hundert wurden verletzt. Als Reaktion nahm die israelische Armee

..... einzige Land des Ostblocks, das die Beziehungen zu Israel aufrechterhielt, vgl. ebd. S. 344; Zudem verhängten die OAPC Staaten (Organization of Arab Petroleum Exporting Countries) einen Ölboykott gegen Länder, die Israel unterstützten. Die Initiative hielt allerdings nicht lange an. Vgl. Sela: *The Decline*. S. 93.

131 Nasser zitiert in Oren: *Six Days of War*. S. 319.



Abb. 26 Dr. Gunnar Jarring (Mitte), UN-Sondergesandter für den Nahen Osten (1967 bis 1990), bei seinem Besuch in Israel am 14. Dezember 1967, begleitet von Yosef Tekoah (li.), stellvertretender Generaldirektor des israelischen Außenministeriums

Raffinerieanlagen in der ägyptischen Stadt Suez unter Artilleriebeschuss.<sup>132</sup> Diese Angriffe waren der Auftakt des drei Jahre andauernden sogenannten Abnutzungskrieges zwischen Ägypten und Israel (1967–1970).<sup>133</sup> Während Nasser Krieg führte, versuchte er den Sinai – angesichts der geringen Aussicht auf einen militärischen Erfolg – auch auf diplomatische Weise zurückzugewinnen. Nasser lehnte direkte Verhandlungen mit Israel ab und kommunizierte lediglich mithilfe von Drittstaaten. Er bot einen Waffenstillstand – keinen Frieden und keine Anerkennung Israels – an, wenn Israel sich komplett aus den besetzten Gebieten zurückzöge.<sup>134</sup> Abba Eban mokierte sich über Nassers Offerte und verwies auf dessen „verheißungsvolle Bemerkung“ gegenüber Dr. Gunnar Jarring, dem UN-Sondergesandten für den Mittleren Osten. Nasser hatte geäußert, dass eine solche Regelung „als Zwischenlösung notwendig“ sei, „bis die Araber, mit sowjetischen Waffen wieder aufgerüstet, den Kampf von neuem beginnen könnten.“<sup>135</sup> Damit hatte Nasser seine eigentliche Absicht preisgegeben. Levi Eshkol lehnte es ab Gebiete, die in einem

„Israel aufgezwungenen Krieg“ erobert wurden, „gegen [Nassers] Lippenbekenntnisse“ preiszugeben. Israel bestand auf einem unterschriebenen Friedensvertrag nach direkten Verhandlungen.<sup>136</sup>

Der sich fortsetzende kriegerische Konflikt sowie die unnachgiebige arabische Haltung, manifestiert im Beschluss von Khartum, führten dazu, dass Israel die arabischen Staaten in der Pflicht sah, Verhandlungsangebote zu machen:

„Warum sollte ich Lösungen anbieten? Wir haben den Krieg nicht begonnen [...] Wir bleiben hier, damit es Frieden gibt.“<sup>137</sup>

Damit wiederholte Eshkol den israelischen Standpunkt, dass die eroberten Gebiete als Verhandlungsmasse für einen Frieden dienen sollten, und ein Rückzug ohne diese Gegenleistung nicht in Frage kam. Erst der Tod Nassers im September 1970 schuf eine neue Konstellation. Sein Nachfolger, Anwar Sadat, versuchte 1971, den seit 1967 bestehenden diplomatischen Stillstand zu überwinden.<sup>138</sup>

132 Segev: 1967. S. 693; Nach Schilderungen Chaim Herzogs war der Zerstörer Eilat über 14 Seemeilen von der ägyptischen Küste entfernt. Vgl. Herzog, Chaim: The Arab-Israeli Wars. War and Peace in the Middle East from the 1948 War of Independence to the Present. London 2005. S. 198.

133 Dieser Krieg beschränkte sich nicht auf Ägypten. Palästinensische Milizen führten ihre Angriffe von Jordanien und Syrien aus fort. Reguläre syrische Einheiten waren ebenfalls in die Auseinandersetzungen verwickelt. Vgl. Morris: Righteous Victims. S. 347–363.

134 Tessler: A History. S. 409; Segev: 1967. S. 673–675.

135 Eban, Abba: Dies ist mein Volk. Die Geschichte der Juden. Heilbronn 1970. S. 411.

136 Segev: 1967. S. 675.

137 Eshkol in einem Gespräch mit Nasser ad-Din Nashashibi zitiert in: Ebd. S. 622.

138 Israels Sieg im Sechstagekrieg machte den arabischen Staaten klar, dass ein militärischer Erfolg gegen Israel auf absehbare Zeit unmöglich war, vgl. Oren: Six Days of War. S. 313; Der Suezkanal war eine wichtige Einkommensquelle Ägyptens. Außerdem befanden sich auf dem Sinai Ölfelder, auf deren Erträge Ägypten angewiesen war. Vgl. Sela: The Decline. S. 97.



Abb. 27 Die historische Begrüßung zwischen Israels Premierminister Menachem Begin und Ägyptens Präsidenten Anwar Sadat bei dessen Ankunft am Ben-Gurion Flughafen am 19. November 1979

Sadat unterbreitete Israel ein Interimsabkommen. Dieses war allerdings an keine Garantie auf ein permanentes ägyptisch-israelisches Friedensabkommen geknüpft.<sup>139</sup>

Dies war für Jerusalem inakzeptabel. Aufgrund der fehlenden Aussicht auf eine dauerhafte Übereinkunft blieb Sadats diplomatische Initiative erfolglos.<sup>140</sup> Ab 1972 vollzog Sadat einen drastischen Kurswechsel und begann einen Annäherungsprozess an den Westen. Als sowjetische Militärhilfen an Ägypten zum wiederholten Male ausblieben, wies Sadat im Juli 1972 alle russischen Berater aus. Von dieser Annäherung an den Westen erhoffte sich Sadat, dass die Vereinigten Staaten ihn dabei unterstützen würden, den Sinai zurückzuerlangen.<sup>141</sup>

Im Oktober 1973 überfiel Sadat zusammen mit Syrien Israel. Die Offensive war auf den 6. Oktober, den Beginn des Jom-Kippur-Festes – den für Juden höchsten Feiertag –, terminiert. Das gesamte öffentliche Leben steht in Israel an diesem Tag still. Es gibt weder Radio- noch Fernsehübertragungen. Diese quasi Lähmung und Verwundbarkeit Israels an Jom Kippur nutzten Ägypten und Syrien für ihren Überraschungsangriff. Die arabische Koalitionsstreitmacht erzielte anfängliche Erfolge und brachte Israel an den Rand einer Niederlage. Obwohl Israel am Ende siegte, gewann Sadat aufgrund seiner Konfrontation mit Israel die Anerkennung der ägyptischen Bevölkerung, die die zunächst erfolgreichen Vorstöße der ägyptischen Armee bis heute als siegreich betrachtet. Der dadurch erreichte Ruhm ermöglichte Sadat ein Zugehen auf Israel und eine Überwindung des diplomatischen Stillstands.

139 Gazit, Mordechai: Egypt and Israel. Was there a Peace Opportunity Missed in 1971?, in: Journal of Contemporary History, Vol. 32, No. 1, 1997, S. 97-115. S. 98, 100, 104; Sadats Waffenstillstandsvorschlag war zudem auf 18-24 Monate befristet, vgl. ebd. S. 103.

140 Siehe zu Sadats Initiative Sela: The Decline. S. 135-136, S. 141; Siehe ebenfalls Morris: Righteous Victims. S. 389. Morris sagt, dass Israel 1971 eine historische Möglichkeit zum Frieden ausgelassen habe, vgl. S. 390; Gazit meint dagegen, dass eine Möglichkeit zum Frieden mit Ägypten vor 1973 nie bestanden habe, vgl. Gazit: Egypt and Israel. S. 103-104, 114-115.

141 Cleveland, William L. und Bunton, Martin: A History of the Modern Middle East. Boulder 2013. S. 370.

Mit einem mutigen Auftritt vor der israelischen Knesset ebnete er den Weg für Friedensverhandlungen. Für den Abzug der israelischen Armee aus dem Sinai erkannte Sadat Israel an und schloss Frieden.<sup>142</sup> Damit verstieß Ägypten gegen den Grundsatz eines „umfassenden Friedens“ der Arabischen Liga, welcher 1974 in Rabat formuliert wurde. Die arabische Verhandlungsposition eines „umfassenden Friedens“ bedeutete, dass kein arabischer Staat einen separaten Frieden mit Israel schließen konnte. Stattdessen bedurfte eine Friedensvereinbarung der – zu diesem Zeitpunkt unwahrscheinlichen – Zustimmung aller arabischen Länder.<sup>143</sup>

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Jom-Kippur-Krieg gewissermaßen das arabische Gefühl der Demütigung, das auf der verheerenden Niederlage von 1967 beruht hatte, berichtigte. Demnach habe der als Sieg empfundene Ausgang des Krieges 1973 zu einer „Wiederherstellung arabischer Ehre“ geführt.<sup>144</sup> Die in Folge des Krieges gestärkte Position Anwar Sadats eröffnete Ägypten den Weg, aus dem arabischen Konsens auszuscheren. Kairo trat nach 1973 in separate Friedensverhandlungen mit Israel. Ein Bruch, der 1979 zur Suspendierung Ägyptens aus der Arabischen Liga führte. Sadat wurde für seinen Friedensschluss mit Israel 1981 von Anhängern der islamistischen Muslimbruderschaft ermordet.<sup>145</sup>

142 Ebd. S. 373-376.

143 Vgl. League of Arab States: Seventh Arab Summit Conference. Rabat Resolutions. October 29, 1974, in: Rabinovich, Itamar und Reinhartz, Jehuda (Hg.): Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present. Waltham, Massachusetts 2008. S. 342-344, S. 342-343.

144 Vgl. Morris: Righteous Victims. S. 387.

145 Siehe zu Ägyptens Haltung nach 1973, Ajami: The End of Pan-Arabism. S. 357; Sadat hatte allgemein wenig für panarabische Ideen über, so bezeichnet er Panarabisten „nightclub revolutionaries“, vgl. ebd. S. 370; Zur Perzeption des Jom-Kippur-Krieges in der arabischen Welt, siehe Morris: Righteous Victims. S. 437; Zu Sadat vgl. Gazit: Egypt and Israel. S. 109; Zu den Reaktionen arabischer Staaten auf Ägyptens Verhandlungen mit Israel, vgl. Sela: The Decline. S. 207-211.



Abb. 28 General Avraham Adan erklärt Moshe Dayan die prekäre militärische Lage im Oktober 1973 während des Jom-Kippur-Krieges

Auf der anderen Seite erstarkte bei vielen Israelis nach dem Jom-Kippur-Krieg die Bereitschaft zu einer politischen Lösung, auch wenn diese weitreichende territoriale Kompromisse erforderte.<sup>146</sup> Letztlich erkannte Israel unter dem konservativen Ministerpräsidenten Menachem Begin den enormen Wert einer bilateralen Übereinkunft mit Kairo.<sup>147</sup> Ägypten war das „Tor zur arabischen Welt“. Ein Abkommen mit Kairo war unabdingbar für eine friedliche Koexistenz in der Region.<sup>148</sup> Anders als in Israel, stieß das Friedensabkommen bei vielen Ägyptern auf wenig Zustimmung. Die ägyptisch-israelische Übereinkunft wird deswegen häufig als ‚kalter Frieden‘ bezeichnet. Fouad Ajami prägte in diesem Zusammenhang den Begriff des „verwaisten Friedens“ (orphaned peace). Dieser beschreibt einen Frieden, der zwar formell besteht, aber durchweg auf gesellschaftliche Ablehnung stößt.<sup>149</sup>

146 Ben-Ami, Shlomo: Scars of War, Wounds of Peace. The Israeli Arab Tragedy. Oxford, New York 2006. S. 147-148; Morris: Righteous Victims. S. 437; Eine Ausnahme bildete hier das Selbstverständnis gegenüber dem Westjordanland und dem Gazastreifen, welche nicht als Teil eines Abkommens verhandelt werden sollten.

147 Dies wurde auch ermöglicht, da Jerusalem einem Teiltrückzug vom Suez Kanal gegen (lediglich) Interimsvereinbarungen zustimmte. Die in den Übergangsabkommen Sinai I (1974) und Sinai II (1975) festgelegten Parameter schufen die notwendige Basis und das Vertrauen, was letztlich die Friedensverhandlungen 1977-1979 zuließ. Vgl. ebd. S. 441.

148 Ben-Ami: Scars of War. S. 148; Krieg war für die arabischen Staaten ohne Ägypten keine praktikable Option mehr. Zudem war die kompromisslose arabische Haltung gegenüber Israel geschwächt, falls Kairo einem Friedensvertrag zustimmte. Vgl. Sela: The Decline. S. 154; Morris: Righteous Victims. S. 493; Oren: Six Days of War. S. 326.

149 Ajami, Fouad: The Dream Palace of the Arabs. A Generation's Odyssey. New

## Syrien nach 1967

Das syrisch-israelische Verhältnis erwies sich als das Schwierigste. Vor und nach dem Sechstagkrieg 1967 positionierte sich Syrien als sogenannter „Frontstaat“ im Kampf gegen Israel. Diese Rolle verschaffte Damaskus, welches sich als Hauptvertreter palästinensischer Interessen inszenierte, Legitimität in der arabischen Welt. Außerdem sicherte dies Syrien finanzielle Unterstützung anderer arabischer Länder, die keine gemeinsame Grenze mit Israel besaßen.<sup>150</sup> Die von Damaskus eingenommene Position im arabisch-israelischen Konflikt machte eine Verhandlungslösung höchst unwahrscheinlich.

Syrien stimmte der Resolution 242 vom November 1967 nicht zu und führte 1973 zusammen mit Ägypten den Jom-Kippur-Krieg gegen Israel. Nach diesem Krieg kam es zwar zu keiner direkten Konfrontation beider Länder mehr, jedoch unterstützte Syrien die terroristischen Aktivitäten palästinensischer Milizen gegen Israel permanent.

Syriens Haltung zu einem Friedensabkommen mit Israel war bis in die neunziger Jahre ablehnend. Erst 1991 entsandte Syrien Vertreter zu einer Friedenskonferenz in Madrid.

Auch wenn zunächst keine Übereinkunft erzielt wurde, schufen diese Gespräche die Grundlage für weitere

York 1998. S. 253-311.

150 Sela: The Decline. S. 155.



Abb. 29 Eine israelische Panzerkolonne bei ihrem Rückzug aus Syrien 1974, im Rahmen des Truppenrückzugs nach dem Jom-Kippur-Krieg von 1973

Verhandlungen.<sup>151</sup> Im Gegensatz zum Westjordanland, Gaza oder dem Sinai, wurden die von Israel im Sechstagekrieg besetzten syrischen Golanhöhen 1981 de jure von Israel annektiert.<sup>152</sup> Dennoch verhandelte die Regierung Rabin im Rahmen der Osloer Verhandlungen (1993–1996) über deren Rückgabe. Gemäß dem Prinzip „Land für Frieden“ traten beide Staaten in Verhandlungen ein, um eine Normalisierung der Beziehungen herbeizuführen.<sup>153</sup> Im Gegensatz zum „kalten Frieden“, der mit Ägypten bestand, strebte Israel auch wirtschaftliche Beziehungen und einen gemeinsamen Luftverkehr mit Syrien an.<sup>154</sup> Größter Streitpunkt war das Ausmaß des israelischen Rückzugs. Syrien beharrte darauf, dass sich Israel auf die Linien vom 4. Juni 1967 zurückziehen müsse.<sup>155</sup> Ein im Mai 1995 beschlossenes Formular, das die Sicherheitsfragen zum beiderseitigen Einvernehmen regelte, scheiterte schließlich, als Hafez Al-Assad von seiner Zusage, Israel eine Frühwarnstation auf dem Golan zuzugestehen, zurücktrat. Rabin setzte die Verhandlungen daraufhin aus.<sup>156</sup> Shimon Peres führte die Gespräche mit Syrien nach Rabins Ermordung im November 1995 fort. Peres forderte ein Treffen mit Hafez Al-Assad als Zeichen der Ernsthaftigkeit. Syriens Präsident lehnte dies ab. Eine Serie von Terrorangriffen in Israel, während der Verhandlungen, im März 1996 und die syrische Ablehnung diese zu verurteilen, führten erneut zu einer Aussetzung der Gespräche. Hinzu kamen fortgesetzte Angriffe der libanesischen Hisbollah auf Israel.

In Jerusalem machte man Syrien, einen Unterstützer der von Iran gesteuerten Miliz, für das Aufflammen der Gewalt an der Nordgrenze verantwortlich.<sup>157</sup>

Die Wahlen 1996 führten auf israelischer Seite zu einem Machtwechsel und die von Benjamin Netanjahu geführte Likud-Partei übernahm die Regierung. Netanjahu sagte, dass er die Vereinbarungen von Oslo respektieren werde. Grundsätzlich sei er zu Verhandlungen mit Syrien bereit. Allerdings war eine vollständige Aufgabe israelischer Souveränität über die Golanhöhen für ihn ausgeschlossen. Für den Likud war der Golan wesentlich für Israels Sicherheit an der Nordgrenze. Die Syrer lehnten Zugeständnisse zum Golan ab und die Gespräche blieben ausgesetzt.<sup>158</sup>

Ehud Barak nahm die Gespräche mit Hafez Al-Assad (1999–2000) wieder auf. Barak bot Syrien eine Rückgabe der Golanhöhen bis auf einen Sicherheitsstreifen von etwa einhundert Metern am nordöstlichen Ufer des See Genezareth an.<sup>159</sup> Mit dem Hinweis, dass Syrien noch warten könne, lehnte Präsident Assad Israels Offerte ab. Damaskus bestand auf einer vollständigen Rückgabe des Golan, einschließlich des Nordostufers des See Genezareth. Ein anschließender Vermittlungsversuch Bill Clintons bei Assad scheiterte ebenfalls.<sup>160</sup>

Ehud Olmert bot, wie bereits seine Vorgänger, in erneuten Verhandlungen mit Syrien im Jahr 2008 weitreichende Konzessionen an. Doch auch mit Baschar Al-Assad, dem Nachfolger und Sohn von Hafez Al-Assad, kam kein Abkommen zustande.<sup>161</sup>

Es kann im Nachhinein – aus israelischer Perspektive – als positiv betrachtet werden, dass es, angesichts des 2011 beginnenden syrischen Bürgerkrieges und der Ausbreitung des sogenannten Islamischen Staates (IS), nicht zu einer Rückgabe der strategisch wichtigen Golanhöhen im Jahre 2006 kam.

151 Vgl. Israelisches Außenministerium: [http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/peace/guide/pages/israel-syria\\_negotiations.aspx](http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/peace/guide/pages/israel-syria_negotiations.aspx) (Zugriff am 15.12.2016).

152 Morris: *Righteous Victims*. S. 333.

153 Siehe Itamar Rabinovich (Israels Chefunterhändler bei den israelisch-syrischen Gesprächen) Einlassungen, in: Ebd.: *The Israeli-Syrian Negotiations*.

August 1993 Analysis, in: Rabinovich, Itamar und Reinharz, Jehuda (Hg.): *Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present*. Waltham, Massachusetts 2008. S. 488–490.

154 Vgl. Rabinovich: *Waging Peace. Israel and the Arabs 1948–2003*. New Jersey 2004. S. 72–73; Morris: *Righteous Victims*. S. 632.

155 Rabinovich: *Waging Peace*. S. 60–61.

156 Vgl. ebd. S. 65–66.

157 Vgl. ebd. S. 73–76.

158 Morris: *Righteous Victims*. S. 633–634.

159 Vgl. ebd. S. 654–655; Barak wollte sein Angebot an Syrien durch ein Referendum in Israel bestätigen lassen. Syrien hingegen verlangte eine feste Zusage. Dies war nach Syriens Ablehnung aber irrelevant.

160 Vgl. ebd. S. 655; Tessler: *A History*. S. 798.

161 Vgl. Ehud Olmerts Erklärung zu den Gesprächen mit Syrien am 21. Mai 2008 [http://www.mfa.gov.il/MFA/Press\\_Room/2008/Pages/Statement\\_by\\_PM\\_Olmert\\_regarding\\_negotiations\\_with\\_Syria\\_21-May-2008.aspx](http://www.mfa.gov.il/MFA/Press_Room/2008/Pages/Statement_by_PM_Olmert_regarding_negotiations_with_Syria_21-May-2008.aspx) (Eingesehen am 09.01.2017).

## Israels Debatte um das Westjordanland

Nach dem Sechstagekrieg gelangten etwa 1.2 Millionen Palästinenser im Gazastreifen und dem Westjordanland unter israelische Kontrolle.<sup>162</sup> Eine politische Verständigung darüber, wie mit dem Westjordanland, welches zuvor von Jordanien besetzt war, in Zukunft umzugehen sei, erwies sich als komplex. Ein Konsens zum zukünftigen Status des Sinai und des Golan war schnell erreicht. Israel erklärte sich am 19. Juni 1967 willens, die Gebiete gegen ein Friedensabkommen zurückzugeben. Das Westjordanland war jedoch für Israels Sicherheit von großer Wichtigkeit. Die Westbank stattete Israel mit einer strategischen Tiefe aus, weswegen sie integraler Bestandteil von Israels Konzept „verteidigbarer Grenzen“ war. Dementsprechend suchte Israel nach einem Kompromiss, ohne seine Verteidigungsfähigkeit zu gefährden.

Dazu bestand ein emotionales Interesse am Westjordanland und dem Gazastreifen, die als Teile Eretz Israels, dem biblischen Land Israel, betrachtet wurden.<sup>163</sup> Das Westjordanland bzw. Judäa und Samaria, wie die Gebiete in Israel auch bezeichnet werden, ist aufgrund der dort befindlichen heiligen Orte, wie bspw. Hebron oder Nablus (sh'chem) auch von historisch-religiöser Bedeutung für das Judentum.

162 Morris: Righteous Victims. S. 336.

163 Ebd. S. 330

Deswegen entwickelte sich sowohl innerhalb säkularer als auch religiöser Teile der israelischen Gesellschaft ein großes Interesse am Westjordanland.

Am 18./19. Juni 1967 wurde im israelischen Kabinett eine kontroverse Debatte über die Zukunft der besetzten Gebiete ausgetragen. Darin werden bereits wesentliche Optionen und Diskussionslinien israelischer Politik dargelegt, die teils bis heute relevant sind.

Die Frage, die sich den Ministern stellte, betraf die strategische Notwendigkeit sowie mögliche Auswirkungen einer Annexion der palästinensischen Gebiete. Insbesondere die Folgen für den demografischen Status quo, den eine Annexion des Westjordanlandes und Gazas barg. Eine Annexion würde bedeuten, dass Israel die in der Westbank und im Gazastreifen lebenden „Araber [eines Tages] wird einbürgern müssen.“<sup>164</sup> Eine Tatsache, die „den Charakter des israelischen Staates verändern wird“, wie Menachem Begin bemerkte.<sup>165</sup> Es sei denn, man kommt zu einer Übereinkunft mit Jordaniens König Hussein, ergänzte Moshe Kol, Minister für Entwicklung und Tourismus.

164 So bemerkte es Moshe Kol, Minister für Entwicklung und Tourismus, in der Kabinettsitzung am 18. Juni 1967, ISA 8164/A-7 Abschnitt 553. S. 47; Die Protokolle der Kabinettsitzungen sind auf Hebräisch auf der Website des Israeli State Archive (ISA) einsehbar <http://www.archives.gov.il/> (Eingesehen am 10.01.2017).

165 So Moshe Kol über Menachem Begin, Minister ohne Portfolio, in der Kabinettsitzung am 18. Juni. Ebd.

Abb. 30 Israels Premierminister Levi Eshkol sieht sich im Dezember 1967 die im Krieg von 1948 zerstörten israelischen Siedlungen in Gush Etzion, Westjordanland, an





Abb. 31 Jigal Allon, Israels Minister für Arbeit (li.), Levi Eshkol (Mitte) und General Uzi Narkiss (re.) im Dezember 1967 bei einem Besuch in Beit Ha'arava im Westjordanland. Das Dorf wurde im Krieg von 1948 von jordanischen Truppen zerstört

*„Sind wir daran interessiert, eine Zusammenarbeit mit Hussein anzustreben oder wollen wir, dass der israelische Staat ein binationaler Staat sein wird? Dies sind Schicksalsfragen [...] Wir müssen uns darüber auseinandersetzen und abstimmen.“<sup>166</sup>*

Salman Aran, Minister für Bildung und Kultur, war der Auffassung, dass die Westbank Israel mehr Schaden als Nutzen bringen würde, „ihre Annexion [...] wird Kummer (bchija) für Generationen bedeuten, [...] die Einverleibung der Westbank samt ihrer arabischen Bevölkerung wird das Ende des Staates Israel sein [...] Wir werden daran ersticken.“<sup>167</sup> Aran galten die Palästinenser als „fünfte Kolonne“, als dem israelischen Staat feindlich gesinnt.<sup>168</sup> „Gerechtigkeit hat Gott uns widerfahren lassen, dass es [...] Hussein gibt, dass ich dahin [zu Hussein] gehen kann, sodass wir diese Last, diese Bedrohung nicht auf uns nehmen müssen.“<sup>169</sup>

Moshe Dayan schlug auf Arans Befürchtung hin eine vorübergehende Militärverwaltung vor. Dazu sollte den Einwohnern der Westbank eine eigene Kommunalverwaltung gestattet werden, „die ihre Einbürgerung in Israel ausschloss“. Lehnte Dayan anfangs eine Besiedlung des Westjordanlandes kategorisch ab, erwog er später die Errichtung militärischer Vorposten und jüdischer Siedlungen in bestimmten Gebieten.<sup>170</sup> Josef Sapir glaubte, dass eine Übereinkunft mit Jordanien und die Wiedererrichtung jordanischer Kontrolle samt einer palästinensischen Teilautonomie im Westjordanland das Vorteilhafteste für israelische Sicherheitsinteressen sei.<sup>171</sup>

166 Moshe Kol, Minister für Entwicklung und Tourismus, in der Kabinettsitzung am 18. Juni 1967. Ebd.

167 Salman Aran, Minister für Bildung und Kultur, in der Kabinettsitzung am 18. Juni 1967. ISA 8164/A-7 Abschnitt 558. S. 79.

168 So Minister Aran, zitiert in: Segev: 1967. S. 659.

169 Salman Aran, Minister für Bildung und Kultur, in der Kabinettsitzung am 18. Juni 1967. ISA 8164/A-7 Abschnitt 558. S. 80.

170 Moshe Dayan, Minister für Verteidigung, in der Kabinettsitzung am 18. Juni 1967. ISA 8164/A-7 Abschnitt 558. S. 21, ISA 8164/A-9. S. 47; Vgl. auch Segev: 1967. S. 603.

171 Josef Sapir, Minister ohne Amt, am 19. Juni 1967. ISA 8164/A-8 Abschnitt 561. S. 4.

Menachem Begin intervenierte und stellte daraufhin die Frage, warum Israel seine Söhne in den Krieg geschickt habe, etwa für „eine Rückgabe von Territorium an Hussein“, oder „um einen weiteren arabischen Staat zu gründen?“ Würde man den Arabern das Territorium der Westbank zurückgeben oder gar eine palästinensische Autonomie gestatten, so „das eiserne Gesetz der Dinge“ (be'higayon ha'barsel shel ha'dvarim), würde ein palästinensischer Staat entstehen, eine „Enklave [...] von der aus es möglich sein wird Tel Aviv zu beschießen. Haben wir deshalb Krieg geführt?“<sup>172</sup> Danach hatte Jigal Allon das Wort. Er verwies auf die geostrategische Relevanz der Westbank und sprach sich für die „Einheit des Landes“ aus. Er skizzierte die Möglichkeit eines unabhängigen arabischen Staates oder einer Teilautonomie in der Westbank. In jedem Fall müsse Israels neue Sicherheitsgrenze im Jordantal verlaufen. Dazu sollten die Gebiete um Hebron und Jerusalem besiedelt werden. In Bezug auf die palästinensischen Flüchtlinge äußerte Allon, dass es das Beste für Israel sei, diese im Sinai anzusiedeln.<sup>173</sup>

Der Umgang mit den Flüchtlingen war ebenso kontrovers. Zunächst bestand die Idee, diese in den arabischen Nachbarländern anzusiedeln. Elijahu Sasson, Minister für Polizeiwesen, verwies allerdings auf die Aussichtslosigkeit dieses Unterfangens:

*„Im Laufe von neunzehn Jahren waren wir nicht in der Lage auch nur einen einzigen Flüchtling in einem arabischen Land anzusiedeln. Und sie reden nun davon Flüchtlinge in Marokko, Algerien und anderswo unterzubringen? [...] Solche Entscheidungen sind in meinen Augen absurd.“*

Sasson warnte, dass so etwas den Konflikt nur weiter verschärfen würde.<sup>174</sup> Der Innenminister, Moshe

172 Menachem Begin auf der Kabinettsitzung am 19. Juni 1967. ISA 8164/A-8 Abschnitt 561. S. 31.

173 Jigal Allon, Minister für Arbeit, am 19. Juni in der Kabinettsitzung. ISA 8164/A-8 Abschnitt 561. S. 43-44.

174 Elijahu Sasson, Minister für Polizeiwesen, in der Kabinettsitzung am 18. Juni. ISA 8164/A-7 Abschnitt 553. S. 57.



Abb. 32 Israels Premierministerin Golda Meir zusammen mit Landwirtschaftsminister Chaim Givati (re. Neben G. Meir) während eines Besuchs des Etzion Blocks, Rosh Tzurim, im Februar 1970

Shapira, erwog eine Eingliederung von etwa 200.000 Flüchtlingen in Israel und verwies auf den positiven Eindruck, den Israel damit in die Welt und an die arabischen Staaten aussenden würde.<sup>175</sup> Auch Landwirtschaftsminister Chaim Givati, stellte den politischen Wert hervor und merkte an, dass Israel, wenn es das Flüchtlingsproblem lösen würde: „die Wunde ein für alle Mal geheilt sein wird. Andernfalls wird es nicht möglich sein, den Zustand im Mittleren Osten zu beheben.“ Dies könne im Gazastreifen, dem Westjordanland oder dem Sinai geschehen.<sup>176</sup>

Premierminister Levi Eshkol führte darauf beziehend aus, dass, „falls man sich von [der Idee] der Koexistenz entferne und die Staaten nicht zusammen leben können“ er einen Bevölkerungsaustausch befürworte. Er verwies auf die jüdischen Flüchtlinge, die nach 1948 aus den arabischen Ländern vertrieben wurden:

„Wir haben 100.000 Juden aus dem Irak erhalten, sie werden 100.000 Araber bekommen. Das ist dieselbe Sprache, dieselbe Region, es gibt Wasser und Boden. Vielleicht werden sie das nicht akzeptieren, aber dies ist meiner Ansicht eine richtige und rechtmäßige Forderung.“<sup>177</sup>

Zunächst lehnte Eshkol eine Einigung mit Jordanien ab und kritisierte dessen Haltung gegenüber israelischen Angeboten:

„Ich soll wohl zu Hussein sagen: Entschuldigung, dass wir den Krieg gewonnen haben, den ihr angefangen habt, bitte vergebt uns. Und seid so gut und nehmt die besetzten Gebiete zurück.“<sup>178</sup>

Schließlich befürwortete er allerdings einen Sicherheitsgurt aus israelischen Siedlungen im Jordantal

175 Moshe Shapira, Innenminister, am 19. Juni in der Kabinettsitzung. ISA 8164/A-8 Abschnitt 561. S. 16–17.

176 Chaim Givati, Minister für Landwirtschaft, in der Kabinettsitzung am 18. Juni 1967. ISA 8164/A-7 Abschnitt 553. S. 66.

177 Levi Eshkol, Premierminister, am 19. Juni in der Kabinettsitzung. ISA 8164/A-8 Abschnitt 561. S. 59.

178 Levi Eshkol zitiert in: Segev: 1967. S. 622.

und einen Rückzug Israels aus weiten Teilen der Westbank im Falle eines Friedensabkommens.

Die bestehenden Möglichkeiten, wie mit dem Westjordanland am besten umzugehen sei, kristallisierten sich bereits im Juni 1967 heraus. Neben einer Annexion erschien eine Kooperation mit Jordanien oder eine Teilautonomie der Palästinenser als gangbarer Weg. Israel unterbreitete seine Vorschläge 1968 in verschiedenen Gesprächen mit palästinensischen Vertretern: Autonomie im Westjordanland im zivilen Bereich, die sich auch auf außen- und sicherheitspolitische Aspekte erstrecken würde. Die israelische Armee würde im Jordantal stationiert sein und die Sicherung der palästinensischen Außengrenze zu Jordanien garantieren. Der Gazastreifen war nicht Teil des israelischen Angebots. Jerusalem sollte unter israelischer Kontrolle verbleiben, wobei eine palästinensische Autonomiebehörde ihre Büros dort einrichten könne.<sup>179</sup>

Die palästinensischen und israelischen Vorstellungen waren jedoch zu unterschiedlich. Die Palästinenser forderten Unabhängigkeit, wollten Jerusalem als ihre Hauptstadt und lehnten die israelischen Konzeptionen zur Lösung der Flüchtlingsfrage ab.

Die Gespräche verliefen ergebnislos. Dayan bemerkte zur palästinensischen Ablehnung: „Selbst wenn wir ihnen Berge von Gold offeriert hätten, wären sie misstrauisch geblieben.“<sup>180</sup>

Eshkol reagierte auf die Weigerung der palästinensischen Vertreter mit einer grundsätzlicheren Darlegung seines Standpunktes:

„Wir gehen davon aus, dass dies [Israel] auf der ganzen Welt der einzige Ort für uns ist [...] An irgendeinem Ort, an diesem Ort, werden wir aufhören müssen, eine Minderheit zu sein [...] Ich weiß noch, mit welchen Überlegungen wir als Bewegung unsere ersten Schritte unternahmen, um nach zweitausend Jahren in dieses Land zurückzukehren. Wir glaubten hier in Frieden leben zu können [...] jetzt haben wir den dritten Krieg

179 Vgl. Segev: 1967. S. 615, 621–622.

180 Moshe Dayan zitiert in: Ebd. S. 625.



Abb. 33 Langjährige Verhandlungspartner: König Hussein von Jordanien zusammen mit Shimon Peres, 1996

hinter uns. Mir ist klar, dass wir eines Tages mit dem Kämpfen aufhören müssen, weil es in der Region genug Land gibt. Aber es ist auch offensichtlich, dass am Anfang ihre [die arabische] Bereitschaft stehen muss, die Lage und die Geschichte des jüdischen Volkes zu verstehen.“<sup>181</sup>

### Zwei Optionen: Jordanien oder palästinensische Autonomie

Israels Regierung diskutierte im Anschluss an die Kabinettsitzung zwei grundsätzliche Möglichkeiten: Einerseits eine israelisch-jordanische Übereinkunft, die große Teile des Westjordanlandes unter die Verwaltung Jordaniens stellen sollte. Andererseits erwägte man den Palästinensern eine autonome Verwaltung in Teilen des Westjordanlandes zuzugestehen. Israel verhandelte diesbezüglich mit König Hussein sowie erneut mit palästinensischen Notabeln.<sup>182</sup>

Das politisch rechte Lager hatte durch seine erstmalige Regierungsbeteiligung im Rahmen der Nationalen Einheitsregierung im Juni 1967 an Einfluss gewonnen. Die israelische Rechte, repräsentiert durch Menachem Begin Cherut- und der Nationalreligiösen Partei sprach sich für eine Annexion der eroberten Gebiete aus. Die Arbeiterparteien hingegen waren generell bereit, den Großteil der eroberten Gebiete im Sinne einer Beilegung des Konflikts wieder zu räumen.<sup>183</sup> Doch auch in deren Reihen gab es die Auffassung, dass einige Gebiete behalten werden sollten, um den Sicherheitsbedürfnissen Israels gerecht zu werden. Die verschiedenen Standpunkte in der israelischen Debatte um die Zukunft der neugewonnenen Territorien lassen sich allerdings nur schwer an Parteizugehörigkeiten festmachen. So formierten sich auch überparteiliche Bündnisse, wie bspw. die Bewegung für ein Großisrael oder der linke Zusammenschluss

<sup>181</sup> Levi Eshkol zitiert in: Ebd. S. 623.

<sup>182</sup> Vgl. ebd. S. 622–624.

<sup>183</sup> Mit Arbeiterparteien ist der Zusammenschluss der Parteien Achdut ha'Avoda und Mapai gemeint (1968 kam Rafi hinzu). Diese Parteien (in untersch. Koalitionen) formten bis 1977 alle Regierungen. Vgl. Rabinovich, Reinharz: Israel in the Middle East. S. 3; Mahler, Gregory S.: Politics and Government in Israel. The Maturation of a Modern State. Oxford 2004, S. 160.

ICIPP (Israeli Council for Israeli-Palestinian Peace), bestehend aus nicht politisch assoziierten Intellektuellen sowie Mitgliedern verschiedener politischer Lager. Insbesondere linke israelische Intellektuelle warnten vor den negativen Folgen und möglicherweise korrumpierenden Effekten einer langfristigen Besatzung, von der viele nicht wussten, ob sie „Fluch oder Segen“ sei.<sup>184</sup> Generell war Israel zu einem territorialen Kompromiss bereit, jedoch sollte es „keinen Rückzug ohne Frieden“ geben, wie Amos Oz es ausdrückte.<sup>185</sup> Eine dauerhafte Friedenslösung war das zu erstrebende Ziel, darin waren sich viele Israelis einig, wie eine Umfrage unmittelbar nach dem Krieg ergab, jedoch „nicht um jeden Preis“.<sup>186</sup> Welche Gebiete Teil eines Austauschs nach dem Prinzip „Land für Frieden“ sein sollten, beherrschte fortan den Diskurs.

Unmittelbar in Folge des Sechstagekrieges erfuhr ein Plan, den der Minister für Arbeit, Jigal Allon, vorbrachte große Beachtung. Der so genannte Allon-Plan sah vor, das Jordantal und Gebiete südlich von Hebron in das territoriale Verteidigungssystem einzubinden, während die verbleibenden Gebiete entweder an Jordanien zurückgehen oder den Palästinensern zugeschlagen werden sollten. Obwohl dieser Plan nie als offizielle Regierungspolitik ausgewiesen wurde, entwickelte er sich zur ungeschriebenen politischen Handlungsmaxime der Arbeiterparteien in Bezug auf das Westjordanland.<sup>187</sup>

<sup>184</sup> Jeschajahu Leibowitz warnte in seinem 1968 erschienen Aufsatz The Territories davor, dass die israelische Gesellschaft kolonialistische Züge annehmen könne. Vgl. Leibowitz: The Territories, in: Judaism, Human Values and the Jewish State. Cambridge, London 1992. S. 225, 226; Andere Intellektuelle wie Saul Friedländer und Abraham B. Jehoschua sprachen sich in ihrem ‚Manifest der Tauben‘, vom 12. Mai 1968, gegen eine Besatzung aus. Vgl. Segev: 1967. S. 691.

<sup>185</sup> Amos Oz zitiert in: Ebd. S. 655.

<sup>186</sup> So sagte es Jitzchak Rabin, zitiert in: Ebd. S. 660; Zur Umfrage vgl. ebd. S. 659

<sup>187</sup> Morris: Righteous Victims. S. 330; Die ‚drei Neins‘ von Khartum, im September 1967, verhinderten eine Übereinkunft mit Jordanien. Weiter wurde die Option jordanischer Verwaltung des Westjordanlands 1974 auf dem arabischen Gipfel in Rabat, Marokko, eingeschränkt, auf dem die PLO den Alleinvertretungsanspruch der Palästinenser zugiebilligt bekam. Vgl. entsprechende Resolution in: Rabinovich, Reinharz: Israel in the Middle East. S. 342. Vorerst endgültig scheiterte die ‚Jordanische Option‘ 1988, als König Hussein sämtliche



Abb. 34 Jassir Arafat (Mitte), Jitzchak Rabin (li.) und Shimon Peres (re.), 1994

## Die Verhandlungen mit Jordanien nach 1967

Die israelisch-jordanischen Beziehungen gehen zurück bis in die Zeit des Jischuv. Wenn auch meist im Verborgenen, kooperierten beide Länder auf einer pragmatischen Ebene. Es bestand eine klandestine Zusammenarbeit im landwirtschaftlichen Bereich im Jordantal und zudem Projekte im Zusammenhang mit den Mineralien des Toten Meers, Elektrizität, Wasser und Tourismus.

Vor Ausbruch des Sechstagekrieges hatte Israel Jordanien zwei Warnungen zukommen lassen, dem Kriegsgeschehen fernzubleiben. Jordanien griff Israel im Juni 1967 trotzdem an. Gleichwohl nahmen Israel und Jordanien bereits kurz nach Kriegsende erneut diplomatische Kontakte auf. Als sich der israelische Gesandte Jaakov Herzog bereits drei Wochen nach dem Sechstagekrieg, am 2. Juli 1967, zu ersten Sondierungen mit König Hussein traf, sagte ihm dieser, dass Jordanien sich aus dem Krieg nicht hatte raushalten können, um seine Stellung in der arabischen Welt nicht zu gefährden.<sup>188</sup>

Die Frage des Westjordanlandes bestimmte die israelisch-jordanischen Gespräche. Jordanien beanspruchte das Westjordanland für sich, allerdings wollte auch die regierende Arbeiterpartei Israels zumindest Teile davon behalten. Trotz dieses Gegensatzes bestanden weiterhin gemeinsame Interessen. In Fragen der politischen Anschauung teilten beide Staaten eine prowestliche Ausrichtung. Regimen wie denen in Syrien oder im Irak waren beide Staaten aus einer strategischen Perspektive heraus abgeneigt. Des Weiteren sahen beide in den Palästinensern einen gemeinsamen Gegner.<sup>189</sup>

Viele Palästinenser lebten in Folge der Kriege 1948 und 1967 in Jordanien. Bewaffnete palästinensische

Gruppen, darunter Kämpfer der PLO, errichteten einen „Staat im Staate“ in Jordanien und erklärten Teile im Norden Jordaniens als „befreites Land“.<sup>190</sup> Nachdem die PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine) mehrere Flugzeuge nach Jordanien entführt und ein Attentat auf König Hussein verübt hatte, eskalierte der Konflikt 1970. Syrien, mit der Absicht den Palästinensern zu helfen und die Herrschaft Husseins zu stürzen, rückte mit Panzern nach Jordanien vor. Auf eine amerikanische Bitte hin mobilisierte Israel seine Armee, um Syrien von einem weiteren Vormarsch abzuschrecken.<sup>191</sup> Israels Absicht war es Hussein zu stützen. Jerusalem fürchtete gleichermaßen einen PLO-regierten Staat an seiner Ostgrenze sowie zunehmenden syrischen Einfluss. Die Ereignisse des September 1970, in deren Verlauf jordanische Truppen tausende (laut Arafat seien es 10.000 Palästinenser gewesen, Jordanien sprach von 3.400 Opfern) Palästinenser töteten, wurden als „Schwarzer September“ bekannt. Da Israel ein Eingreifen Syriens verhinderte, konnte eine Destabilisierung Jordaniens bzw. eine Entmachtung König Husseins durch palästinensische Gruppen vereitelt werden. Am Ende hatte König Hussein seine Macht wieder konsolidieren können. Die palästinensischen Gruppen, darunter Arafats PLO, wurden des Landes verwiesen.<sup>192</sup>

Trotz zeitweiser Kooperation erwies sich das israelisch-jordanische Verhältnis als schwierig. Das israelische Kabinett verfolgte weiterhin zwei Möglichkeiten: die „Jordanische Option“, die eine Wiederherstellung jordanischer Verwaltung im Westjordanland gegen Frieden und Anerkennung vorsah, war neben einer palästinensischen Autonomieregelung Ziel israelischer Verhandlungen.

Jordanien war irritiert von Israels zweigleisiger Strategie, d.h. den israelisch-palästinensischen Konsultationen über eine palästinensische Autonomie. Hussein trat in eigene Verhandlungen vis-à-vis den Palästin-

Verbindungen ins Westjordanland aufkündigte. Siehe Morris: Righteous Victims. S. 605.

188 Vgl. das Gespräch Jaakov Herzogs mit König Hussein, in: Segev: 1967. S. 607–613, 610–611.

189 Morris: Righteous Victims. S. 629–630.

190 Lukacs: Israel, Jordan and the Peace Process. S. 111–112.

191 Vgl. ebd. S. 112–114; Das Attentat schrieb König Hussein der PFLP zu. Diese bestritt eine Verwicklung, vgl. ebd. S. 112.

192 Vgl. ebd. S. 4, 111, 116.

sern und verkündete im März 1972 den „Föderations Plan“, ein vereintes jordanisches Königreich, das die Westbank miteinschloss. Dieser Plan war ein Signal an Israel, seine Versuche, eine palästinensische Autonomie zu installieren, zu beenden. Die Knesset verabschiedete daraufhin eine Resolution, die das „historische Recht auf das Land Israel“ – dies beinhaltet implizit das Westjordanland – formulierte. Diese Referenz stellte eine Belastung für die jordanisch-israelischen Beziehungen dar.<sup>193</sup>

Bis 1974 kamen Israel und Jordanien zu keiner Übereinkunft. Kurz darauf konfrontierten die arabischen Staaten beide Länder mit einem *fait accompli*. Ein auf der Arabischen Gipfelkonferenz gefasster Entschluss negierte Jordaniens Ansprüche auf das Westjordanland.<sup>194</sup> Die gefasste Resolution erklärte die PLO zum alleinigen und rechtmäßigen Vertreter der Palästinenser im „gesamten befreiten palästinensischen Territorium.“ Für die haschemitische Dynastie stellte dies einen Affront dar, sah diese sich doch als legitimer Herrscher im Westjordanland und die PLO im Widerspruch zu den eigenen Interessen.<sup>195</sup>

In den achtziger Jahren begann ein erneuter Versuch, eine Lösung für die Westbank zu finden. Israel und Jordanien unternahm zwei Versuche (1985 und 1987), eine jordanisch-palästinensische Föderation in der Westbank zu verwirklichen. Der palästinensische Präsident Jassir Arafat wies die Initiativen jedoch zurück.<sup>196</sup> 1988 fing die Erste Intifada in den palästinensischen Gebieten an. Sie richtete sich in erster Linie gegen Israel. In deren Verlauf nahm aber auch der Druck auf Jordanien zu. Ein erstarkter palästinensischer Nationalismus wendete sich zunehmend gegen Jordaniens Einflussnahme, d.h. eine „Jordanisierung“ der Palästinensergebiete. Jordanien – dessen

Bevölkerung bereits zu etwa 50% aus Palästinensern besteht<sup>197</sup> – suchte den Zuzug weiterer Palästinenser zu vermeiden. Zudem befürchtete man in Amman, dass die Intifada überschwappen könnte. Dies veranlasste König Hussein dazu, im Juli 1988 jedweden Anspruch auf das westliche Ufer des Jordans fallen zu lassen. Dadurch war die in Jerusalem diskutierte „Jordanische Option“ gescheitert.<sup>198</sup> Die Vereinigten Staaten begannen 1991 eine Friedensinitiative im Nahen Osten und initiierten eine Konferenz in Madrid. Der Sieg im Golfkrieg und die Befreiung Kuwaits von irakischen Truppen verliehen der US-Initiative zusätzliches Gewicht in der Region. Auch Jordanien nahm an den multilateralen Verhandlungen teil.<sup>199</sup>

Israelische und jordanische Diplomaten verständigten sich in den Folgejahren unter US-Vermittlung über den Grenzverlauf, Wasserressourcen und wirtschaftliche Kooperationen. Schließlich führten direkte Verhandlungen beider Staaten im Oktober 1994 zum israelisch-jordanischen Friedensvertrag.<sup>200</sup> Auch dieser Friedensvertrag hält wie derjenige mit Ägypten bis heute an.

193 Ebd. S. 117–123.

194 Vgl. ebd. S. 134–135.

195 Vgl. Protokoll der 7. Arabischen Gipfelkonferenz in Rabat am 9. Oktober 1974, in: Rabinovich, Reinhartz: Israel in the Middle East. S. 342–343; Vgl. Lukacs: Israel, Jordan and the Peace Process. S. 137.

196 Rubin, Barry: Israel an Introduction. New Haven, London 2012. S. 43.

197 Vgl. zur Bevölkerung Jordaniens [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes\\_Uebersichtsseiten/Jordani-en\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/01-Nodes_Uebersichtsseiten/Jordani-en_node.html) (Eingesehen am 05.01.2017).

198 Rubin: Israel. S. 43; Die anderen arabischen Staaten machten zudem ihre Nichtakzeptanz von Jordaniens Anspruch auf das Westjordanland deutlich. Die fehlende Unterstützung für Husseins Anliegen war ein weiterer Grund für ihn, seinen Anspruch aufzugeben. Vgl. Tessler: A History. S. 717–718; Lukacs: Israel, Jordan and the Peace Process. S. 174–175.

199 Jordanien hatte die amerikanisch geführte Koalition gegen den Irak am 6. Februar 1991, während der Operation Wüstensturm, verlassen und dem Irak seine Unterstützung zugesagt. Dies evtl. auch aus Furcht vor irakischer Vergeltung gegen Jordanien. Dies und die israelisch-palästinensische Annäherung in Oslo 1993 bestärkten die Auffassung in Amman, mit Israel zu einer Friedensregelung zu kommen, um die eigene Position zu stärken und sich der Unterstützung der Amerikaner zu vergewissern, die eine diplomatische Lösung Israels und Jordaniens befürworteten. Vgl. Morris: Righteous Victims. S. 630–631; Siehe auch Baram, Amatzia: „Baathi Iraq and Hashimite Jordan. From Hostility to Alignment“, in Middle East Journal, Vol. 45, Nr.1, 1991. S. 51–70.

200 Vgl. Rabinovich, der die Wichtigkeit der direkten Gespräche betont, in: Rabinovich: Waging Peace. S. 60; Morris: Righteous Victims. S. 631–632; Vgl. zu israelisch-jordanischen Kooperationen vor und nach dem Abkommen, Lukacs: Israel, Jordan and the Peace Process. S. 73–93, 194–199.



## Fazit

Die Diskussion zum finalen Status der Westbank wurde angesichts der großen Disparitäten am 19. Juni 1967 vertagt. Letztlich wurde Jigal Allons Plan zu weiten Teilen verwirklicht, auch wenn dies nie als offizielle Regierungspolitik erklärt wurde. Es entstanden zunächst Siedlungen entlang des Jordans und im Raum Hebron, dem Etzion Block und Jerusalem. Auf die Entwicklungen im Westjordanland wird detailliert im nächsten Kapitel eingegangen.

Die von der israelischen Knesset im Juni 1967 diskutierten Vorschläge, die eine Lösung der im Sechstagekrieg geschaffenen neuen Situation bewirken sollten, haben sich im Laufe der Jahre nur wenig verändert. Die Problematiken sowie die grundsätzlichen Ideen zu ihrer Bewältigung, wie sie seitdem in politischen Verhandlungen zwecks einer Beendigung des israelisch-arabischen Konflikts diskutiert werden, sind noch immer dieselben.

# DAS WESTJORDANLAND: VOM SECHSTAGEKRIEG BIS ZUM OSLOER FRIEDENSPROZESS

VON DAVID LABUDE

## Die erste Siedlung

Ende September 1967 kam es zur Errichtung der ersten israelischen Siedlung im Westjordanland, in der Nähe des einstigen jüdischen Dorfes Kfar Etzion, das zwischen Bethlehem und Hebron lag. Der Etzion Block (gush etzion), wie die nebeneinandergelegen jüdischen Dörfer genannt wurden, war 1948 von der jordanischen Armee zerstört und seine Bewohner ermordet oder vertrieben worden. Etwa zwanzig Jahre danach machte sich eine Gruppe junger Israelis auf, um Kfar Etzion wieder aufzubauen. Es handelte sich hierbei teils um die Kinder und Waisen ehemaliger Bewohner. Die Wiederbesiedlung Kfar Etzions erfuhr breite Unterstützung in Israel. Sie wurde nicht als Besatzung, sondern als „Rückkehr der Söhne“ in ihre einstige Heimat empfunden.<sup>201</sup> U.a. Levi Eshkol und Jigal Allon setzten sich persönlich dafür ein und unterstützten die jungen Siedler.<sup>202</sup>

Zuvor, im Juli 1967, hatte sich ein weitgehend säkulares Bündnis aus Mitgliedern der Arbeiterparteien sowie der politischen Rechten und Intellektuellen gebildet. Ihm gehörten Persönlichkeiten wie der Poet Nathan Alterman, der Schriftsteller Chaim Guri, Jitzchak Tabenkin (Mapam, Avoda) und Avraham Joffe (Likud) an. Das Bündnis, das sich „Bewegung für ein Großisrael“ nannte, sprach sich für einen Verbleib Israels in den im Juni 1967 eroberten Gebieten aus.<sup>203</sup> Ihre Motive waren einerseits strategischer Art, aber auch religiös und historisch begründet.<sup>204</sup>

Parallel dazu begann sich eine Bewegung zu formieren, die die Eroberungen des Sechstagekrieges, als den

Beginn einer „göttlichen Erlösung“ begriff.<sup>205</sup> Strategische Aspekte waren für sie zweitrangig. Ihrer Ansicht nach waren sie dazu auserkoren, „das nächste Kapitel der Bibel“ zu schreiben.<sup>206</sup> Die Annexion der Gebiete war ihnen zufolge Gottes Wille. Die neue Siedlerbewegung formierte sich u.a. um Chanan Porat, Yoel Ben-Nun, Rabbi Zwi Jehuda Kook und Rabbi Moshe Levin-ger. Diese Gruppe begründete im Februar 1974 Gush Emunim, den „Block der Getreuen“, die größte israelische Siedlerorganisation, deren Ziel die Inbesitznahme großer Gebiete des biblischen Israels (eretz israel) ist. Die Nationalreligiöse Partei (NRP) unterstützte die Siedler auf politischer Ebene. Die frühe Siedlerbewegung inszenierte ihre Aktionen spektakulär: Neben politischer Einflussnahme durch die NRP wurden ihre Unternehmungen von Zeitungsveröffentlichungen und Demonstrationen sekundiert. Mit dieser Agitation übten sie bei ihren Aktivitäten stets Druck auf die israelische Regierung aus, den Siedlungsbau voranzutreiben.<sup>207</sup>

Ihre erste Unternehmung war der Versuch der Wiederbesiedlung Hebrons. In Hebron befindet sich die Höhle der Patriarchen – das Grab Abrahams, Isaaks und Jakobs sowie deren Frauen Sarah, Rebekka und Leah –, weswegen dem Ort eine wichtige religiöse Bedeutung zukommt. Hebron beheimatete zudem eine große jüdische Gemeinde, bis palästinensische Araber dort 1929, aufgehetzt durch den Mufti von Jerusalem, ein Massaker verübten, dem etwa 67 Juden zum Opfer fielen. Die überlebenden Juden flohen aus der Stadt.<sup>208</sup> Rabbi Zwi Jehuda Kook war Überlebender des Massakers und er forderte 1968, in Hebron eine neue Jeschiwa, eine Religionsschule, aufbauen zu dürfen. Zunächst gewährte die Regierung Eshkol einer Gruppe Siedlern um Rabbi Leviner nur, in einem Hebroner Hotel einen traditionellen jüdischen Sederabend, anlässlich des Pessachfestes, auszurichten. Die Gruppe weigerte sich jedoch, am nächsten Tag, wie zuvor vereinbart worden war, wieder zu gehen und hisste stattdessen eine israelische Fahne auf dem Hoteldach. Diese symbolische Handlung markiert den Auftakt der jüdischen Wiederbesiedlung Hebrons.

201 So die israelische Tageszeitung Maariv vom 27. September 1967, in: Segev S. 688.

202 Morris: Righteous Victims. S. 333; Segev: 1967. S. 688.

203 Morris: Righteous Victims. S. 331.

204 Die für die Bewegung unterschiedlichen Motive werden in einem Zeitungsartikel Nathan Altermanns deutlich, in dem er äußerte, dass der Sieg im Sechstagekrieg den Unterschied zwischen dem Staat Israel (medinat israel) und dem Land Israel (eretz israel) ein für alle Mal nichtig gemacht habe. Zum ersten Mal seit der Zerstörung des Zweiten Tempels (70 n. Chr.) sei Eretz Israel wieder in der Hand der Juden. Der Staat und das Land seien fortan eine Wesenseinheit (mahut). Altermanns Veröffentlichung gilt als wegbereitend für die Gründung der Bewegung. Vgl. Altermann, Nathan: Gegenüber einer Wirklichkeit die unvergleichlich ist (mul meziut she'en la ach) in: Maariv 16. Juni 1967; Die Bewegung für ein Großisrael löste sich 1976 auf; Vgl. zudem die Gründungserklärung der Bewegung bei Persico, Tomer: Der Anfang von Gush Emunim, ein Inneneinblick – Interview mit Gideon Aran (reshito shel gush emunim, mabat mi'bifnim – reayon im gideon aran) <https://tomerpersico.com/tag/תזן-פורת/> (Eingesehen am 5. Januar 2017).

205 Morris: Righteous Victims. S. 331.

206 So Chanan Porat, als er am 7. Juni 1967 mit seinem Fallschirmjägerregiment den Tempelberg befreite. Zitiert, in: Halevi: Like Dreamers. o.S.

207 Vgl. Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 31; Die Taktiken der Siedler ändern sich. Setzten sie anfangs auf Agitation, wurden ihre Aktionen später klandestiner und sie setzten auf den Moment der Überraschung. Vgl. ebd. S. 37.  
208 Mallmann, Klaus-Michael und Cüppers, Martin: Halbmond und Hakenkreuz. Das Dritte Reich, die Araber und Palästina. Darmstadt 2006. S. 19.



Abb. 36 Eine Gedenkveranstaltung ehemaliger Bewohner Kfar Etzioms im August 1968, an der Stelle, wo sich die Siedlung vor ihrer Zerstörung durch jordanische Truppen befunden hatte

Die israelische Regierung war darüber gespalten, wie mit den Siedlern umgegangen werden sollte. Schließlich wurde ihnen gestattet im Park Hotel zu verbleiben und eine Jeschiwa zu errichten. Weitere Geschäfte kamen hinzu. Die Gruppe um Rabbi Leviner berief sich bei den Übernahmen von Geschäften in der Hebron Altstadt stets darauf, dass diese Läden zuvor in jüdischem Besitz gewesen waren. Zum Schutz der Siedler wurden Soldaten in das Zentrum Hebrons verlegt. Nach zahlreichen Zusammenstößen mit der palästinensischen Bevölkerung mussten arabische Familien aus umliegenden Häusern ausziehen, und es wurde eine Sicherheitszone um das entstehende jüdische Viertel in Hebron geschaffen. Schließlich wurden angrenzende Ländereien unter Anführung „militärischer Gründe“ beschlagnahmt. Hierauf entstand das jüdische Viertel Hebrons: Kiryat Arba.<sup>209</sup>

Was sich in Hebron abgespielt hatte, wurde beispielhaft für die Besiedlung des Westjordanlandes: Zunächst begaben sich Siedler – teils unter Anwendung von massivem Druck auf die Regierung – an einen Ort, der anschließend, aufgrund ihrer Präsenz, von der israelischen Armee geschützt werden musste. Die Abneigung der israelischen Regierung, eine gewaltsame Vertreibung von Juden aus diesen Orten zu autorisieren, war ausschlaggebend für deren Verbleib. Die Siedler machten deutlich, dass sie ohne Gewalt nicht gehen würden.<sup>210</sup> Oftmals erhielten sie dann logistische Unterstützung seitens des Militärs. Im Anschluss daran wurde der Ort und evtl. umliegendes Land aufgrund „militärischer Notwendigkeiten“ konfisziert, was den Weg für den Ausbau einer jüdischen Siedlung ebnete.<sup>211</sup> Die Siedler – mit der zögerlich gewährten Unterstützung der Regierung – schafften damit tief im Westjordanland Tatsachen, die im Widerspruch zu den Absichten des Allon-Plans standen.

209 Vgl. zu den Ereignissen in Hebron: Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 17–29; Paradoxerweise profitierten ausgerechnet Palästinenser wirtschaftlich vom Siedlungsbau in Hebron, da sie damit ihr Geld verdienten. Vgl. ebd. S. 27.  
210 Morris: Righteous Victims. S. 334.

211 Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 20–21.

## Die konzeptionellen Grundlagen von Gush Emunim

Der Entstehung der nationalreligiösen Siedlerbewegung gingen zwei konstituierende Ereignisse voraus, die ihr die initiale Kraft verliehen: der Sechstagekrieg 1967 sowie der Jom-Kippur-Krieg 1973. Ihr Zuspruch war auf gesellschaftliche Entwicklungen zurückzuführen. So waren es die extrem gegensätzlichen Kriegsverläufe, die ihr Auftrieb gaben. Auf die große Euphorie nach dem triumphalen Sieg 1967 folgte 1973 existentielle Furcht und Verzweiflung. Zwar gewann Israel den Jom-Kippur-Krieg letztlich, trotzdem verursachte er ein kollektives gesellschaftliches Trauma.<sup>212</sup> Er bewirkte einen Vertrauensverlust gegenüber Israels politischer Führung, den Arbeiterparteien, sowie eine Identitätskrise, die zu einer Infragestellung des klassisch-zionistischen Wertesystems führte.<sup>213</sup>

Mit der Eroberung des Westjordanlandes 1967 verfestigte sich insbesondere bei nationalreligiösen Israelis der Wunsch, diese Gebiete zu behalten. Jedoch fehlte zu diesem Zeitpunkt eine breite gesellschaftliche Unterstützung, diesen zu verwirklichen. Zudem untersagte die regierende Arbeiterpartei in der Regel Siedlungsaktivitäten nationalreligiöser Gruppen.<sup>214</sup>

212 Vgl. Ben-Zeev, Efrat und Lomski-Feder, Edna: Kanonische Generation: Zwischen dem Nationalen und dem Privaten in der Erinnerung der Kämpfer von 1948 und Jom-Kippur (hebr. dor kanoni: ben ha'leumi le'ven ha'frati be'sichronot shel lochamei tashach ve jom kipur), in: Megamot, Nr. 2, 2015, S. 7–28. S. 10–11, 19–22; Die negativen Einwirkungen des Jom-Kippur-Krieges auf einer kollektiven Ebene, d.h. auf gesellschaftliche Prozesse, Beziehungen, Institutionen, Netzwerke und Praktiken, war groß genug um das soziale Gefüge Israels nachhaltig zu beeinträchtigen. Dies bewirkte gesellschaftliche Transformationsprozesse, welche teils als soziopathisch beschrieben werden können. Trifft dies zu, so Bloom, kann von einem kollektiven Trauma ausgegangen werden. Vgl. Bloom, Sandra L.: By the Crowd They Have Been Broken, By the Crowd They Shall Be Healed: The Social Transformation of Trauma, in: Tedeschi, Richard G. et al.: Posttraumatic growth: Theory and Research on Change in the Aftermath of Crisis. Mahwah, New Jersey. 1998. S. 179–213.

213 Vgl. Ashkenazi, Motti: Die Aufgaben der Nonkonformistischen-Bewegungen (tafkidey tnu'ot i-ha'hashlama), Haaretz, 7. Juni 1974; Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 30–31.

214 Die Arbeiterregierung gestattete für gewöhnlich nur Siedlungen in Teilen



Abb. 37 Tova Felix, Mitglied der ersten Gruppe von jüdischen Siedlern in Hebron, Oktober 1968

Der Jom-Kippur-Krieg änderte dies. Israels Beinahe-Niederlage 1973 wurde den Arbeiterparteien angelastet. Sie hatten in den Augen vieler Israelis versagt. Ihre Autorität war geschwächt. Israels politische Krise wurde von einer psychologischen Krise, ausgelöst durch das existentielle Trauma von 1973, begleitet. Erst das in Folge des Krieges von 1973 entstandene Klima verschaffte der neuen Strömung Geltung.<sup>215</sup>

Die Siedlerbewegung führte Israels Beinahe-Niederlage auf eine angebliche Sinnkrise zurück. In ihren Augen hatte Israel einen spirituellen Niedergang erlebt: Auf die sozialistischen Pioniere am Anfang der zionistischen Besiedlung Palästinas (1882–1923) sei ein Zionismus voller Selbstgefälligkeit gefolgt, dem eine aufgrund seines säkularen Charakters immanente Schwäche des Willens unterstellt wurde. „Warum“, schrieb Chanan Porat, Mitbegründer Gush Emunims:

„würden junge Israelis zunehmend individualistischer, [warum] entfremden sie sich von den Pionierleistungen des Zionismus? Der Grund ist das [...] Versäumnis des säkularen Zionismus, sein Versprechen einer Normalisierung des jüdischen Schicksals einzulösen. Das israelische Volk hatte dies nach dem Kampf um die Staatsgründung erwartet. Sein Existenzrecht sollte schließlich von den Nationen anerkannt werden, einschließlich der arabischen Nationen. Es sollte ihnen gestattet sein ein normales, ruhiges Leben zu leben, wie alle Nationen [...] Aber nun, eine Generation nach Gründung des Staates, wird klar, dass der Kampf ums Überleben und um Legitimität weitergeht. Das Resultat ist wachsende Desillusionierung unter Israelis in Bezug auf die Grundannahme [...] des klassischen Zionismus, der Israel als eine ‚sichere Zufluchtsstätte‘ und als eine Lösung für [das Problem] des Antisemitismus sah.“

des Westjordanlandes, die vor 1948 von Juden bewohnt worden waren oder eine sicherheitsrelevante Funktion erfüllten. Dementsprechend wurden vorerst Siedlungsversuche, u.a. in Sebastia und Hawara verhindert. Vgl. Zertal Eldar: Lords of the Land. S. 13, 31–32.

215 Shavit: My Promised Land. S. 202, 204–205; Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 42.

Die Lösung sei, so Porat:

„eine Rückkehr zum klassischen jüdischen Denken, das vom säkularen Zionismus verbannt wurde und welches den Schlüssel zum Verständnis der Einzigartigkeit und des Schicksals des Volkes Israel und des Landes Israel enthält. Der Prozess der Rückkehr der Nation in ihr Land ist eine wesentliche Stufe im Prozess der Erlösung, welche die Propheten Israels vorhergesagt hatten und nach der die Nation sich im Exil so lange gesehnt hatte.“

Dieses von Chanan Porat verfasste Manifest der Gush Emunim Bewegung rief zur sofortigen Annexion der im Sechstagekrieg eroberten Gebiete auf.<sup>216</sup> Eine Annexion war dem Verständnis der Siedlerbewegung nach keine Besetzung, denn wie könnte „das jüdische Volk ein Besitzer in seinem eigenen Land sein!“<sup>217</sup>

Ihrem Selbstbild nach verstanden sich die nationalreligiösen Siedler als Pioniere eines vergessenen zionistischen Ideals, das sie wiederbeleben und um eine religiöse Dimension erweitern wollten. Nur die Dualität aus „nationalem Eifer und religiösem Glauben“ könne Israel retten.<sup>218</sup> Es war „ein Kampf um den Geist des großen Wiedererwachens“ des Zionismus.<sup>219</sup> Der säkulare Zionismus habe es demnach versäumt, die Berge zu erklimmen und sei stattdessen in der Ebene Palästinas verblieben. In den Bergen Samarias befände sich aber der Ursprung des Judentums: „das Land der Väter“. Diesem ideologischen Konzept folgend, wurde das Westjordanland zum Ziel der neuen Bewegung, auf dessen Bergen sie die Fackel eines religiösen

216 Manifest des Gush Emunim, zitiert in: Halevi: Like Dreamers. S. 273–274.

217 Ein Kommentar eines führenden Siedlungsaktivisten als Antwort auf einen Artikel Amos Oz' zu den negativen Auswirkungen der Besetzung, zitiert in: Halevi: Like Dreamers. S. 187.

218 Ben Meir, Yehuda: The Ideology of the National Religious Party, in: Rabinovich, Itamar und Reinhartz, Jehuda (Hg.): Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present. Waltham, Massachusetts 2008. S. 301–305, S. 301.

219 Gush Emunim, Opinion Paper, Januar 1978, in: Rabinovich, Itamar und Reinhartz, Jehuda (Hg.): Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present. Waltham, Massachusetts 2008. S. 305–307, S. 306.



Abb. 38 Die Anführer der Gush Emunim Bewegung Rabbiner Moshe Levinger (li.) und Chanan Porat (re.) feiern mit weiteren Anhängern einen Erlass, der ihnen gestattete, im Westjordanland zu verbleiben, 8. Dezember 1975

Zionismus zu entzünden gedachte. Für sie war der „Zionismus der Ebene“ zum Scheitern verurteilt. Nur durch eine Rückbesinnung auf das Judentum könne Israel gerettet werden.<sup>220</sup>

Um die Siedlungstätigkeiten zu koordinieren, wurde im Februar 1974 die Organisation Gush Emunim gegründet.<sup>221</sup> Mithilfe der Nationalreligiösen Partei entwickelte sich Gush Emunim schnell zur führenden Kraft der rechtsgerichteten Siedleraktivisten, die die Arbeiterregierung durch ihren Expansionismus in eine permanente Abwehrhaltung drängte.<sup>222</sup> 1980 wurde der „Jescha-Rat“ konstituiert. Dieser ist die Nachfolgeorganisation des Gush Emunim und der politische Arm der Siedlerbewegung, der sich seither für deren Interessen in Israel einsetzt.<sup>223</sup>

Im April 1975 errichteten Siedler der Gush Emunim Bewegung die erste Siedlung in Samaria, im nördlichen Westjordanland, in einem ehemaligen jordanischen Armeestützpunkt: Ofra.

Die Siedlung wurde zum Innbegriff des religiös motivierten Zionismus, wie einst En Charod als Zentrum der sozialistischen Kibbuzbewegung galt.<sup>224</sup>

220 Jehuda Etzion, Mitbegründer von Ofra, zitiert in: Shavit: My Promised Land. S. 208, 214.

221 Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 186.

222 Morris: Righteous Victims. S. 332.

223 ‚Jescha‘ ist ein hebräisches Akronym und steht für: Jehuda, Shomron, Asa (Judäa, Samaria, Gaza). Die Bedeutung des Akronyms ist: Heil bzw. Erlösung. Das ‚A‘ (für Gaza) im Namen wurde trotz des israelischen Rückzugs aus dem Gazastreifen 2005 nicht fallen gelassen, um den, in den Augen der Siedler, weiterhin bestehenden Anspruch darauf, deutlich zu machen. Zudem erhofft man sich eine Rückkehr dorthin. Der Jescha-Rat verwaltet 24 Kommunen in den o.g. Gebieten (mit Gaza wären es 25). Vgl. die Internetseite des Jescha-Rates: <http://www.myesha.org.il/?CategoryID=167> (Eingesehen am 4. Januar 2017); Vgl. außerdem Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 70–71; Halevi: Like Dreamers. S. 358–359.

224 Vgl. Shavit: My Promised Land. S. 210–211; Pinchas Wallerstein bezeichnet Ofra als die „Mutter aller Siedlungen“, vgl. ebd. S. 214; Das Kibbuz En Charod (gegr. 1921) war das Hauptquartier der Kibbuzbewegung. In En Charod wurde die organisatorische und planerische Basis für die Erschließung und Urbarmachung weiterer Ländereien im Mandatsgebiet Palästina seit dem Beginn der 1920er Jahre gelegt. 1927 wurde in En Charod die Organisation ‚Vereinigte Kibbuzbewegung‘ (ha'kibuz ha'me'uchad) begründet, die auf zionistischen und

Zu Zeiten der Hasmonäer (145 v. Chr.) war Ofra eine Provinzhauptstadt im jüdischen Königreich.<sup>225</sup> Als erste Siedlung in Samaria geht der Name Ofra auf das biblische Buch Josua (Jos 18, 23) zurück. Dort wird beschrieben, wie der Nachfolger Moses, das von Gott verheißene Land westlich des Jordan an die Stämme Israels verteilte. Die Gush Emunim Aktivisten sahen sich als die Nachfolger der frühen zionistischen Landbesiedlung vor der Staatsgründung Israels. Auch in Ofra wurde wie in den frühen Kibbuzim das Prinzip „jüdischer Arbeit“ praktiziert.<sup>226</sup> Waren die frühen Zionisten sozialistisch eingestellt, handelten die „neuen Siedler“ als Erfüller eines göttlichen Auftrages.<sup>227</sup>

Die politischen Ereignisse des Jahres 1975 verschafften der Siedlerbewegung weiteren Zuspruch. Im März 1975 griffen palästinensische Terroristen das Savoy Hotel in Tel Aviv an und ermordeten zahlreiche Gäste. Eine Verurteilung der Vereinten Nationen blieb aus. Jassir Arafats internationale Position – damals war er Vorsitzender der PLO – verbesserte sich hingegen stetig.<sup>228</sup> Außerdem befand sich das israelisch-amerikanische Verhältnis an einem Tiefpunkt. Die USA waren zudem in Asien in der Defensive und zogen sich aus Kambodscha und Südvietnam zurück, die an vom Ostblock unterstützte Kräfte fielen. Viele Israelis fürchteten, dass die Vereinigten Staaten Israel ebenso im Stich lassen könnten.

sozialistischen Prinzipien beruhte und als ein Dachverband der Kibbuzim bis 1980 fungierte.

225 Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 32.

226 Shavit: My Promised Land. S. 212.

227 So äußerte Rabbi Zwi Jehuda Kook, dass der zukünftige „Staat Israel eine göttliche Entität, unser heiliger, erhabener Staat“ sei. „Seine Gründung“ sei wie „der Sockel des Thrones Gottes in dieser Welt.“ Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 193.

228 Am 22. November 1974 erhielt die PLO bspw. Beobachterstatus bei den Vereinten Nationen. Vgl. United Nations General Assembly, Session 29, Resolution 3237. Observer status for the Palestine Liberation Organization A/RES/3237(XXIX).



Abb. 39 Menachem Begins Konterfei auf einem Wahlplakat 1977. Die Likud-Partei gewann 1977 erstmalig in Wahlen zur Knesset

Die, als solche empfundene, Handlungsschwäche des Westens und ein Gefühl der Isolation brachten viele Israelis dazu, die Ziele der Siedler zu befürworten. Einige, wie der damalige Verteidigungsminister Shimon Peres, sahen sie gar als „wahre Idealisten“.<sup>229</sup>

Ofra war der Ausgangspunkt weiterer Siedlungsprojekte im Westjordanland. Es entstanden u.a. Ma'ale Adumim (1975), Kedumim (1975) und Bet El (1977). Jede politische Andeutung der israelischen Regierung, Land für Frieden einzutauschen, bestärkte die Siedler in ihrem Handeln: Israels Annäherung an Ägypten 1979 in der Frage des Sinai führte bspw. zu einer Intensivierung der Siedlungsaktivitäten. Es bestand die Furcht, dass auch das Westjordanland oder der Gazastreifen eines Tages zurückgegeben werden könnten.

### Die Wende (mahapach)<sup>230</sup> 1977: Der Likud kommt an die Macht

Die Situation im Westjordanland und im Gazastreifen änderte sich erheblich, als die Likud-Partei nach den Wahlen 1977 die Regierung übernahm. Im Gegensatz zu den Arbeiterparteien, die Israels Präsenz in Gaza und der Westbank mit Sicherheitsbedürfnissen begründet hatten und die diese zumindest nicht als dauerhaft definierten, war es das Ziel des Likud, an diesen Gebieten festzuhalten. Der Staat förderte den Ausbau und die Gründung neuer Siedlungen.

Der Rückgriff auf das osmanische Landrecht von 1858, demzufolge Grund und Boden, welcher nicht kultiviert wurde, automatisch in staatlichen Besitz übergehend, ermöglichte Israel die Aneignung zahlreicher Territorien, die entweder nicht registriert oder unkultiviert waren.<sup>231</sup>

Außerdem wurden zunehmend sicherheitsrelevante Erwägungen angeführt, um Territorien zu konfiszieren:

„Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Präsenz von Siedlungen in den Gebieten – sogar zivile Siedlungen – mit Bürgern der Besatzungsmacht [...] einen wertvollen Beitrag zur Sicherheit [...] leisten und der Armee bei der Erfüllung ihrer Rolle helfen. Man muss kein Experte in Militär- oder Sicherheitsfragen sein, um zu verstehen, dass sich terroristische Elemente einfacher in einem Territorium bewegen können, das von einer Bevölkerung bewohnt wird, welche dem Feind ausschließlich [...] sympathisch gegenüber eingestellt ist, als in einem Territorium, in welchem auch Leute leben, von denen man annehmen kann, [...] dass sie die Autoritäten über verdächtige Bewegungen informieren. Unter ihnen finden Terroristen keine Zuflucht, keine Hilfe oder Ausrüstung.“<sup>232</sup>

Hatte das durchschnittliche Wachstum der Siedlerpopulation vor 1978 noch 770 Siedler pro Jahr betragen, stieg dieses auf 5.960 nachdem der Likud die Regierung übernahm.<sup>233</sup> Ende 1983, kurz vor dem Ende der dritten Likud geführten Regierung existierten 67 legale Siedlungen, in denen 22.800 Bewohner lebten. Die Anzahl der Siedlungen hatte sich binnen sechs Jahren fast verdoppelt.<sup>234</sup> Hinzu kam, dass der Likud – im Gegensatz zu den Arbeiterparteien – Siedlungen auch in der Nähe palästinensischer Ortschaften genehmigte. Darüber hinaus stellte der Likud Zuschüsse und andere Dienstleistungen zu günstigen Preisen zur Verfügung, um finanziell schwächere Israelis dazu zu bewegen, sich im Westjordanland niederzulassen.<sup>235</sup>

te Praxis begann in den 1980er Jahren. Vgl. Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 368.

229 Shavit: My Promised Land. S. 211; So Jitzchak Rabin über Shimon Peres, der die Siedler als solche bezeichnet hatte. Vgl. Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 47.

230 Der Ausdruck „Wende“, als Beschreibung der politischen Ereignisse im Mai 1977, d.h. des ersten Wahlsieges der Likud-Partei, wurde zu einem verbreiteten Idiom, nachdem der israelische Nachrichtensprecher Chaim Javin den Begriff in einer Nachrichtensendung im Anschluss an die Verkündung der Wahlergebnisse am 17. Mai 1977 verwendet hatte.

231 Hunter: The Palestinian Uprising. S. 47-48; Diese von Plia Albek eingeführ-

232 So ein Plädoyer Alfred Witkons, Richter an Israels Oberstem Gericht, im Fall der Requirierung von Land für die Siedlung Bet El 1978, zitiert in: Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 351-352.

233 Hunter: The Palestinian Uprising. S. 48.

234 Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 99; Im Jahre 1977 bestanden 36 israelische Siedlungen im Westjordanland. Vgl. Lukacs: Israel, Jordan and the Peace Process. S. 28.

235 Hunter: The Palestinian Uprising. S. S. 48-49; Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 113.



Abb. 40 Das Savoy Hotel in Tel Aviv nach einem Anschlag durch palästinensische Terroristen am 3. Juni 1975. Bei dem Anschlag starben 11 Zivilisten und Sicherheitskräfte

## Terror und Gegenreaktion in den siebziger und achtziger Jahren

Die 1970er Jahre stellten den Höhepunkt palästinensischer Gewalt gegen Israelis dar. Allein im israelischen Kernland gab es 361 Opfer nach palästinensischen Anschlägen.<sup>236</sup> Der Terror beschränkte sich jedoch nicht darauf. Weltweit griffen bewaffnete palästinensische Gruppen israelische und jüdische Ziele an. Das Olympiaattentat 1972 in München und die Entführung einer Air France Maschine 1976, die nach Entebbe, Uganda, umgeleitet wurde, sind traurige Höhepunkte dieser Zeitspanne.

Auch in den achtziger Jahren setzte sich der Terror fort, wobei es zu 174 israelischen Toten kam. Die PLO lehnte einen Friedenskompromiss ab und beharrte auf der Fortsetzung des bewaffneten Kampfes.<sup>237</sup> Israel reagierte darauf zunehmend mit repressiven Maßnahmen, die als Politik der „harten Hand“ (jad kasha) bezeichnet wurden: Demgemäß kam es zu verstärkten Kontrollen in den Palästinensergebieten. Vielfach wurden Checkpoints errichtet, und Israels Truppenpräsenz erhöhte sich massiv. Zudem häuften sich Verhaftungen palästinensischer Aktivisten.<sup>238</sup> Dazu setzte eine verstärkte mediale Zensur ein und die Militärverwaltung verfügte die Schließung von Zeitschriften, die eine israelfeindliche Propaganda betrieben.<sup>239</sup>

236 Israel Ministry of Foreign Affairs: Terrorism deaths in Israel 1920-1999 [http://www.mfa.gov.il/MFA/MFA-Archive/2000/Pages/Terrorism deaths in Israel - 1920-1999.aspx](http://www.mfa.gov.il/MFA/MFA-Archive/2000/Pages/Terrorism%20deaths%20in%20Israel%20-%201920-1999.aspx) (Eingesehen: 03.01.2017).

237 Siehe zum Vergleich die Beschlüsse des Palestinian National Councils (PNC) bis 1984: <http://palaestina.org/index.php?id=140> (Eingesehen 05.01.2017).

238 Vgl. einen Report Meron Benvenistis zur Gewalt in den palästinensischen Gebieten 1986-1987, in: Abu-Amr: Islamic Fundamentalism. S. 54-55.

239 Vgl. Hunter: The Palestinian Uprising. S. 53; Rafael Eitan, Oberkommandeur der israelischen Streitkräfte, prägte (1982) in diesem Zusammenhang den Begriff der „scharfen Reaktion“ (tguva nuksha) gegenüber den Palästinensern. Diese Form staatlicher repressiver Maßnahmen wurde von Jitzchak Rabin, des späteren Verteidigungsministers (1984-1990), als Politik der „harten Hand“ (jad kasha) bezeichnet. Vgl. ebd. S. 54.

Dadurch verschwand ein konstitutiver Faktor der frühen Jahre, der der Akzeptanz der Besatzung zugutekam: das weitgehende Nichteingreifen in den Alltag der Palästinenser.<sup>240</sup>

## Wirtschaftliche Schwierigkeiten

Der Likud implementierte 1977 eine ökonomische Reformpolitik, die auf eine starke Liberalisierung der israelischen Wirtschaft abzielte. Dies führte anfänglich zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Auch die palästinensische Ökonomie, die in Abhängigkeit zur israelischen Wirtschaftsleistung stand, verzeichnete einen starken Abschwung, als Israel in eine Rezession eintrat und 1979 eine Hyperinflation einsetzte.<sup>241</sup> Mit einem dramatischen Preisanstieg in den achtziger Jahren ging ein rapides Absinken der Einkommen einher. Die palästinensische Wirtschaft traf außerdem die wirtschaftliche Rezession in den arabischen Ländern. Hinzu kamen verringerte Beschäftigungsmöglichkeiten für Palästinenser im Ausland in Folge des Iran-Irak-Krieges (1980-1988). Viele Palästinenser wurden in ungelernete Beschäftigungsverhältnisse oder in die Arbeitslosigkeit gezwungen. Schließlich verursachte der Abschwung der jordanischen Wirtschaft, welche 1984 etwa 45% der palästinensischen Exporte abnahm, eine sinkende Nachfrage nach palästinensischen Produkten.<sup>242</sup> Damit ging ein weiterer Faktor verloren, der bisher zu einer weitgehenden Duldung der israelischen Besatzung geführt hatte: relativer wirtschaftlicher Wohlstand.<sup>243</sup>

240 Hunter: The Palestinian Uprising. S. 56.

241 Der Likud begann 1977 gemäß seiner wirtschaftsliberalen Ausrichtung, die israelische Wirtschaft zu liberalisieren. Anders als die Arbeiterparteien, die den Markt stark reguliert hatten, reduzierte der Likud staatliche Kontrollen und Eingriffe. Die wirtschaftlichen Reformen beinhalteten eine Kürzung der Regierungsausgaben in Industrie und Landwirtschaft. Insbesondere Kibbuzim und landwirtschaftliche Kooperativen erhielten bis 1977 günstige Kredite von der Regierung. Sie traf die Liberalisierung hart. Zahlungsverkehr und Außenhandel wurden außerdem liberalisiert, um die israelische Wirtschaft effizienter zu gestalten. Hinzu kam eine Währungsabwertung im Oktober 1977, die letztlich die Hyperinflation (1979-1985) verursachte. Vgl. Rivlin: The Israeli Economy. S. 49-54; Hunter: The Palestinian Uprising. S. 51.

242 Ebd. S. 52.

243 Ebd.



Abb. 41 Vermummte Palästinenser zeigen auf einer Demonstration zur Unterstützung des Irak, bei Hebron, ein Foto von Jassir Arafat und dem irakischen Präsidenten Saddam Hussein, Januar 1991

## Die achtziger Jahre

Im Schatten der Wirtschaftskrise kam es Mitte der achtziger Jahre zu einer Einheitsregierung aus Likud und der Arbeiterpartei. Gemäß einem Rotationsprinzip führte zuerst Shimon Peres (1984–1986) und anschließend Jitzchak Shamir (1986–1988) das Amt des Premierministers. Die Periode unter Peres wurde zur „magersten“ für die Siedlerbewegung. Die Arbeiterparteien genehmigten kaum neue Siedlungen, gestatteten aber den Ausbau bestehender Siedlungen.<sup>244</sup> Auch unter der Likud-Regierung, ab 1986, stockte der Siedlungsbau: Die wirtschaftliche Rezession der achtziger Jahre verhinderte die Umsetzung weiterer vom Likud vorgesehener Siedlungsprojekte. Somit entstanden bis Ende 1988 acht neue Siedlungen. Allerdings hatte sich die Anzahl der Siedler annähernd verdoppelt. Sie wuchs von 35.300 (1984) auf 63.600 (1988).<sup>245</sup>

Auf diplomatischer Ebene suchte Israel in der ersten Hälfte der achtziger Jahre nach alternativen Verhandlungspartnern zur PLO. Israel war grundsätzlich zu Verhandlungen mit ihr bereit, vorausgesetzt, die PLO würde das Existenzrecht Israels anerkennen und ihre bewaffneten Aktionen einstellen. Auf Grundlage der UN-Resolution 242 war Israel willens, Land im Austausch für Frieden zurückzugeben. Die PLO rückte jedoch nicht von ihrer Strategie des bewaffne-

ten Kampfes ab.<sup>246</sup> Auf der Suche nach Alternativen verfolgte Israel zwei Strategien: Einerseits versuchte es lokale palästinensische Vertreter in eine Kompromisslösung einzubinden, die, gemäß dem ägyptisch-israelischen Friedensabkommen, eine palästinensische Autonomie in Teilen des Westjordanlandes vorsah. Dies scheiterte jedoch an den Drohungen, mit denen die PLO lokale Notabeln einschüchterte, die mit Israel zu verhandeln bereit waren. Zwei palästinensische Bürgermeister wurden infolgedessen von der PLO ermordet. Gleichzeitig diskutierte Israel mit jordanischen Unterhändlern die sogenannte „Jordanische Option“, die Idee einer jordanisch-palästinensischen Föderation in weiten Teilen des Westjordanlandes.<sup>247</sup> Beide Regierungen betrachteten die PLO als Bedrohung und suchten ihren Einfluss einzudämmen.<sup>248</sup> Israel (unter Shimon Peres) und Jordaniens König Hussein unternahmen zwei Vermittlungsversuche (1985 und 1987), die eine jordanisch-palästinensische Kooperation vorsahen. Jassir Arafat lehnte stets ab.<sup>249</sup> In Folge der Ersten Intifada und starkem arabischen Druck auf König Hussein erklärte Jordanien 1988 schließlich den Verzicht jedweder Ansprüche auf das Westjordanland. Damit war die „Jordanische Option“ gescheitert.<sup>250</sup>

In der folgenden Periode (1988–1992) erlebte der israelische Siedlungsbau seinen Höhepunkt. Unter

244 Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 102; Die Arbeiterpartei genehmigte lediglich Siedlungen, die eine Sicherheitsrelevanz besaßen („Security Settlements“). Die Errichtung anderer Siedlungen, sogenannte „politische Siedlungen“ lehnte sie ab. Vgl. ebd. S. 101.

245 Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 103, 112–113.

246 Rubin: Israel. S. 42–43.

247 Außer Ostjerusalem und größeren israelischen Siedlungen, wie bspw. Gush Etzion und dem Jordantal. Vgl. Lukacs: Israel, Jordan and the Peace Process. S. 164–167; Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 104.

248 Lukacs: Israel, Jordan and the Peace Process. S. 182.

249 Rubin: Israel. S. 43.

250 Ebd.; Tessler: A History. S. 718.



Abb. 42 Jitzchak Rabin reicht dem Vorsitzenden der PLO Jassir Arafat am 13. September 1993 im Rahmen der Osloer Friedensgespräche die Hand. Außerdem zu sehen (v.re.) Mahmud Abbas, Warren Christopher, US Präsident Bill Clinton und der russische Außenminister Andrei Kosyrew

dem Likud entstanden lediglich 7 neue Siedlungen, allerdings stieg die Anzahl der Siedler von 66.500 auf 105.400 (Stand 1992).<sup>251</sup> Insbesondere der Zuzug von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion sorgte für einen enormen Zuwachs. Die Regierung stellte den Neueinwanderern günstigen Wohnraum im Westjordanland zur Verfügung.<sup>252</sup>

### Zeitenwende

Die Ereignisse des Jahres 1990 bedeuteten eine Zeitenwende für den Nahen Osten und waren wegbereitend für die Osloer Friedensgespräche wenige Jahre später, 1993. Das Ende des Kalten Krieges und der damit verbundene Zusammenbruch der Sowjetunion, bescherte Israel einen Zuwachs an Einwohnern. Es kamen etwa eine Million Juden aus dem Gebiet des ehemaligen Ostblocks nach Israel. Andererseits verloren die PLO und viele arabische Staaten mit der Sowjetunion ihren wichtigsten Verbündeten.<sup>253</sup>

Nach dem irakischen Einmarsch in Kuwait im August 1990 erklärte die PLO ihre Unterstützung für Saddam Hussein. Viele Palästinenser befürworteten die Invasion und hofften, dass der irakische Diktator nach einem Sieg in Kuwait, zu ihrer Befreiung kommen würde. Tatsächlich feuerte der Irak 39 Scudraketen auf Israel ab, wobei 13 Israelis starben.<sup>254</sup> In Israel herrschte große Angst, dass der Irak Giftgas einsetzen würde. Es wurden Gasmasken an die Bevölkerung ausgegeben. Letztlich waren die irakischen Raketen nicht mit chemischen oder biologischen Kampfstoffen bestückt. Eine israelische Reaktion auf den irakischen Raketenbeschuss blieb aus, um die US-geführte arabische

Koalition gegen Saddam Hussein nicht zu gefährden. Enttäuscht vom palästinensischen Zuspruch für Saddam Hussein, wandten sich – insbesondere linke – Israelis von ihnen ab. Viele glaubten nicht mehr daran, dass die PLO ein Partner für einen Frieden sein könne.<sup>255</sup> Die palästinensische Unterstützung für den Irak erwies sich nachträglich als schwerwiegender Fehler. Die meisten arabischen Regierungen waren gegen Saddam Hussein und betrachteten die Unterstützung seitens der PLO als Verrat. Infolgedessen stellten sie ihre finanzielle Unterstützung für die PLO ein. Zehntausende palästinensische Arbeiter wurden zudem aus den Golfstaaten ausgewiesen. Die PLO geriet folglich in eine Krise.<sup>256</sup> Es war in dieser Situation, als Jassir Arafat die Aussage vom „Frieden der Mutigen“ tätigte und aus einer Position der strategischen Schwäche schließlich Verhandlungsbereitschaft signalisierte.<sup>257</sup> Die USA machten ihren erstarkten Einfluss in Folge des Golfkrieges geltend und initiierten 1991 die Madrider Friedenskonferenz für den Nahen Osten. Auf Grundlage der UN-Resolution 242 trafen sich erstmalig israelische und syrische Unterhändler. Mit am Tisch saßen außerdem Gesandte der PLO, die Teil einer jordanisch-palästinensischen Delegation waren. Die Likud geführte Regierung war zu Verhandlungen, die auf den Prinzipien der UN-Resolution 242 beruhten, bereit. Die Gespräche von Madrid erzielten zwar keine unmittelbaren Ergebnisse zwischen Israel und den Palästinensern, sie waren aber wegbereitend für weitere Geheimgespräche, die schließlich in Oslo geführt wurden.<sup>258</sup>

Israels Anliegen war es, die Besatzungspolitik zu beenden, indem es den Palästinensern weitreichende Autonomie in der Westbank und im Gazastreifen zugestand. Die Friedensgespräche von Oslo resultierten in der Unterzeichnung der Declaration of Principles am 13. September 1993, in der sich beide Seiten ge-

251 Die Zahlen stützen sich auf die Angaben von B'tselem <http://www.btselem.org/settlements/statistics> und der Organisation Peace Now: <http://peacenow.org.il/settlements-watch/matzav/population> (Eingesehen am 21.12.2016).

252 Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. 113; Der Preis für Wohnraum im Westjordanland betrug ein Viertel des durchschnittlichen Preises im israelischen Kernland.

253 Rubin: Israel. S. 45.

254 Israeli Ministry of Foreign Affairs, „The Gulf War (1991)“ [http://www.mfa.gov.il/mfa/aboutisrael/history/pages/the\\_gulf\\_war\\_-\\_1991.aspx](http://www.mfa.gov.il/mfa/aboutisrael/history/pages/the_gulf_war_-_1991.aspx) (Eingesehen am 12.12.2016).

255 Tessler: A History. S. 741.

256 Rubin: Israel. S. 46.

257 „Arafat's Costly Gulf War Choice“, Al-Jazeera, 22. August 2009 <http://www.aljazeera.com/programmes/plohistoryofrevolution/2009/2009/08/200981294137853350.html> (Eingesehen am 12.12.2016).

258 Rubin: Israel. S. 47.

genseitig anerkannten. Anschließend wurde ein Plan für den stufenweisen Rückzug Israels aus den palästinensischen Gebieten beschlossen (Oslo II 1995). Bis zu Beginn des Oslo-Prozesses bestanden 121 legale israelische Siedlungen mit einer Bevölkerung von etwa 116.300 Siedlern (Stand 1993) in den palästinensischen Gebieten.<sup>259</sup> Seit September 1993 wurden lediglich drei weitere Siedlungen, mit einer Population von (Stand 2016) etwa 1.200 Siedlern, genehmigt. Siedlungsblöcke die vorher existierten wurden auch unter der Regierung Rabin/Peres ausgebaut, so dass die Siedlerpopulation im Jahre 1996 auf 146.900 anwuchs.<sup>260</sup>

Die Friedensgespräche von Oslo und die damit einhergehende Annäherung zwischen der PLO und Israel wurden bald von radikaleren Kräften wie der islamistischen Hamas zu unterminieren versucht. Inwieweit Jassir Arafat willens war, einem territorialen Kompromiss, der auf dem Prinzip „Land für Frieden“ basierte, zuzustimmen, bleibt fragwürdig, betrachtet man seine Ablehnung von Ehud Baraks weitreichendem Angebot in den Gesprächen von Camp David II im Jahre 2000.<sup>261</sup>

### Besatzung, Siedlungen und der Friedensprozess

Es gilt hier ein Fazit für die Periode vom Sechstagekrieg 1967 bis zum Beginn der Osloer Friedensgespräche 1993 zu ziehen. Die Eroberungen 1967 brachten Israel enorme Gebietsgewinne, wodurch es erstmalig eine strategische Tiefe erhielt. Die Einnahme Ostjerusalems durch Israel bedeutete außerdem, dass wieder alle Weltreligionen freien Zugang zu den heiligen Stätten bekamen. Darüber hinaus unterstand nach 1967 das Gros der palästinensischen Bevölkerung Israels Militärverwaltung.

Durch Israels Siedlungsaktivitäten und Militärverordnungen fand eine strake Regulierung palästinensischer Alltagsbelange statt. Außerdem war die Entwicklung einer eigenständigen palästinensischen Wirtschaft gehemmt. Der Wunsch der Palästinenser nach Souveränität wurde verweigert,<sup>262</sup> solange diese

dem Terror nicht abschworen und eine Anerkennung Israels ablehnten. Trotz des repressiven Charakters der Besatzungspolitik ist festzustellen, dass Israel den Palästinensern, anders als oftmals dargestellt, eine Fülle von Rechten zugestand. Unter israelischer Besatzung entwickelte sich das Westjordanland, anders als in den Jahren zuvor unter jordanischer Herrschaft: Israel förderte den Bildungssektor und das Gesundheitssystem. Die Militärverwaltung genehmigte eine Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen, darunter Gewerkschaften, Vereine, Frauengruppen. Diese Netzwerke trugen u.a. zur Herausbildung eines palästinensischen Nationalbewusstseins bei. Während der Ersten Intifada dienten sie jedoch als Organisationsplattformen des Kampfes gegen Israel.<sup>263</sup>

Israel war zudem stets dem Prinzip „Land für Frieden“, basierend auf der UN-Resolution 242, verpflichtet. Bis in die neunziger Jahre verweigerte die PLO die Anerkennung Israels und gab ihre Politik des bewaffneten Kampfes, festgeschrieben in ihrer Charta, als Mittel zur Vernichtung Israels nicht auf.<sup>264</sup> Bei aller Kritik an der Politik Israels, die zum Nachteil der Palästinenser war, sind die palästinensische Ablehnung der Anerkennung Israels und der fortgesetzte Terrorismus zentral für die ausbleibende Friedenslösung in den siebziger und achtziger Jahren.

Die israelische Siedlungspolitik steht seit jeher in der Kritik. Weitverbreitet ist die Rechtsauffassung, sie stehe nicht im Einklang mit den Haager (1907) und Genfer Konventionen (1949), zu deren Einhaltung sich Israel 1967 verpflichtete.<sup>265</sup>

259 Die Zahlen stützen sich auf die Angaben von B'tselem <http://www.btselem.org/settlements/statistics> und der Organisation Peace Now: <http://peacenow.org.il/settlements-watch/matzav/population> (Eingesehen am 21.12.2016).

260 Vgl. die Statistik der Organisation Peace Now: <http://peacenow.org.il/settlements-watch/matzav/population> (Eingesehen am 21.12.2016); Andere schätzen die Zahl auf 141.000 Siedler, vgl. Zertal, Eldar: *Lords of the Land*. S. 158.

261 Morris, Benny: „Peace? No Chance“, *The Guardian*, 21. Februar 2002 <https://www.theguardian.com/world/2002/feb/21/israel2> (Eingesehen am 10.12.2010).

262 Vgl. Abu-Amr, *Islamic Fundamentalism*. S. 54; Morris: *Righteous Victims*.

S. 343.

263 Vgl. ebd. S. 563.

264 Die PLO hatte im Dezember 1988 die UN-Resolution 242 und 338 anerkannt, was einer indirekten Anerkennung Israels gleichkam. Außerdem erklärte Arafat kurz darauf gegenüber dem schwedischen Außenminister, dass die PLO dem Terror abschwören und Israel anerkennen würde. In Israel war man jedoch nicht von der Ernsthaftigkeit von Arafats Initiative und Äußerungen überzeugt, da der PNC (Palestinian National Congress) eine dahingehende Änderung der PLO-Charta, d.h. die Streichung von Paragraphen, die zu Gewalt gegen Israel aufriefen, weiterhin ablehnte. Vgl. Tessler: *A History*. S. 719–729; Erst 1995–96, im Rahmen der Osloer Gespräche, verpflichtete sich die PLO, die Paragraphen, die den bewaffneten Kampf gegen Israel forderten und zu seiner Zerstörung aufriefen, sowie alle anderen gegen Israel gerichteten Paragraphen, zu streichen und eine neue Charta zu formulieren. Eine neue Version der Charta wurde allerdings bis heute nicht veröffentlicht. Vgl. den Brief Jassir Arafats an Shimon Peres vom 4. Mai 1996, in: Rabinovich, Itamar und Reinhartz, Jehuda (Hg.): *Israel in the Middle East. Documents and Readings on Society, Politics and Foreign Relations, Pre-1948 to the Present*. Waltham, Massachusetts 2008. S. 506–507, S. 507.

265 Vgl. Hunter: *The Palestinian Uprising*. S. 43; Segev: 1967. S. 687.



Was den rechtlichen Status des Westjordanlandes angeht, herrscht in Israel eine andere Auffassung: Israel beruft sich darauf, dass die Annexion der Westbank durch Jordanien nach dem Krieg von 1948 bereits illegal gewesen sei, weswegen die israelische Präsenz im Westjordanland nicht als Besetzung bezeichnet werden könne. Vielmehr sei es ein Territorium, dessen rechtlicher Status ungeklärt sei. Zudem handele es sich um keinen organisierten Bevölkerungstransfer ins Westjordanland, sondern um eine „freiwillige Besiedlung.“ Israels Siedlungspolitik sei somit nicht illegal und verstoße nicht gegen geltende internationale Abkommen.<sup>266</sup>

Abgesehen von juristischen Fragen des internationalen Rechts, ob von einer Besetzung die Rede sein kann, ist es aus Sicht der Palästinenser sicherlich nachvollziehbar, dass Israel in den Palästinensergebieten aufgrund der starken militärischen Präsenz und den regulativen Eingriffen ins Alltagsleben als Besatzungsmacht gilt.

Die Besiedlung des Westjordanlandes stieß aber nicht nur international auf Kritik. Insbesondere in Israel selbst führt sie zu intensiven Debatten. Die Siedlungspolitik verursachte eine Polarisierung der israelischen Gesellschaft und einen Bruch des inneren Konsenses, die Sinnhaftigkeit der Siedlungen betreffend.<sup>267</sup>

266 Vgl. die Veröffentlichung der Regierung des Staates Israel, Außenministerium: Israeli Settlements and International Law, 30. November 2015 [http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/peace/guide/pages/israeli\\_settlements\\_and\\_international\\_law.aspx](http://www.mfa.gov.il/mfa/foreignpolicy/peace/guide/pages/israeli_settlements_and_international_law.aspx) sowie: The Peace Process and the Settlements: <http://www.mfa.gov.il/MFA/ForeignPolicy/Pages/The-Peace-Process-and-the-Settlements-5-October-2016.aspx> (jeweils Eingesehen am 18. Dezember 2016).

267 Vgl. Shavit: My Promised Land. S. 220–221; Vgl. Novik, Akiva: Der Kampf um das Narrativ, in: Nana 10 News <http://news.nana10.co.il/Article/?ArticleID=1176655> (Eingesehen am 03.01.2017).

Sieht man sich die Entwicklung der Siedlungspolitik der vergangenen fünfzig Jahre an, wird deutlich, dass weiterhin die Möglichkeit einer Zweistaatenlösung besteht. Eine Zerteilung des Westjordanlandes bzw. Palästinas, wie es teilweise kolportiert wird, hat auch nach fünfzigjähriger Besetzung nicht stattgefunden. Damit ist ein zusammenhängendes Staatsgebiet für einen zukünftigen palästinensischen Staat weiterhin gegeben.<sup>268</sup> Seit dem Friedensprozess von Oslo 1993 wurden lediglich drei neue Siedlungen genehmigt.<sup>269</sup> Hingegen wurden bereits Bestehende ausgebaut. Die meisten israelischen Siedlungen im Westjordanland liegen nahe der Grünen Linie. Wie in den Schlussverhandlungen des Oslo-Prozesses vorgesehen, wird ein Landtausch stattfinden müssen, der die Palästinenser für diese Gebiete territorial entschädigen wird. Es existieren weitere legale und illegale Siedlungen, die zum Unmut der Palästinenser inmitten des Westjordanlandes errichtet wurden. Bei einer Einigung im Rahmen einer Zweistaatenlösung würden die Konfliktparteien einen Grenzverlauf festlegen, welcher einen Landtausch miteinschließt. Die Siedler östlich dieser Grenzziehung müssten entweder unter palästinensischer Hoheit verbleiben oder ins israelische Kernland umsiedeln.

268 Vgl. Zertal, Eldar: Lords of the Land. S. xv, S. 451. Diese Einschätzung stammt aus dem Jahr 2005. Jedoch wurden seither keine weiteren Siedlungen mehr genehmigt, weswegen sie noch immer als zutreffend angesehen werden kann. Vgl. dazu B'tselem, List of Settlement in the West Bank: <http://www.btselem.org/settlements/statistics> (Eingesehen 20.12.2016).

269 Sansana, gegründet 1999 (343 Bewohner). Die Siedlung Sansana befindet sich auf der ‚Grünen Linie‘ und erstreckt sich zu beiden Seiten, d.h. auf palästinensisches sowie israelisches Gebiet. Negohot, gegründet 1999 277 Bewohner und Bruchin, gegründet 1999 (602 Bewohner), Vgl. dazu B'tselem, List of Settlements in the West Bank: <http://www.btselem.org/settlements/statistics> (Eingesehen 20.12.2016).

# VÖLKER- UND BESATZUNGSRECHT IN DEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

## EIN KOMMENTAR VON JÖRG RENSMANN

Die folgende Erörterung beschränkt sich auf die wichtigsten Punkte, wenn es um die Frage geht, ob Israel rechtlich oder nur faktisch die palästinensischen Gebiete westlich des Jordan und den Gazastreifen besetzt hält, sowie die damit zusammenhängenden Implikationen.

Israel hat keinen jemals existierenden, souveränen palästinensisch-arabischen Staat besetzt; das gilt sowohl für das Territorium des Staates Israel nach der Staatsgründung 1948 als auch für die im Sechstagekrieg eroberten Territorien der heutigen palästinensischen Gebiete, sprich Judäa und Samaria oder auch Westbank genannt, und den Gazastreifen.

Im Zuge des Oslo-Friedensprozesses ab 1993, der auf dem Prinzip „Land gegen Frieden“ fußt, zog sich die israelische Militärverwaltung aus fast allen Bevölkerungszentren des Westjordanlandes zurück. Angesichts des Terrors der Zweiten Intifada (2000–2004) stockte die Rückgabe und Machtübertragung an die PA (Palästinensische Autonomiebehörde). Gleichwohl zog sich Israel 2005 einseitig und ohne Vorbedingungen aus dem Gazastreifen zurück. Jedoch folgte auf die Übergabe von Land an die Palästinenser kein Frieden, sondern ein Siegeszug der radikalislamischen Hamas und eine Ausweitung der Raketenangriffe gegen Israel.

Bis 1967 stand der Gazastreifen unter ägyptischer Verwaltung, und die Westbank wurde 1950, also nach dem Waffenstillstand 1949 infolge des ersten arabisch-israelischen Krieges, von Jordanien annektiert. Es ist eine Anmerkung wert, dass die damalige jordanische und ägyptische Herrschaft als Ergebnis ihrer illegalen Invasion von 1948 herbeigeführt wurde, in offener Ablehnung der Resolution 181 der UNO-Vollversammlung von November 1947, die das verbliebene britische Mandatsgebiet in einen jüdischen Staat und einen arabischen Staat geteilt hätte. Aus diesem Grund wurde die ägyptische und jordanische Übernahme der Gebiete nie durch die internationale Gemeinschaft anerkannt.

Diese Annexion hat auch Israel nie anerkannt, obgleich es interessanterweise nach 1967 trotz des dann generell geltenden israelischen Militärrechts in den seitdem besetzten Gebieten weiterhin jordanisches Recht in Zivilsachen gelten ließ, um eine möglichst reibungslose Verwaltung zu ermöglichen. Es respektierte also die bestehenden jordanischen Gesetze, um die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Im

Gazastreifen wurde genauso verfahren mit Gesetzen aus der ägyptischen Verwaltungszeit. Die Behauptung, dass jede Besetzung – ohne Rücksicht auf die Gründe ihrer Entstehung und ihres weiteren Bestehens – illegal ist, steht nicht in Übereinstimmung mit den Prinzipien des internationalen Rechts. Das internationale Rechtssystem erklärt Besetzung nicht zum Unrecht. Es nutzt vielmehr internationale Konventionen und Vereinbarungen, um solche Situationen zu regeln.

Viele Staaten behalten Gebiete, die im Krieg übernommen wurden – besonders im Fall von Verteidigungskriegen –, bis ein Friedensvertrag vereinbart ist. Es ist Fakt, dass heute viele Streitfälle auf der ganzen Welt existieren, bei denen eine Seite weiterhin Territorium in der Hand behält, die eine andere für sich beansprucht. Bezüglich der Westbank und des Gazastreifens muss man festhalten, dass Israel eine friedliche Lösung für den Status dieser umstrittenen Gebiete zu verhandeln versucht hat.

Wenn es nach einem Krieg der angegriffenen Partei – wie Israel im Sechstagekrieg – gelingt, einen Teil des feindlichen Territoriums zu besetzen, hat sie eine schwere äußere Bedrohung abgewendet und ein sehr wichtiges Kriegsziel verwirklicht. Sie kann das eroberte Territorium nun vorläufig für eine Verpfändung seines militärischen Erfolges behalten und damit dem Aggressor die Notwendigkeit auferlegen, Friedensbedingungen vorzulegen.

Wie wir wissen, hat Israel nach seinem Erfolg im Krieg von 1967 den arabischen Staaten seinerseits sofortige Friedensverhandlungen angeboten. Die arabische Antwort bestand in den berühmten „drei Neins“ von Khartum, ausgesprochen auf dem Gipfel der Arabischen Liga (Ägypten, Syrien, Jordanien, Libanon, Irak, Algerien, Kuwait und Sudan), am 1. September 1967: „Kein Frieden mit Israel, keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel.“

Hat Israel das Recht, die Kontrolle über besetzte Gebiete zu behalten, bis seine Bedingungen für eine friedliche Vereinbarung erfüllt sind? Gibt es die Pflicht, die Kontrolle unter bestimmten Umständen aufzugeben? Letztlich ist es die Frage, auf welcher Seite die Verantwortung liegt, wenn Friedensverhandlungen scheitern.

Die Grundprinzipien des traditionellen Besatzungsrechts verlangen, dass der Besatzer für die Dauer der Besetzung die Kontrolle über die Angelegenheiten des



Abb. 44 Israels Rückzug aus dem Gazastreifen im August 2005. Das Fahrzeug eines protestierenden Siedlers mit dem Schild „vertriebener Jude“

besetzten Gebiets übernimmt. Weder die Haager Verordnungen noch die Genfer Konvention beschränken die Dauer einer Besetzung oder verlangen vom Besatzer, die Souveränität eines Territoriums herzustellen oder wiederherzustellen, bevor ein Friedensvertrag unterzeichnet wird. Und es hat, wie wir oben gesehen haben, keinen autonomen palästinensisch-arabischen Nationalstaat je gegeben.

Die bis heute wichtige Resolution 242 (1967) des Sicherheitsrates sollte das Verhältnis von Besatzungsmacht und -zeit zu Frieden und Friedensverhandlungen präzisieren und wurde weitgehend akzeptiert, da sie den Rückzug aus von Israel besetzten Gebieten mit der Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens verknüpfte. Die Resolution führte das Prinzip „Land gegen Frieden“ ein – die Rückgabe von besetzten Gebieten gegen die Anerkennung des jüdischen Staates in sicheren Grenzen.

Die erste palästinensische Intifada (1987–1993) endete 1993 mit der Einleitung des Friedensprozesses von Oslo, den ersten direkten Verhandlungen zwischen Israel und der PLO überhaupt. Ausgehandelt werden sollte, wie die zivile und militärische Verwaltung in den palästinensischen Gebieten von Israel auf die Palästinenser übertragen werden könnte. Im Gegenzug sollte die PLO jene Passagen, die zur Vernichtung Israels aufrufen, aus der Charta streichen, und Wahlen abhalten. Jene Passagen sind bis heute nicht aus der PLO-Charta entfernt. Nicht erörtert wurden umstrittene Themen wie der Status von Jerusalem, der palästinensischen Flüchtlinge sowie der jüdischen Siedler im Westjordanland. Dies sollte Endstatus-Verhandlungen am Ende des Oslo-Friedensprozesses vorbehalten bleiben. Die Osloer „Prinzipienerklärung über die vorübergehende Selbstverwaltung“ der Palästinenser ist als Hinführung zu einer friedlichen Lösung zu verstehen. Die Knesset ratifizierte dieses Abkommen im September 1993. Die PLO ratifizierte das Abkommen nicht. Trotzdem wurde auf Grundlage von Oslo I weiterverhandelt.

Das zweite Oslo-Abkommen vom September 1995 definierte den Aufbau staatsähnlicher Institutionen (Po-

lizei, Gesundheitsversorgung) der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und ihr wirtschaftliches und politisches Verhältnis zu Israel. Die israelische Besetzung wurde grundlegend eingeschränkt, die besetzten Gebiete in die Gebiete A (komplette Kontrolle der PA), B (zivile Autonomie der Palästinenser, militärische Kontrolle Israels) und C (komplette Kontrolle durch Israel) aufgeteilt.

Die PA könnte schrittweise die zivile Selbstverwaltung und zuletzt auch die Souveränität über das Westjordanland und den Gazastreifen übernehmen, wenn sie sich dem konsequenten Gewaltverzicht und einem verbindlichen Friedensvertrag mit Israel verpflichtete. Der Friedensprozess wurde in dieser frühen Phase durch zwei Ereignisse gestört:

Die Hamas und der Islamische Dschihad verübten im Vorfeld des zweiten Abkommens – wie schon vor dem ersten – zahlreiche Attentate auf israelische Zivilisten. Auf diese Weise wurden zwischen 1993 und 1995 139 Israelis getötet. Die Terrorkampagne war u.a. dadurch motiviert, einen Ausgleich mit den Israelis zu vereiteln, und wurde durch die Islamische Republik Iran gefördert.

Am 4. November 1995 wurde der israelische Premierminister Jitzchak Rabin vom rechtsradikalen Nationalisten Jigal Amir ermordet. Motiv der Tat des Israelis war die Verhinderung der Fortführung des Friedensprozesses mit den Palästinensern unter Rabins Führung.

Gemäß dem zweiten Osloer Abkommen von 1995 wurde PLO-Chef Jassir Arafat bei den ersten freien Wahlen der Palästinenser im Januar 1996 mit überwältigender Mehrheit zum Präsidenten gewählt und verschob bemerkenswerterweise alle nachfolgenden Wahlen auf unbestimmte Zeit. Nachdem es weder Arafat noch Rabins Nachfolger Shimon Peres gelungen war, die terroristischen Anschläge radikalislamischer Palästinenser aufzuhalten, wurde Benjamin Netanjahu im Mai 1996 zum Premierminister Israels gewählt. In dessen erster Amtszeit, die bis 1999 währte, erreichten die Palästinenser und Israelis zwei weitere Übereinkünfte:



Abb. 45 Siedlerin in Kfar Etzion, Westjordanland, arbeitet vor der Küchenbarracke

Das Hebron-Abkommen von 1997 teilt die Stadt in einen jüdischen und einen palästinensischen Teil und sorgte für den Abzug israelischer Truppen aus den arabischen Vierteln Hebrons. Damit war das letzte große Bevölkerungszentrum der Westbank unter Kontrolle der PA.

Das Wye-Abkommen vom Oktober 1998 behandelte die Verlegung und den Rückzug weiterer israelischer Streitkräfte aus den besetzten Gebieten.

Der innenpolitische Druck auf Netanjahu, weitere Schritte im Friedensprozess von belastbaren Zugeständnissen der Palästinenser abhängig zu machen, führte zur Aussetzung der Umsetzung des Wye-Abkommens und einem Misstrauensvotum gegen den Premier, das ihn im Dezember 1998 um sein Amt brachte. Im Mai 1999 wurde Ehud Barak nach Neuwahlen Nachfolger Netanjahus. Mit ihm begann ein neuer Versuch, den stockenden Friedensprozess wieder in Gang zu setzen.

Unter Vermittlung des US-Präsidenten Clinton wurde um die Jahreswende 2000/2001 ein endgültiger Vertrag verhandelt. Präsident Clinton hatte beiden Konfliktparteien Lösungsvorschläge unterbreitet, die als sogenannte Clinton-Parameter in die Geschichte eingehen, und die zentralen Streitpunkte nach und nach im Rahmen vertrauensbildender Maßnahmen mit dem Ziel einer endgültigen Vereinbarung lösen sollten. Die Streitpunkte betrafen die Aufteilung der strittigen Territorien, den Status Jerusalems und des Tempelberges, den zukünftigen Status der Flüchtlin-

ge und ein palästinensisches Rückkehrrecht, sowie geplante Sicherheitsvereinbarungen zur Vertrauensbildung und den Status der jüdischen Siedlungen in der Westbank.

Im Prinzip sahen die Parameter folgendes vor: Ein palästinensischer Staat sollte aus dem gesamten Gazastreifen und etwa 94–96% des Territoriums der Westbank bestehen, denn im Tausch gegen entsprechend große Flächen des israelischen Staatsgebietes sollte Israel die großen jüdischen Siedlungsblöcke der Westbank nahe der Grünen Linie mit etwa 80% der damaligen Siedlerpopulation zugesprochen bekommen. In Ostjerusalem sollten die arabischen Wohngebiete von den Palästinensern und jüdische seitens der Israelis verwaltet werden; für das Jordantal war eine vorübergehende internationale und israelische Präsenz und die langfristige Präsenz von drei israelisch kontrollierten „Frühwarnstationen“ gegen mögliche Waffenlieferungen und militärische Angriffe von jordanischem Territorium aus vorgesehen. Eine endgültige Ansiedlung von palästinensisch-arabischen Flüchtlingen sollte es, von einer symbolischen Anzahl abgesehen, die der Staat Israel hätte aufnehmen sollen, nur in einem künftigen palästinensischen Staat geben; Kompensationsleistungen zugunsten dieser Flüchtlinge waren vorgesehen.

Barak stimmte Clintons Parametern zu. Arafat konnte sich nicht dazu durchringen und initiierte stattdessen die Zweite Intifada.



Abb. 46 Premierminister Benjamin Netanjahu, der palästinensische Präsident Mahmud Abbas und König Abdallah II von Jordanien mit US Präsident Obama bei Gesprächen in Washington, im September 2010

Trotz der Gräueltaten dieses Terrorschlachtfeldes zog Premier Ariel Sharon sich 2005 aus dem Gazastreifen zurück. Fälschlicherweise wird trotzdem seither immer wieder von einer israelischen Besetzung des Gazastreifens gesprochen, weil Israel die Grenzübergänge nach Israel und die Seegrenze kontrolliert, um Waffenlieferungen, das Eindringen von Kämpfern und illegale (Terror-) Finanzströme zu unterbinden. Israels Zuständigkeit für diese Außengrenze wurde aber in den Oslo-Verträgen vereinbart. Im Gazastreifen herrscht bekanntlich die von der EU als Terrororganisation gelistete Hamas. Weil die Endstatus-Verhandlungen 2001 scheiterten und eine Zweistaatenlösung nicht erreicht wurde, übt Israel de facto im Westjordanland weiterhin Besatzungsmacht in den Bereichen aus, in denen die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) nach den Osloer Vereinbarungen ab 1993 noch nicht die Autorität übernommen hatte.

Israel hat weiterhin ein Interesse daran, die Oslo-Vereinbarungen aufrecht zu erhalten, so wie auch die Palästinensische Autonomiebehörde, die ihr Dasein diesen Verträgen verdankt, und die ohne die Sicherheitsvereinbarungen mit Israel vermutlich längst von der Hamas überrannt worden wäre. Nichtsdestoweniger sorgt die PA durch von der PLO abgewinkelte Zahlungen an die Familien von in Israel verurteilten und in Haft sitzenden palästinensischen Terroristen nach wie vor dafür, dass sich antiisraelischer Terror weiterhin lohnt.

Verhandlungen zu einer Zweistaatenlösung scheiterten nochmals 2006 und 2014, und so hält die oben

erwähnte de facto Besetzung des Westjordanlandes an. Im internationalen Recht wird nun vorgeschlagen, dass ein Besatzungsregime, das es ernsthaft ablehnt, einen Beitrag zu Bemühungen um eine friedliche Lösung zu leisten, als illegal betrachtet wird. Das Besatzungsregime ist völkerrechtlich verpflichtet, Verhandlungen in gutem Glauben für eine friedliche Lösung zu führen. Es scheint, dass ein Besatzer, der unangemessene Bedingungen vorschlägt oder die Friedensverhandlungen nutzt, um die Kontrolle über das besetzte Gebiet zu behalten, als Verletzer des Völkerrechts angesehen werden könnte. Zwischen der zulässigen Funktion der Besetzung als Verhandlungsschiff und der problematischen Funktionalisierung besteht eine feine, aber definitive Grenze. Das Problem ist, zu bestimmen, wann diese feine Linie überquert ist.

Es kommt also sehr darauf an festzustellen, welche Seite mit welchen Bedingungen mögliche Friedensverhandlungen erschwert oder unmöglich macht. Dabei dürfen Sicherheitserwägungen durchaus eine wichtige Rolle spielen. Welche Konfliktseite macht also glaubwürdige Verhandlungsangebote, und welche Seite torpediert sie? Für die Beurteilung dieser Frage sollten wir auch die grundsätzliche Bereitschaft zum friedlichen Ausgleich berücksichtigen, die logischerweise nicht in einer Aufstachelung zum Hass bestehen kann.

Wenn in palästinensischen Schulbüchern zum Djihad aufgerufen wird und Israel auf den darin abgebildeten Landkarten gar nicht existiert, kann dies einer Aussöhnung nicht zuträglich sein.

## BILDNACHWEISE

- Abb. Titelseite: Foto aus Government Press Office Israel (GPO), Aufnahme vom 13. Juni 1967.
- Abb. 1 Foto: Yaacov Agor, GPO.
- Abb. 2 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 3 Karte: Außenministerium des Staates Israel.
- Abb. 4 Foto: Hulton-Deutsch Collection/CORBIS.
- Abb. 5 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 6 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 7 Foto: Fritz Cohen, GPO.
- Abb. 8 Die Karikatur stammt aus der libanesischen Zeitung Al-Hajat von Mai 1967. Siehe die Abbildung in Michael Oren: Six Days of War.
- Abb. 9 Foto: Moshe Pridan, am 2. Juni 1964, GPO.
- Abb. 10 Foto: Ilan Bruner, GPO.
- Abb. 11 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 12 Foto: GPO, Aufnahme vom 25. Mai 1967.
- Abb. 13 Foto: Assaf Kutin, GPO.
- Abb. 14 Foto: GPO, Aufnahme vom 7. Juni 1967.
- Abb. 15 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 16 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 17 Foto: Ilan Bruner, GPO.
- Abb. 18 Foto: Assaf Kutin, GPO.
- Abb. 19 Foto: Ilan Bruner, GPO.
- Abb. 20 Foto: GPO.
- Abb. 21 Foto: Micha Han, GPO, Aufnahme vom 12. Juni 1967.
- Abb. 22 Foto: GPO.
- Abb. 23 Foto: GPO, Aufnahme vom 7. Juni 1967.
- Abb. 24 Foto: Moshe Pridan, GPO, Aufnahme vom 30. Mai 1960.
- Abb. 25 Foto: Moshe Milner, GPO, Aufnahme vom 26. November 1970.
- Abb. 26 Foto: Moshe Milner, GPO, Aufnahme vom 14. Dezember 1967.
- Abb. 27 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 28 Foto: David Rubinger, GPO.
- Abb. 29 Foto: Ya'acov Sa'ar, GPO, Aufnahme vom 14. Juni 1974.
- Abb. 30 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 31 Foto: Moshe Milner, GPO, Aufnahme vom 11. Dezember 1967.
- Abb. 32 Foto: Fritz Cohen, GPO.
- Abb. 33 Foto: Avi Ohayon, GPO, Aufnahme vom 10. Januar 1996.
- Abb. 34 Foto: Ya'acov Sa'ar, GPO, Aufnahme vom 10. Dezember 1994.
- Abb. 35 Foto: Ya'acov Sa'ar, GPO.
- Abb. 36 Foto: Ilan Bruner, GPO.
- Abb. 37 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 38 Foto: Moshe Milner, GPO.
- Abb. 39 Foto: Moshe Milner, GPO, Aufnahme vom 1. Mai 1977.
- Abb. 40 Foto: Ya'acov Sa'ar, GPO.
- Abb. 41 Foto: Andre Brutman, GPO.
- Abb. 42 Foto: Avi Ohayon, GPO.
- Abb. 43 Foto: Moshe Milner, GPO, Aufnahme vom 15. Mai 2004.
- Abb. 44 Foto: Moshe Milner, GPO, Aufnahme vom 18. August 2005.
- Abb. 45 Foto: Ilan Bruner, GPO.
- Abb. 46 Foto: GPO.

## DIE AUTOREN

**Ulrike Becker** ist Historikerin und arbeitet für das Mideast Freedom Forum Berlin, deren Gründungs- und Vorstandsmitglied sie ist. Sie promoviert zu den westdeutsch-ägyptischen Beziehungen der Nachkriegszeit im Spannungsfeld von Neuanfang und nationalsozialistischer Kontinuität und ist Autorin einer Studie zum Israelbild in den deutschen Medien 1967 und 2000-2002. 1997 war sie Mitautorin des Buches „Goldhagen und die deutsche Linke“.

**David Labude** ist Politikwissenschaftler und Programmdirektor des Bildungsseminars „Die israelische Demokratie und der Nahostkonflikt“ im Mideast Freedom Forum Berlin. Er promoviert zu den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und dem Irak während des Kalten Krieges 1969-1988. Er ist Autor der MFFB Broschüre „Bildung für die nächste Generation“ zu Inhalten palästinensischer Schulbücher.

**Jörg Rensmann** ist Politikwissenschaftler, Programmdirektor des Mideast Freedom Forum Berlin und Vorstandsmitglied der deutschen Abteilung der Scholars for Peace in the Middle East (SPME). Der Experte für Israel und den Nahen und Mittleren Osten ist u.a. Autor der DIG-Broschüre „Mythos Nakba“ zur israelischen Gründungsgeschichte und befasst sich aktuell v.a. mit dem Israelbild in deutschen Schulbüchern und dem Problemkomplex UNRWA. Rensmann berät darüber hinaus zu Fragen der Antisemitismusbekämpfung im Bildungsbereich.

**Michael Spaney** ist Executive Director des Mideast Freedom Forum Berlin. Das MFFB ist eine Politik- und Medienberatungsorganisation, in der politischen Bildungsarbeit tätig und befasst sich mit deutscher und europäischer Außenpolitik den Mittleren Osten und Nordafrika betreffend. Spaney, von Beruf TV-Journalist, ist im Vorstand der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Berlin und Potsdam und Mitglied bei Scholars for Peace in the Middle East (SPME). Spaney beschäftigt sich insbesondere mit israelbezogenen Themen, mit Iran und Syrien. Er ist Autor von „Siemens, Linde & Co.“ zum deutsch-iranischen Handel in Grigat/Hartmann: Iran im Weltsystem, Studienverlag, Wien 2010.

the 1990s, the incidence of dengue fever has increased in many tropical and subtropical regions [1, 2].

There are four species of dengue virus (DENV) that cause dengue fever: DENV-1, DENV-2, DENV-3 and DENV-4. DENV-2 is the most common and is responsible for the majority of dengue fever cases. DENV-1, DENV-3 and DENV-4 are less common and are responsible for a smaller proportion of cases. DENV-1 and DENV-3 are found in the Americas, while DENV-2 and DENV-4 are found in Africa, Asia and the Pacific region. DENV-2 is also the most common species found in Hong Kong.

Dengue fever is a mosquito-borne viral infection that is caused by any of the four species of dengue virus. The mosquito *Aedes albopictus* is the primary vector of dengue virus in Hong Kong. The virus is transmitted to humans when a mosquito bites an infected person and then bites another person.

Dengue fever is a self-limiting disease that typically lasts for 2-7 days. The symptoms of dengue fever include fever, headache, muscle and joint pain, and a skin rash. In some cases, dengue fever can be severe and lead to complications such as dengue shock syndrome, dengue haemorrhagic fever, and dengue encephalitis.

Dengue fever is a major public health problem in many tropical and subtropical regions. In Hong Kong, dengue fever is a common mosquito-borne disease that has caused several outbreaks in the past. The most recent outbreak in Hong Kong was in 2000, when there were 17,000 cases of dengue fever.

The purpose of this study was to determine the genetic diversity of DENV-2 in Hong Kong. We used a nested PCR strategy to amplify a 1000 bp fragment of the DENV-2 genome. The amplified DNA was then sequenced and compared to other DENV-2 sequences from Hong Kong and other regions.

The results of this study show that the DENV-2 sequences from Hong Kong are highly similar to other DENV-2 sequences from Hong Kong and other regions. This suggests that the DENV-2 virus in Hong Kong is genetically diverse and is likely to have been introduced from other regions.

Materials and Methods  
Study area and subjects

The study was conducted in Hong Kong, a city of 6.7 million people. The city is a major international port and is home to a large population of immigrants from other parts of the world. The city is also a major centre of trade and commerce in the region.

The study was conducted in the New Territories, a region of Hong Kong that is home to a large population of immigrants from other parts of the world. The New Territories is a major centre of trade and commerce in the region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region.

The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region.

The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region.

The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region.

The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region.

The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region. The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region.

The study was conducted in the New Territories because of the high incidence of dengue fever in this region.